



Beilage zur Wochenzeitung

**Das Parlament**

10. November 2003

# Aus Politik und Zeitgeschichte

---

## **3** Karsten D. Voigt *Essay*

**Macht, Souveränität und Herrschaft des Rechts –  
neue Herausforderungen an die transatlantischen  
Beziehungen**

---

## **7** Ernst-Otto Czempel

**Die stolpernde Weltmacht**

---

## **16** Karl-Heinz Kamp

**Die Zukunft der deutsch-amerikanischen  
Sicherheitspartnerschaft**

---

## **23** Michael Minkenberg

**Die Christliche Rechte und die amerikanische Politik  
von der ersten bis zur zweiten Bush-Administration**

---

## **33** Alexandra Homolar-Riechmann

**Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung**  
Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks

---

## **41** Michael Hennes

**Der neue Militärisch-Industrielle Komplex in den USA**

**B 46/2003**



Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn.

**Redaktion:**

Dr. Katharina Belwe  
Hans-Georg Golz  
Dr. Ludwig Watzal  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Hans G. Bauer  
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

**Internet:**

[www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de)  
E-Mail: [apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

**Druck:**

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,  
60268 Frankfurt am Main

**Vertrieb und Leserservice:**

Die Vertriebsabteilung  
der Wochenzeitung **Das Parlament**,  
Frankenallee 71 – 81,  
60327 Frankfurt am Main,  
Telefon (0 69) 75 01-42 53,  
Telefax (0 69) 75 01-45 02,  
E-Mail: [parlament@fsd.de](mailto:parlament@fsd.de),  
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**
- Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung **Das Parlament**  
einschließlich Beilage zum Preis  
von Euro 9,57 vierteljährlich,  
Jahresvorzugspreis Euro 34,90  
einschließlich Mehrwertsteuer;  
Kündigung drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammel-  
mappen für die Beilage  
zum Preis von Euro 3,58  
zuzüglich Verpackungskosten,  
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen  
in der Beilage

**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
stellen keine Meinungsäußerung  
des Herausgebers dar;  
sie dienen lediglich der  
Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke  
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

## Editorial

■ Die Eiszeit in den deutsch-amerikanischen Beziehungen ist seit dem Treffen zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Präsident George W. Bush am Rande der UN-Vollversammlung am 24. September offiziell für beendet erklärt worden. Von einer Harmonie wie in früheren Zeiten kann jedoch keine Rede sein. Zu tief sitzt die Verärgerung der US-Administration über Äußerungen deutscher Politiker über Präsident Bush und über die Weigerung der Schröder-Regierung, sich am umstrittenen Irakkrieg zu beteiligen. Anstatt die unterschiedlichen politischen Positionen aufzuarbeiten, wurden sie diplomatisch unter den Teppich gekehrt. Dies dürfte den bilateralen Beziehungen auf Dauer nicht förderlich sein. Neben den außenpolitischen Verwerfungen gibt es einige inneramerikanische Entwicklungen, die zu tiefer Besorgnis Anlass geben, etwa der große Einfluss einer kleinen Gruppe radikaler „Neokonservativer“ auf den politischen Entscheidungsprozess, die Machtzunahme christlicher Fundamentalisten auf die Bush-Regierung sowie die enge Kooperation mit dem neuen Militärisch-Industriellen Komplex.

■ Das heutige internationale System wird von einer Vielzahl von Akteuren bestimmt; es ist multipolar. Den Vereinten Nationen kommt in dieser Staatenwelt eine dominante Rolle zu. Sie wird jedoch von der Bush-Administration in Frage gestellt; der UNO wurde im Falle abweichenden Verhaltens im Irakkonflikt mit dem Verdikt der „Irrelevanz“ gedroht. Die Weltorganisation ging jedoch gestärkt aus diesem Konflikt hervor. Die Vereinten Nationen sind und bleiben unverzichtbar, wie *Karsten D. Voigt*, Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, in seinem Essay betont. Angesichts der Herausforderung durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und den internationalen

Terrorismus müsse nicht nur die Weltorganisation, sondern auch die NATO und die EU im Rahmen des Völkerrechts einbezogen werden.

■ Die so genannte Bush-Doktrin präventiver und präemptiver Kriegsführung steht in Gegensatz zum Völkerrecht. Schon bei ihrer ersten Anwendung offenbarte sie ihre rechtliche und politische Unzulänglichkeit. Sie erwies sich als ungeeignet zur Lösung der real existierenden Probleme, wie *Ernst-Otto Czempiel* betont. Das Konzept der Neokonservativen, das Herrschaftssystem der Demokratie zusammen mit dem damit verbundenen Wertekanon notfalls auch mit Gewalt in die arabische Welt zu tragen, sei bereits im Irak gescheitert. Die Machtverteilung zwischen den USA und den Staaten Europas sei derart asymmetrisch, dass sich die USA geradezu zu einer imperialen Politik eingeladen fühlten. Umso intensiver müsse Europa seine Emanzipation von dieser amerikanischen Führung betreiben.

■ Innenpolitisch ist in den USA innerhalb der letzten zehn Jahre ein Rechtsruck erfolgt. Christliche Fundamentalisten haben die Republikanische Partei unterwandert und sind zu einem festen Bestandteil amerikanischer Innenpolitik geworden, wie *Michael Minckenberg* feststellt. Diese Bewegung hat in George W. Bush einen ihr besonders nahe stehenden Präsidenten. Diese enge Verbindung zur politischen Macht habe aber auch negative Auswirkungen auf die Integrität der Bewegung. Die Ideologie der christlichen Rechten findet ihre Entsprechung auf politischer Ebene in den so genannten Think Tanks. *Alexandra Homolar-Riechmann* beschreibt nicht nur die Verbindungen zwischen den zahlreichen „Denkfabriken“, sondern legt auch die „Ideenströme“ offen, welche die amerikanische Außenpolitik zurzeit im Wesentlichen bestimmen.

*Ludwig Watzal* ■

# Macht, Souveränität und Herrschaft des Rechts – neue Herausforderungen an die transatlantischen Beziehungen

Je mehr wir uns von der Ära des Kalten Krieges entfernen, desto stärker differenziert sich die transatlantische Agenda. Einerseits bestimmen nun neue gesellschaftspolitische Themen den transatlantischen Dialog. Die Gesellschaften auf beiden Seiten des Atlantiks sind zunehmend vernetzt, sei es durch wirtschaftliche Verflechtungen oder private Bindungen – deutsche Firmen haben in den USA rund 835 000 Arbeitsplätze, amerikanische Firmen rund 500 000 Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen, täglich verbinden eine Million Telefonate und 1,4 Milliarden E-Mails Europa und Nordamerika. Mit der Vernetzung entstehen zusätzliche Bindungen, mit der Annäherung der Gesellschaften aber auch neue Reibungspunkte. Diese Probleme der Nähe schaffen einen zusätzlichen Abstimmungs- und Regelungsbedarf etwa in der Handels- oder der Innenpolitik. Die Palette reicht von genetisch veränderten Lebensmitteln bis zum Sorgerecht für Kinder aus geschiedenen deutsch-amerikanischen Ehen. Das Rechtshilfeabkommen, dessen Aushandlung Mitte Oktober 2003 durch die Justizminister abgeschlossen wurde, ist nur ein Beispiel von vielen dafür, dass der neu entstandene Regelungsbedarf durch die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen abgedeckt werden kann.

Andererseits sind mit dem Ende des Kalten Krieges außen- und sicherheitspolitische Probleme friedlich gelöst worden, aber neue Gefahren wie der internationale Terrorismus und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen in den Vordergrund der Debatte getreten. Bei der Abwehr dieser Gefahren geht es auch um eine Weiterentwicklung des Völkerrechts, um eine Reform multilateraler Institutionen und eine Neuorientierung des transatlantischen Bündnisses. Zu den drängendsten Themen der transatlantischen Agenda gehört die Frage der Auslegung des internationalen Rechts, insbesondere die Grenze zwischen dem Recht der Staaten auf Selbstverteidigung und dem Gewaltmonopol der Vereinten Nationen. Ein Blick auf die einschlägige Terminologie unseres Themas lässt Rückschlüsse auf seine Popularität und Brisanz zu. Die Eingabe der Begriffe „international law“ und „coalition of the

willing“ in die gängigste Internet-Suchmaschine ergibt für „international law“ 1,4 Millionen Querverweise; der relativ junge Begriff „coalition of the willing“ ergibt bereits rund 800 000 Verweise.

Wir erleben neue und gefährlichere Formen des internationalen Terrorismus, und zwar nicht erst seit dem 11. September 2001. Massenvernichtungswaffen in der Hand von gewaltbereiten Diktatoren stellen eine Gefahr für die internationale Sicherheit dar. Gleichzeitig bedroht der Zerfall staatlicher Strukturen, verbunden mit dem Auftreten neuer gewaltbereiter nichtstaatlicher Akteure, den Weltfrieden. Staatenzerfall ist bereits seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts etwa in Somalia, Bosnien und im Kongo verstärkt zu beobachten. Die neuartigen Bedrohungen für den Weltfrieden sowie die Realität von Kriegsverbrechen in innerstaatlichen und internationalen Konflikten erfordern eine Reform unserer sicherheitspolitischen Strategien und Instrumente. Sie erfordern auch die Bereitschaft der Staatengemeinschaft, bestehende Rechtsauffassungen und Instrumente auf ihre Eignung zur Bewältigung von neu entstandenen Problemen und Konflikten zu überprüfen.

Vom Westfälischen Frieden bis ins 20. Jahrhundert hinein verstand man unter „Völkerrecht“ die Regelung der Koexistenz zwischen souveränen Staaten. Die staatliche Souveränität unterliegt nach traditionellem Verständnis Einschränkungen nur in dem Maße, wie die Staaten diese Beschränkungen in ihrem nationalen Interesse als nützlich erachten und ihnen zum Beispiel durch vertragliche Bindungen zustimmen. Die beiden Weltkriege förderten die Einsicht, dass das übergeordnete Interesse der internationalen Staatengemeinschaft und die Beachtung grundlegender Menschenrechte – und nicht allein die nationalen Interessen einzelner Staaten – maßgebliche Ordnungskategorien sein müssen. In Europa wurde mit der Europäischen Union die vergangene Realität von Kriegen durch eine einvernehmlich vereinbarte Herrschaft des Rechts überwunden. Die europäische Entwicklung nach 1945 hat bewiesen, dass die Realität der Macht und das Streben nach der Herrschaft des Rechts miteinander vereinbar sind.

Dieses europäische Vorbild ist zwar nicht unmittelbar auf andere Regionen in der Welt übertragbar, aber die positive Erfahrung dessen, was ohne militärische Mittel möglich ist, beeinflusst Strategien und Ziele der Europäer. Sie beeinflusst auch unsere Erwartungen an die USA. Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg einen Prozess der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen gefördert. In seinem Mittelpunkt steht das Gemeinwohl, der „common interest“. Seitdem stellt sich auch die Frage, wie das Gemeinwohl angesichts der Staatensouveränität verwirklicht werden kann. Bereits in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen erscheint der Begriff des „common interest“, also des „gemeinsamen Interesses“. Es heißt dort: „Die Völker sind entschlossen, dass Waffengewalt nicht angewendet wird, außer im gemeinsamen Interesse.“

Grundsätzlich kann kein Staat gegen seinen Willen neuen völkerrechtlichen Bindungen unterworfen werden. Es gibt aber unbestritten auch Regeln des Völkerrechts, die für alle Völkerrechtssubjekte gelten: das zum Völkergewohnheitsrecht gehörende zwingende Recht oder „ius cogens“. Es gilt unabhängig von der Zustimmung eines einzelnen Staates und verkörpert den Kernbestand unabänderlicher Rechtsregeln, Grundnormen und Grundüberzeugungen, die im Interesse des Gemeinwohls der Staatengemeinschaft unerlässlich sind. Dazu gehören etwa das Gewaltverbot in Art. 2 Abs. 4 der Charta der Vereinten Nationen, das Recht auf Leben, das Verbot von Folter und erniedrigender Behandlung, viele Regeln des Humanitären Völkerrechts, die Verbote des Völkermords und der Sklaverei sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Diese Regeln geben völkerrechtliche Antworten auf einige der neuen Herausforderungen, aber sie lösen das reale Problem der Spannung zwischen Recht und Macht nicht. Der in Art. 2 Abs. 1 der Charta der Vereinten Nationen festgelegte Grundsatz der Souveränität ist zwar weiterhin die Grundlage der Beziehungen zwischen den Staaten. Das Privileg der staatlichen Souveränität darf jedoch im Idealfall nicht gegen die internationale Gemeinschaft missbraucht werden. Das bedeutet: Wenn es etwa um die Menschenrechte geht, kann die staatliche Souveränität nicht als Ausrede dafür herhalten, dass sie nicht eingehalten werden. Was aber ist die Konsequenz, wenn gegen die Grundlagen des Völkerrechts verstoßen wird? Wie reagieren wir bei notorischer Missachtung?

Das Gewaltverbot in Art. 2 Abs. 4 der Charta der Vereinten Nationen und die in Kapitel VII der Charta zu dessen Einhaltung geschaffenen Instrumente (also Empfehlungen, friedliche und mili-

tärische Sanktionsmaßnahmen des Sicherheitsrats) bilden den rechtlichen Rahmen für die Antworten Deutschlands auf die gegenwärtig absehbaren internationalen Bedrohungen, insbesondere im Bereich des Terrorismus. Aufgrund der deutschen Geschichte und der jahrzehntelangen Prägungen der Nachkriegszeit ist für deutsche Politiker heute unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit die Achtung völkerrechtlicher Prinzipien nicht nur ein rechtliches, sondern auch ein politisches und moralisches Gebot. Darüber hinaus ist für Deutschland der Multilateralismus aufgrund unserer Geschichte, unserer geostrategischen Lage und unserer Interessen ein unverzichtbares Prinzip. Dies unterscheidet uns von den USA, für die Multilateralismus eine wichtige, hoffentlich eine bevorzugte, aber nicht die einzige Methode des internationalen Handelns darstellt. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Berlin und Washington wird zwar durch aktuelle politische Konstellationen graduell beeinflusst, es wird aber prinzipiell unabhängig von den jeweiligen politischen Mehrheiten auf beiden Seiten des Atlantiks bestehen bleiben. Deutsche Politik kann und sollte diese Differenzen zwischen beiden Seiten des Atlantiks einerseits nicht leugnen und andererseits durch konstruktive Strategien zu ihrer Verringerung beitragen.

Wie geht die Staatengemeinschaft mit den komplexen Fällen der Verletzung des internationalen Rechts in jüngster Zeit um? Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen war nach herkömmlicher Lesart auf Fälle der zwischenstaatlichen Gewaltanwendung zugeschnitten. Artikel 39 der Charta spricht aber – ganz allgemein – von einer „Bedrohung des Friedens“. Dieser offene Wortlaut bietet sich für eine Weiterentwicklung des Völkerrechts an. Dies sah auch der Sicherheitsrat so. Als Antwort auf die neuen Bedrohungen wandte er daher Kapitel VII der Charta auch in Fällen der Gewaltanwendung zwischen anderen als staatlichen Strukturen an. Durch die Verabschiedung der Resolutionen 1368 und 1373 am 12. und 28. September 2001 hat der Sicherheitsrat das Völkerrecht dahingehend fortentwickelt, dass auch Akte des internationalen Terrorismus Friedensbedrohungen im Sinne der Charta sind. Diese Fortentwicklung birgt allerdings auch das Risiko von unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten. So wird man definieren müssen, wie die räumliche Dimension der neuen Form der nichtstaatlichen Friedensbedrohung bemessen ist, wann sie einsetzt und wann die Bedrohung endet.

Wir finden im geltenden Völkerrecht weitere Lösungsansätze für die Terrorismusbekämpfung – im Völkerstrafrecht genauso wie im weiteren Rahmen der Vereinten Nationen, auch jenseits des

Sicherheitsrates. Davon zeugen bereits zwölf Übereinkommen der Vereinten Nationen, die sich mit verschiedenen Aspekten des internationalen Terrorismus befassen. Das Anti-Terror-Übereinkommen der Vereinten Nationen, das Übereinkommen vom 10. Januar 2000 zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus, setzt bereits bei der Vorbereitung terroristischer Handlungen an und stellt deren Finanzierung unter Strafe. Der Sicherheitsrat hat im Fall Afghanistans beschlossen, dass die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verpflichtet sind, Vermögenswerte terroristischer Herkunft einzufrieren.

Die Gefahr der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen stellt das Völkerrecht vor neue Herausforderungen, denn sie lässt sich durch bisherige Interpretationen des Völkerrechts allein nicht beherrschen. Deshalb sollte hier das Völkerrecht im Konsens weiterentwickelt werden. Dabei sollte die Stärkung der vorhandenen Nichtverbreitungssysteme im Vordergrund stehen. Angesagt ist nicht ein Ende der Rüstungskontrollpolitik, sondern ihre Weiterentwicklung. Wichtig ist vor allem: Die Verletzungen der multilateralen Nichtverbreitungsnormen müssen schnell entdeckt werden können, um ihnen entgegenzuwirken. Gleichzeitig müssen die Gründe, die Staaten zum Erwerb von Massenvernichtungswaffen bewegen, beseitigt werden. Wenn andere Möglichkeiten nicht zum Ziel führen, kann der Rückgriff auf Zwangsmaßnahmen nicht ausgeschlossen werden – sofern er in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen erfolgt.

Eine Aushöhlung des bewährten Kanons aus Regeln der VN-Charta und der Staatenpraxis durch ein weiter gehendes Recht auf präventive Selbstverteidigung stößt in Deutschland auf breite Kritik. Dies wird vor allem relevant bei der Diskussion um ein Recht auf „präventive Selbstverteidigung“, wie es teilweise in den USA gefordert wird. Auch „Rules to break the rules“, also Richtlinien, wie man geltende Bestimmungen im Notfall unterlaufen kann, würden das Völkerrecht untergraben. Deshalb ist die überwiegende Mehrheit der Staatengemeinschaft und auch Deutschland dagegen, eine Grauzone zwischen dem absoluten Gewaltverbot und der zulässigen Gewaltanwendung zu schaffen. Ihre Abgrenzung würde der kaum nachprüfbaren Entscheidung der Staaten selbst unterliegen.

Staaten, die wie die USA die Macht haben, außerhalb der geltenden Regeln des Völkerrechtes zu agieren, ohne Sanktionen gegen sich befürchten zu müssen, würden an Ansehen und Einfluss verlieren, wenn sie auf eine völkerrechtliche Legitimierung ihrer Aktionen verzichten würden. Wenn

die USA für sich das Recht beanspruchen, ohne ausdrückliche Zustimmung der Vereinten Nationen die Souveränitätsrechte anderer Staaten mit Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung anzutasten, sie gleichzeitig aber selbst die Unantastbarkeit ihrer eigenen Souveränität gegenüber internationalen Normen, Verfahren und Institutionen betonen, würde dies zunehmend als Doppelstandard in ihrer Politik und als Missbrauch ihrer Machtstellung kritisiert werden. Letztlich gilt, dass selbst die mächtigsten Staaten der Erde, also auch die USA, die zukünftigen Konflikte nicht allein präventiv lösen können. Wir müssen deshalb frühzeitig gemeinsam über transatlantische Strategien im Rahmen des Völkerrechtes und der Charta der Vereinten Nationen nachdenken.

Ein Zurückgreifen auf ein System von Ad-hoc-Koalitionen mit willigen Partnern zur Lösung künftiger Konflikte birgt Risiken. Zum einen erlauben es Ad-hoc-Koalitionen anders als strategische Partnerschaften nicht, langfristig im Sinne präventiver Politik vorausschauend zu planen und zu handeln. Sie können auf Probleme erst dann reagieren, wenn Partner dafür gefunden sind. Ad-hoc-Koalitionen stehen zwar dann nicht in einem direkten Widerspruch zum NATO-Vertrag, wenn es nicht um Artikel-V-Verpflichtungen geht, sie stehen aber grundsätzlich in einem Spannungsverhältnis zur strategischen Partnerschaft zwischen den NATO-Vertragspartnern. Wenn die NATO nur noch als „tool-box“, als Werkzeugkasten, aus dem man sich bedient, für Ad-hoc-Koalitionen genutzt würde, so würde dies zwangsläufig zur Aushöhlung ihrer Substanz führen. Zum anderen: Wir müssen darauf achten, dass das Prinzip der „coalitions of the willing“ sich nicht auch außerhalb des transatlantischen Kontextes verselbstständigt. Stellen wir uns vor, was passieren würde, wenn das Prinzip Schule macht: Wie würden wir reagieren, wenn Indien sich eines Tages entschliesse, in einer Koalition, sagen wir mit Afghanistan und weiteren Staaten, gegen Pakistan vorzugehen? Bedacht werden sollte auch, dass eine „coalition of the willing“ sehr häufig die Ursache für eine Gegenreaktion der „unwilling“ bildet. Wer aber dieses „ganging up against a country“ kritisiert, sollte zugleich selbstkritisch fragen, wie weit er selbst hierzu beigetragen hat.

Trotz wohl durchdachter Instrumente haben die Vereinten Nationen den notorischen Ruf, ein zahnloser Tiger zu sein. Ihnen wird oft der Vorwurf gemacht, sie seien zu schwach und setzten sich gegen einzelstaatliche Interessen nicht hinreichend durch. Dieser Vorwurf verkennt, dass die Vereinten Nationen nur so stark sind, wie ihre 191 Mitgliedsstaaten dies zulassen. Insbesondere bedürfen die Vereinten Nationen der Unterstüt-

zung ihres mächtigsten und finanzstärksten Mitgliedes, der USA. Nur wo die Vereinten Nationen ein wirkliches Mandat der Staatengemeinschaft zum Handeln erhalten, können sie tätig werden. Wir sollten gemeinsam überlegen, wie wir durch eine Reform der Vereinten Nationen und insbesondere des Sicherheitsrates ihre Handlungsfähigkeit stärken können. Der Sicherheitsrat, der die Entscheidungen nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen trifft, sollte aber die größtmögliche Glaubwürdigkeit besitzen, um global handlungsfähig zu sein. Durch die Erweiterung der Zahl seiner ständigen und nichtständigen Mitglieder sollte er repräsentativer werden. Interessante Gedanken wie etwa ein Begründungszwang bei Ausübung des Vetorechts werden diskutiert. Innovative Ansätze zur Reformierung des Vetos sollten ebenfalls erwogen werden. Ohne die Unterstützung der mächtigsten Staaten der Erde, allen voran die USA, sind die Vereinten Nationen letztlich nicht handlungsfähig.

Das heutige internationale System wird von einer Vielzahl von Akteuren bestimmt, wobei die herausragende Rolle der Vereinigten Staaten kennzeichnend ist. Die Vereinigten Staaten sind und bleiben unverzichtbar, wenn es um die Lösung der großen Herausforderungen geht. Die Kombination von militärischer, wirtschaftlicher und kultureller Macht verleiht den USA eine besonders starke Position. Diese Tatsache ist positiv zu werten. Aber sie sollten ihre Macht konstruktiv mit dem Ziel der Weiterentwicklung des Völkerrechtes einsetzen. Es wäre bedauerlich, wenn sie in bestimmten Situationen ihre einzigartige Rolle und Macht außerhalb der Normen und Verfahren des Völkerrechtes definieren würden. Ungeachtet ihrer Stärke sind die Vereinigten Staaten ihrerseits nicht in der Lage, die großen Herausforderungen allein zu meistern. Der amerikanische Politikwissenschaftler Joseph Nye beschreibt genau dies als „The Paradox of American Power“ – also die Kombination einer herausragenden Machtstellung mit der Notwendigkeit zur Zusammenarbeit mit anderen, in erster Linie den Europäern. Die Akzeptanz der herausragenden Rolle der USA ist international auf Dauer nur durch Rücksichtnahme der USA auf das Völkerrecht und internationale Institutionen zu gewährleisten. Insbesondere die strategischen Partner in Europa werden diese Rolle der

USA als selbstbewusste Demokratie umso mehr akzeptieren, je bereitwilliger die USA sind, sich für die Argumente und den Einfluss ihrer transatlantischen Verbündeten zu öffnen.

Die transatlantischen Beziehungen werden, trotz aller Differenzen in Einzelfragen, ihre überragende Bedeutung behalten. Erstens sind Europäer und Amerikaner, wenn auch aus unterschiedlichen Positionen heraus, voneinander abhängig, nicht nur durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Vernetzung, sondern vor allem auch politisch. Zweitens teilen wir die Werte demokratischer, offener, dem Rechtsstaat verpflichteter Gesellschaften, und zwar in einem deutlich höheren Maße, als das zwischen anderen Regionen der Fall ist. Das gilt auch dann, wenn wir in einigen Kernfragen unterschiedliche Wertentscheidungen getroffen haben, wie zum Beispiel beim Internationalen Strafgerichtshof und dem Kyoto-Protokoll, um nur einige zu nennen.

Der strategische Dialog auf transatlantischer Ebene muss der Tatsache Rechnung tragen, dass wir es mit einem durch den Fall der alten Blockstruktur und den 11. September 2001 veränderten Verhältnis zu tun haben: Europa und spezielle Deutschland sind nicht mehr Schauplatz des größten Weltkonfliktes. Europa ist bei der Lösung von Krisen in der eigenen Region weniger von den USA abhängig, stattdessen könnte es künftig wichtiger werden als natürlicher Verbündeter der USA bei der Lösung regionaler Probleme außerhalb Europas oder bei der Bewältigung globaler Probleme. Die wichtigste Lehre aus der Irak-Krise lautet für uns Europäer und für die USA: Wir werden als transatlantische Partner international wirksam und einflussreicher, wenn wir gemeinsam auftreten. Die gemeinsame Aufgabe unserer Politik ist es, durch Reformen des Systems der Vereinten Nationen und der NATO das Zusammenwirken der USA mit den Vereinten Nationen, der NATO und der Europäischen Union den Herausforderungen der Zeit anzupassen und so das Spannungsverhältnis zwischen ungleicher Machtverteilung und der Gleichberechtigung aller Staaten im Völkerrecht zu verringern. Dies würde letztlich entscheidend zu mehr globaler Stabilität und Demokratie beitragen.

## Die stolpernde Weltmacht

---

### Fehldeutung der Weltlage

---

Im Herbst 2003 hat sich erwiesen, dass der Krieg gegen den Irak auf unerwartete Schwierigkeiten gestoßen ist. Die Bush-Doktrin präventiver und präemptiver Kriegführung zeigte bei ihrer ersten praktischen Anwendung nicht nur, wie problematisch sie in rechtlicher und politischer Hinsicht ist; sie erwies sich auch als ungeeignet zur Lösung der real existierenden Probleme.

Präsident George W. Bush hat den Krieg gegen den Irak mit fließenden Argumenten begründet – erst mit den angeblichen Beziehungen Bagdads zu Al-Kaida und zum 11. September, dann mit dem Besitz von Massenvernichtungswaffen, dann mit der Gefahr, dass Saddam Hussein diese Waffen an Terroristen und Schurkenstaaten weitergeben könnte, und schließlich mit dem Einsatz von Giftgas gegen die irakische Bevölkerung 1988 in Halabja. Nur dieser Vorwurf war begründet, alle anderen, wie sich erwiesen hat, waren es nicht. So verabscheuungswürdig die Ermordung von Bürgern durch die eigene Regierung ist – sie gibt, sofern sie sich nicht zum Genozid auswächst, keinen Kriegsgrund ab. Die Bush-Regierung hat den Irak-Krieg mit reinen Verdächtigungen begründet, weil sie von Anfang an vorhatte, ihn zu führen. Die meisten ihrer Spitzenpolitiker hatten schon 1998 in einem offenen Brief an Präsident Bill Clinton den Sturz des irakischen Diktators gefordert.<sup>1</sup> Am 20. März 2003, dem Tag des Kriegsbeginns gegen den Irak, trat damit auch der Kern der Bush-Doktrin zutage: mit dem proklamierten Anspruch auf den vorbeugenden Krieg die Durchsetzung der eigenen außenpolitischen Ziele zu rechtfertigen.

Der Sturz Saddam Husseins hatte, wie die Errichtung eines Raketenabwehrsystems, zu den beiden außenpolitischen Hauptzielen der Bush-Koalition gezählt.<sup>2</sup> Das Raketenabwehrprogramm, das schon unter Präsident Clinton angegangen worden war, konnte die Regierung Bush selbst weiter vor-

rantreiben. Die Intervention im Irak hingegen bedurfte einer Gelegenheit. Präsident Bush fand sie in der Attacke des 11. September 2001.

Aber die Gelegenheit entwickelte sich anders als erwartet. Zwar konnte das Regime Saddam Hussein militärisch relativ leicht beseitigt werden. Offizielle Zahlen über die Verluste des Irak gibt es nicht, doch werden sie von britisch-amerikanischer Seite auf 8 000 Zivilisten und rund 30 000 irakische Soldaten geschätzt.<sup>3</sup> Der Krieg kann also wohl kaum als eine der „humansten Militäraktionen“ bezeichnet werden, wie es Präsident Bush in seiner Rede am 8. September 2003 getan hat.<sup>4</sup> Der erbitterte Widerstand des Regimes von Hussein indes, der vielerseits erwartet worden war, blieb aus.

Dann aber setzten Schwierigkeiten ein, mit denen Washington offenbar nicht gerechnet hatte. Die amerikanischen Truppen wurden weniger als Befreier begrüßt denn als Besatzer behandelt. Amerikanische Truppen und westliche Einrichtungen im Irak sahen sich zunehmend guerillakriegsähnlichen Attacken ausgesetzt, die auch die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Dienstleistungen erheblich störten. Die Unterstützung der Alliierten und anderer befreundeter Mächte blieb aus. Die 160 Milliarden US-Dollar, welche die Besetzung des Irak 2003 und 2004 kosten wird, müssen die USA hauptsächlich allein aufbringen, ebenso wie die für die Besetzung erforderlichen Soldaten. Ein namhafter Beitrag wurde lediglich von Großbritannien geleistet, dem Alliierten der ersten Stunde. Im Herbst 2003 ergibt sich demzufolge, dass sich der Irak in einer destabilen Lage befindet, deren Besserung nicht absehbar ist. Statt der erwarteten Befreiung des Landes befindet es sich in einen Zustand chaotischen Verfalls.

Dem Irak-Krieg lagen offensichtlich drei gravierende Fehleinschätzungen der Bush-Administration zugrunde. Sie überschätzte die relative Machtposition der USA im internationalen System. Sie überbewertete die Leistungsfähigkeit militärischer Gewaltpotentiale. Und sie hatte überhaupt nicht

1 Vgl. Peter Rudolf, Präventivkrieg als Ausweg? Die USA und der Irak, SWP Berlin, Juni 2002, S. 9.

2 Vgl. die Aufsätze vieler ihrer Meinungsführer in: Robert Kagan/William Kristol (Hrsg.), Present Dangers: Crises and Opportunities in American Foreign and Defense Policy, Washington, D. C. 2000.

3 Vgl. Jürgen Todenhöfer, Dieser Finsterling ist unsere Kreatur. Mit den Augen des Südens: Die zehn Irrtümer des Irak-Kriegs, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 23. 9. 2003, S. 39.

4 Vgl. [www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck.264763,00.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck.264763,00.html).

zur Kenntnis genommen, dass sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und vor allem nach dem Serbien-Krieg die Emanzipation der westeuropäischen Alliierten aus der amerikanischen Hegemonie beschleunigt hatte.

### **Überschätzung der amerikanischen Macht**

Indem die Bush-Administration am 20. März aus der in der Charta der Vereinten Nationen institutionalisierten Weltordnung ausbrach, den Sicherheitsrat für ineffektiv erklärte und unilateral den Krieg gegen den Irak eröffnete, offenbarte sie eine beträchtliche Überschätzung der eigenen Machtposition. Sie gab sich ganz offensichtlich der Meinung hin, dass sie die von den Vereinten Nationen erbrachten ordnungsstiftenden wie konsensbildenden Leistungen selbst genauso, wenn nicht noch besser erbringen konnte. Stattdessen musste sie lernen, dass ihr der Auszug aus dem UN-Sicherheitsrat wie ein Makel anhaftete. Er erzeugte nicht nur den Bruch mit den beiden wichtigsten kontinentaleuropäischen Alliierten Frankreich und Deutschland; er hielt auch andere befreundete Staaten wie die Türkei und Indien von einer Unterstützung der USA ab. Vor allem demaskierte er den amerikanischen Angriff auf den Irak als einen völkerrechtswidrigen, durch keinerlei Verteidigungsnotwendigkeit zu rechtfertigenden, sondern bloßer Willkür der Washingtoner Entscheidung entstammenden Angriffskrieg. Er wurde dementsprechend im Irak sehr ambivalent und in der arabischen Welt mit energischer Ablehnung und Kritik eingeschätzt. Dass die Bush-Regierung sich ab November 2002 um eine Sicherheitsratsresolution bemüht hatte, war nur von ihrem gemäßigten Flügel unter Außenminister Colin Powell ernst genommen, von der entscheidenden radikalen Mehrheit der Regierung höchstens als zeitverzögernde Finte geduldet und alsbald beiseite gelegt worden.<sup>5</sup> Die Bush-Administration hatte vielmehr von Anfang an, wie ihr ideologischer Vorläufer Ronald Reagan, der internationalen Organisation skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden. Sie ging jedoch noch einen großen Schritt weiter, als sie versuchte, sich selbst an die Stelle der Vereinten Nationen zu setzen.

### **Überbewertung militärischer Macht**

Die Bush-Administration überschätzte aber auch die militärische Kapazität der USA. Sie ist zweifellos bedeutend. Mit knapp 400 Milliarden US-Dollar ist der amerikanische Rüstungsetat größer als der der nachfolgenden neun Großmächte

zusammen. Der Irak hingegen, dessen militärische Stärke im Zweiten Golfkrieg schon halbiert worden war, hatte ein Verteidigungsbudget von 1,5 Milliarden US-Dollar. Kein Wunder, dass er in wenigen Wochen überrannt wurde. Washington war aber nicht auf den Guerillakrieg gefasst, gegen den die militärische Überlegenheit der USA wenig ausrichten konnte. Diese Erfahrung hatten sie eigentlich schon in Vietnam gemacht, im Irak aber, wie schon vorher in Afghanistan, alle Warnungen in den Wind geschlagen. Die Bush-Regierung konservierte das veraltete Weltbild einer Staatenwelt, in der sich organisierte Streitkräfte gegenüber stehen und mit dem Ausgang der Schlacht auch über den politischen Sieg entscheiden. In der Gesellschaftswelt des 21. Jahrhunderts aber ist der Konsens der Bevölkerung die entscheidende Voraussetzung für den außenpolitischen Erfolg. Er will erzeugt, kann also nicht mit Waffen erzwungen werden. Vor allem muss auf Gewalt verzichtet, wer einen Regimewechsel beabsichtigt. Der Vergleich mit Hitler-Deutschland und dem kaiserlichen Japan ist völlig irreführend. Beide wurden in einem von ihnen angezettelten Krieg besiegt und dann im Gefolge ihrer Niederlage auch demokratisiert. In Deutschland konnten die Alliierten sich auf eine demokratische Tradition stützen, die ins 19. Jahrhundert zurückreichte und in der Weimarer Republik schon politikbestimmend geworden war. Diese wichtige Voraussetzung fehlte im Irak völlig, ebenso wie in Afghanistan und in Vietnam. Auch hatte der Irak niemanden angegriffen. Die Washingtoner einzig verbliebene Begründung war der Sturz der Diktatur Saddam Husseins. Aber sie rechtfertigt weder die militärische Intervention, noch lässt sie sie zum geeigneten Instrument werden. Auch das war eine Lehre Vietnams, verstärkt durch die Erfahrung der Russen in Afghanistan und die der Amerikaner in Somalia. All dies ist von der Regierung Bush offensichtlich nicht bedacht worden.

### **Unterschätzung der Europäer**

Ebensowenig wurde das gewandelte Selbstbewusstsein der NATO-Verbündeten ins Kalkül mit einbezogen. Die Bush-Regierung war davon ausgegangen, dass ihr im Irak erneut gelingen würde, was ihr in Afghanistan und ihrer Vorgängerin im Serbien-Krieg gelungen war: die Verbündeten für die gewohnte Arbeitsteilung zu gewinnen. Die USA wollten, so hatte es Präsident Bush zu Beginn seiner Amtszeit verkündet, die militärische Intervention übernehmen und die sich daran anschließende Konsolidierungsarbeit den Verbündeten überlassen. So geschah es in Bosnien-Herzegowina, so gelang es im Kosovo. In Afghanistan haben zuerst die Verbündeten, im Sommer 2003

<sup>5</sup> Mangelnde Sachkenntnis führt hier gelegentlich zu grotesken Fehleinschätzungen, vgl. Hans-Peter Schwarz, Wer hat die Bouillabaisse versalzen?, in: FAZ vom 13. 1. 2003.



hat dann die NATO das Kommando übernommen. Berlin erklärte sich sogar bereit, das deutsche Engagement über Kabul hinaus in die Provinz Kundus zu erweitern.

Auf dieses Schema vertraute Washington offensichtlich auch im Irak. Die USA würden den Krieg beschließen, führen und die politische Neuordnung des Landes bestimmen. Die dafür erforderlichen Aufgaben der Besetzung, Stabilisierung und des Wiederaufbaus hingegen würden von den Alliierten ausgeführt und finanziert. Das war nicht einmal illusorisch. Denn die Allianz hatte sich mit ihren Beschlüssen von Prag im November 2002 faktisch dazu bereit erklärt, sich in ein Instrument globaler Intervention zu verwandeln.<sup>6</sup>

Allerdings wollte sie gefragt und nicht zum „Werkzeugkasten“ degradiert werden, aus dem sich Washington nach Belieben bedienen konnte.<sup>7</sup> Dass Bush den Krieg gegen den Irak rechtswidrig und gegen den Wunsch zweier wichtiger Verbündeter führte, ihn allein beschloss und dann von seinen europäischen Verbündeten fraglose Gefolgschaft einforderte, traf auf entschlossenen Widerstand der Regierungen in Berlin und Paris sowie auf den fast aller europäischen Gesellschaften. Die Folge war nicht nur eine Verweigerung der Mitarbeit, sondern eine anhaltende, tief gehende Krise der atlantischen Gemeinschaft.

---

## Die Reaktion auf den 11. September

---

Unter den Ursachen dieser drei Fehleinschätzungen ragt natürlich der 11. September 2001 hervor. Erstmals waren die USA direkt angegriffen worden, mit dem Welthandelszentrum und dem Verteidigungsministerium waren zwei Symbole ihrer Macht getroffen und fast 3 000 Menschen dabei ums Leben gebracht worden. Erstmals war dabei eine der „neuen Gefahren“ manifest geworden, von denen nach 1990 viel gesprochen,<sup>8</sup> über die aber offenbar sehr wenig nachgedacht worden war.

6 Vgl. Karl-Heinz Kamp, Die NATO nach dem Prager Gipfel. Eine globale und „präventive“ Allianz?, Konrad-Adenauer-Stiftung, Arbeitspapier Nr. 97/2003, St. Augustin. *Anmerkung der Redaktion:* Siehe dazu auch den Beitrag des Autors in diesem Heft.

7 Zu diesem Problembereich vgl. Klaus Wiesmann, Die vielleicht letzte Chance der NATO. Die Umsetzung der Prager Gipfelentscheidungen, Stiftung Wissenschaft und Politik, Studie 21, Mai 2003, Berlin.

8 Vgl. Dieter Wellershoff, Mit Sicherheit. Neue Sicherheitspolitik zwischen Gestern und Morgen, Bonn 1999, S. 75 ff.

Das Attentat vom 11. September war nicht von einem Staat, sondern von 19 einzelnen Akteuren, vornehmlich Arabern, verübt worden, nicht mit Massenvernichtungswaffen, sondern mit der Umfunktionierung von Verkehrsflugzeugen. Angesichts der grässlichen Katastrophe, die es heraufbeschworen hatte, bot das Attentat jeden Anlass, über diese neue Gefahr nachzudenken und neue Strategien zu ihrer Bekämpfung auszuarbeiten. Stattdessen hat die Bush-Regierung den Massenterrorismus benutzt, um gesellschaftlichen Konsens für ihr außenpolitisches Programm zu erzeugen. Ließ sich der Krieg gegen Afghanistan und die Taliban als Nebeneffekt der Absicht erklären, mit Osama Bin Laden und Al-Kaida die vermutlichen Anstifter des Attentats zu bestrafen, so fehlte dem Krieg gegen den Irak jeglicher einschlägiger Bezug. Ohne sich über das Novum dieses politischen Terrorismus Gedanken zu machen, benutzte Bush ihn zur Begründung eines ganz konventionellen Krieges gegen den Staat Irak. Die durch die Traumatisierung der amerikanischen Gesellschaft bewirkte hohe Konsensbereitschaft kompensierte in den Augen der Bush-Regierung die nicht zu erlangende Zustimmung des UN-Sicherheitsrats. Die militärische Überlegenheit schien einen raschen Sieg zu garantieren.

Die Fehleinschätzung der Regierung Bush wurde also zunächst von der ganz in der geopolitischen Konvention gehaltenen außenpolitischen Programmatik der Bush-Koalition beeinflusst. Ihr fiel die Einsicht zum Opfer, dass diese Art des politischen Terrorismus auch politisch bekämpft werden muss. Washington begriff den 11. September ausschließlich als Gelegenheit, das Regierungsprogramm voranbringen zu können, das in den ersten acht Monaten nur wenig Anklang und Unterstützung gefunden hatte.

### Die Bush-Koalition

Dessen Kernpunkte waren im September 2002 von einer Aktionsgruppe veröffentlicht worden, die sich „Project for a New American Century“ (PNAC) nannte. Sie war 1997 mit einem Manifest an die Öffentlichkeit gegangen, das eine Wiederbelebung der außenpolitischen Prinzipien der Administration Reagan forderte. Unterschrieben worden war das Manifest von 25 Persönlichkeiten auf der rechten Seite des politischen Spektrums der USA, die später die wichtigsten politischen Führungspositionen der Bush-Administration besetzen sollten.

Solche Aktionsgruppen sind in der amerikanischen Politik, deren Parteiwesen nur schwach ausgebildet ist, nicht selten; sie markieren meist einen Paradigmenwandel der Außen- und Innenpolitik.

Besonders berühmt geworden ist das Mitte der siebziger Jahre gegründete „Committee on the Present Danger“ (CPD), das die Wahl Ronald Reagans 1980 zum Nachfolger Präsident Carters vorbereitete.<sup>9</sup> Es wurde gesteuert von den Neo-Konservativen um die Zeitschrift „Commentary“, einer Gruppe von Intellektuellen und Meinungsbildnern, die eigentlich der Demokratischen Partei nahegestanden, sich dann aber von ihr abgewandt und einer Programmatik zugewandt hatten, die sozialpolitisch konservativ und außenpolitisch einem internationalistischen Unilateralismus verpflichtet war.

In der Nachfolge dieses CPD verstand sich auch das PNAC als Sammelpunkt aller rechten Gruppierungen, soweit sie nicht, wie die klassischen Konservativen, isolationistisch gesonnen waren.<sup>10</sup> Wie in den siebziger Jahren gehörten zu dieser Sammelbewegung die Christliche Rechte und zahlreiche konservative Forschungsinstitute. Hinzu kam die Rüstungsindustrie, insbesondere die Raketen- und Energie-Industrie, für deren politische Integration das „Center for Security Policy“ unter seinem Direktor Frank Gaffney sorgte.

Natürlich war auch der traditionelle amerikanische Konservatismus vertreten, dessen Exponent Barry Goldwater 1964 republikanischer Präsidentschaftskandidat gewesen war. Einen wirklichen Neuzugang bildete die Christliche Rechte, die in ihrer langen Existenz außenpolitisch abstinent gewesen war, sich in den neunziger Jahren aber für diese Thematik aktivieren und auf die Politisierung der christlich-jüdischen Tradition verpflichten ließ. Maßgeblich tätig dabei war das „Ethics and Public Policy Center“, das moralische Werte in die Außenpolitik einführte und es damit den Evangelikalen erleichterte, ihren religiösen Überzeugungen auch politisch Ausdruck zu verleihen.

Unmittelbar kam das der Position des Likud-Blocks in Israel und der Politik seiner amerikanischen Lobby zugute: dem American Israel Political Affairs Committee (AIPAC); mittelbar erleichterte diese Fundamentalisierung der Evangelikalen dem einer solchen christlichen Religiosität zuneigenden Präsidenten George W. Bush, seine Weltpolitik nicht nur mit dem moralischen Anspruch der Guten gegenüber den Bösen zu bekleiden, sondern sie auch in den kulturell-religiösen Suprematieanspruch des Christentums gegenüber anderen Religionen einzureihen.

9 Vgl. dazu und zur Außenpolitik Ronald Reagans Ernst-Otto Czempel, *Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren*, München 1989.

10 Vgl. dazu Amy E. Ansell (Hrsg.), *Unraveling the Right: The New Conservatism in American Thought and Politics*, Boulder/Col. 1998.

Die große Bedeutung des christlichen Glaubens für die politische Kultur in den Vereinigten Staaten wird in Europa gern übersehen. Sie liegt aber dem Menschenbild und der Konzeption von Politik zugrunde, auf denen im 18. Jahrhundert die amerikanische Republik gegründet wurde. Die Religion, schrieb Alexis de Tocqueville, nimmt zwar wenig Einfluss auf den täglichen Verlauf der Gesetzgebung und des öffentlichen Diskurses. Aber sie bestimmt „die Regeln der Gemeinschaft, und indem sie das tägliche Leben reguliert, reguliert sie den Staat“<sup>11</sup>. Gerade wegen der in den Vereinigten Staaten herrschenden Trennung von Staat und Kirche, wegen des durchweg säkularen Charakters der amerikanischen Politik wird gern übersehen, dass die Religion, wie Walter Lippmann geschrieben hat, die „vergessene Basis der Demokratie“ darstellt. In jedem Fall bildet sie die Basis der politischen Kultur über die ganze Breite des Spektrums politischer Überzeugungen. Sie dienen zur Klassifikation auch der gegenwärtigen Politikergeneration.<sup>12</sup>

Maßgebend für die politische Programmatik dieser vom PNAC betriebenen Sammlungspolitik aber waren die Neo-Konservativen. Paul Wolfowitz (heute Stellvertretender Verteidigungsminister) und I. Lewis Libby (heute Bürochef des Vizepräsidenten Dick Cheney) hatten schon 1992, als Beamte des Pentagon, eine neue „Verteidigungsrichtlinie“ entworfen, die den amerikanischen Weltführungsanspruch exekutieren, die militärische Intervention der USA zur Regel machen und die Vereinten Nationen als Ordnungsfaktor eliminieren sollte. Dieses Konzept, das seinerzeit zu Recht als „radikaler Bruch mit 55 Jahren überparteilicher Tradition in der amerikanischen Außenpolitik“ empfunden worden war,<sup>13</sup> wurde acht Jahre später zum außenpolitischen Leitfaden der Bush-Administration. Sie hat in Gestalt des Außenministers Colin Powell und des Außenministeriums generell auch einen gemäßigten Flügel. Die politische Leitung des Pentagon unter Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sowie der einflussreiche Vizepräsident Dick Cheney steuern aber zusammen mit den anderen, die meisten außenpolitischen Führungspositionen der Bush-Administration besetzenden Mitgliedern des PNAC<sup>14</sup> die Ausführung dieses Programms nach dem 11. September 2001.

11 Zit. in: Robert S. Alley, *So Help Me God*, Richmond, Va. 1972, S. 21.

12 Vgl. Charles W. Dunn/J. David Woodard, *The Conservative Tradition in America*, Lanham, Md. 2003, S. 138.

13 Tom Barry/Jim Lobe, *The Men Who Stole the Show*, in: *Foreign Policy in Focus*, Special Report, 18. Oktober 2002, S. 1 ff. Ich folge im Wesentlichen dieser Darstellung.

14 Vgl. die Auflistung der Führungsmitglieder und ihrer gegenwärtigen Positionen in der Bush-Administration in:

In den ersten acht Monaten der Bush-Regierung war es nicht recht vorangekommen, weil innen- und außenpolitisch die erforderliche Konstellation gefehlt hatte. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit versuchte daher Präsident Bush, das internationale System für einen Wandel der amerikanischen Außenpolitik zu öffnen. Er zog die USA aus der internationalen Kooperation beim Umweltschutz und bei der Rüstungskontrolle, insbesondere der der biologischen Waffen, zurück. Er setzte die Politik seines Vorgängers Bill Clinton, der den Nahost-Konflikt, den Konflikt zwischen Taiwan und dem Festland China sowie die Nuklearrüstung Nordkoreas in Richtung Entspannung zu steuern versucht hatte, nicht fort, sondern verschärfte die Konfliktkonstellationen. Das galt insbesondere für den Nahost-Konflikt, aus dem Bush die vermittelnde Politik der USA sofort und total zurückzog.

Es war aber erst die Tragödie des 11. September, die der Bush-Administration im internationalen System freie Hand und innenpolitisch den notwendigen Rückhalt bei der amerikanischen Gesellschaft gab. Jetzt konnte Washington damit beginnen, das von Wolfowitz und Libby einst entworfene, im September 2000 vom PNAC veröffentlichte Programm selektiver Weltherrschaft direkt anzugehen.<sup>15</sup>

Dass die globale Strategie der Bush-Administration so traditionell ausfiel, erklärt sich also auch daher, dass sie zwar erst nach dem 11. September praktiziert werden konnte, aber dabei Vorstellungen folgte, die sich nicht an dem Attentat, sondern an Weltbildern und Strategiekonzepten orientierten, die im Kern schon zehn Jahre zuvor formuliert worden waren. 1992 konnte die vertraute Staatenwelt noch als intakt angesehen werden. Der Ost-West-Konflikt war soeben als traditioneller zwischenstaatlicher Konflikt zwischen zwei konkurrierenden Lagern zu Ende gegangen. Macht wurde nach Gewaltpotentialen bemessen, militärische Überlegenheit galt als Rezept des Sieges. Den hatte der Westen eindeutig davongetragen, die USA hatten den Rüstungswettlauf gewonnen.

Es konnte also nahe liegen, eine Strategie, die sich in den 40 Jahren des Ost-West-Konflikts bewährt hatte, in der nunmehr entschieden verbesserten weltpolitischen Ausgangslage fortzusetzen. Der die Neue Rechte beherrschende konservative Grundzug verhinderte offensichtlich, dass diese traditionelle Strategie anlässlich der Attacke des 11. September einer gründlichen Revision unter-

zogen wurde. Der politische Terrorismus ist kein Äquivalent der Sowjetunion, die Bedrohung durch das Netzwerk Al-Kaida nicht identisch mit der durch die Rote Armee. Das Weltbild der die Bush-Regierung tragenden Koalition unter Führung der Neo-Konservativen erwies sich als so stabil, die darunter liegende Interessenkonstellation als so viril, dass die Bush-Regierung auf die „neue Gefahr“ nicht mit einer neuen, sondern mit einer ganz alten Strategie reagierte.

---

## 1994 – ein Wendepunkt?

---

Der Hinweis auf die unter der Führung der Aktionsgruppe PNAC erweiterte Interessengruppierung der „Neuen Rechten“ reicht aber zur Erklärung der Politik der Bush-Regierung und der ihr zugrunde liegenden Fehleinschätzungen noch immer nicht aus. Die Exekutive braucht die Zustimmung der Legislative, beide sind auf die Akzeptanz des Wählers angewiesen. Dass nur fünf Jahre nach dem Ende des Vietnam-Kriegs die dessen Trauma aufarbeitende Carter-Administration von der Ronald Reagans abgelöst wurde, zeigte, dass der konservative Flügel der amerikanischen Politik zwar geschwächt, aber keineswegs deaktiviert worden war. Vielmehr trat er, zusammen mit der Neuen Rechten, in der ersten Amtszeit Präsident Reagans eindrucksvoll wieder nach vorn.

In seiner zweiten Amtsperiode musste Ronald Reagan die von ihm betriebene Verhärtung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen in die Entspannungspolitik von Reykjavik überleiten. Die Renaissance des rechten Republikanismus konnte den gesellschaftlichen Anforderungen nach Frieden und seiner Dividende nicht standhalten, schließlich hatte dieser Trend des internationalen Systems sogar den Untergang der Sowjetunion und des Warschauer Pakts mitbewirkt. Die gemäßigte Administration von George H. W. Bush trug dieser Entwicklung Rechnung. Auf die Beendigung des Kalten Kriegs reagierte die amerikanische Politik 1992 mit der Wahl Bill Clintons, der in seinen beiden ersten Amtsjahren intern die Sozialpolitik und die Schaffung von Arbeitsplätzen betonte und außenpolitisch einen „assertive multilateralism“ betrieb, also ein durchweg demonstrativ liberales Programm.

Zwei Jahre später aber, bei den Zwischenwahlen von 1994, kam der Konservatismus wieder zurück, eroberte in beiden Häusern die Mehrheit. In das Repräsentantenhaus zogen 73 Neulinge ein, die, ohne die mäßigenden Erfahrungen des Kalten Krieges, dem vom Präsidenten des Repräsentan-

---

Tom Barry/Jim Lobe, U.S. Foreign Policy – Attention, Right Face, Forward March, in: Foreign Policy in Focus, April 2002, S. 3, 4, 5.

<sup>15</sup> Auszüge des Manifests „Rebuilding Americas Defenses“ sind abgedruckt in: T. Barry/J. Lobe (Anm. 13), S. 2.

tenhauses Newt Gingrich als Programm entworfen „Contract with America“ blind folgten. Mit der Absage an den Multilateralismus und die Vereinten Nationen, mit der drastischen Erhöhung der Rüstungsausgaben kopierte der „Contract“ die außenpolitischen Präferenzen der Reagan-Administration. An die Stelle der kollektiven Friedenssicherung im Verein mit anderen setzte der republikanisch beherrschte Kongress den Alleingang der amerikanischen Weltführung. Er nötigte Präsident Clinton wieder den „Primat der Außenpolitik“ auf, verlangte im Atlantischen Raum die Wiederbelebung der NATO und deren Osterweiterung.<sup>16</sup>

Dieser Kongress war es auch, der die Errichtung eines Raketenabwehrsystems zum sicherheitspolitischen Kernprogramm erhob.<sup>17</sup> Gegen den Willen des Präsidenten verabschiedete das Parlament 1999 den National Missile Defense Act. Während die amerikanischen Nachrichtendienste eine strategische Gefährdung der USA auf absehbare Zeit ausschlossen, setzte der Kongress eine „Commission to Assess the Ballistic Missile Threat to the United States“ ein, deren Leitung Donald Rumsfeld übertragen wurde, ehemals Verteidigungsminister unter Präsident Gerald Ford. Im Juli 1998 erschien der Kommissionsbericht, der den politischen Präferenzen im Kongress Rechnung trug.<sup>18</sup> Fast zeitgleich schätzte die ebenfalls von Donald Rumsfeld geleitete „Commission to Assess the United States National Security Space Management and Organization“ die Bedrohung der amerikanischen Weltraumrüstung als sehr hoch ein.

In der Legislative, die mit der Auflösung des Ost-West-Konflikts und nach dessen Ende die Forderung der amerikanischen Gesellschaft nach einer nunmehr prioritären Berücksichtigung ihrer auf die wirtschaftliche Wohlfahrt gerichteten Interessen sehr wohl rezipiert hatte,<sup>19</sup> setzte unter rechtsrepublikanischer, durch Newt Gingrich personalisierter Führung eine Gegenbewegung ein. Sie führte die Reagan'sche Doppelstrategie weiter, mit

dem Primat der Außen- und Sicherheitspolitik die weltpolitische Führungsrolle der USA zu verstärken und gleichzeitig die dafür notwendigen Ressourcen von der Sozialpolitik abzuziehen, also eine klassische Umverteilung der Einkommen von unten nach oben vorzunehmen.

Da die Herausforderung durch die Sowjetunion, die Reagan zur plausiblen Begründung seiner Doppelstrategie benutzen konnte, entfallen war,<sup>20</sup> suchte und fand die republikanische Rechte den passenden Bedrohungsersatz in den so genannten „Schurkenstaaten“.<sup>21</sup> Sie halfen als Bedrohungskulisse aus, bis mit dem 11. September 2001 der politische Terrorismus an den Platz treten konnte, den die Sowjetunion geräumt hatte.

Hatte die amerikanische Gesellschaft den Bedrohungsersatz der „Schurkenstaaten“ eher achselzuckend hingenommen, weil ihr die Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gleichgültig geworden war,<sup>22</sup> so machte der 11. September 2001 auf äußerst grausame Weise klar, dass die Vereinigten Staaten in der Tat durch den politischen Terrorismus bedroht sind. Dass angesichts dessen die amerikanische Gesellschaft bereit war, jede machtvolle Verteidigung gegen solche Angriffe zu unterstützen, ist mehr als verständlich. Zu verstehen ist auch, dass sie dabei den strategischen Vorgaben des Präsidenten für seinen „Krieg gegen den Terror“ folgte. Es wäre die Aufgabe der Regierung gewesen, auf diese neuartige Bedrohung mit einer neuartigen Politik zu reagieren, also dem Terrorismus wirksam mit einer Mischung aus Gewalt und Politik zu begegnen. Stattdessen hat sie die Traumatisierung der amerikanischen Gesellschaft für ihre außenpolitischen Vorhaben zu instrumentalisieren versucht.<sup>23</sup>

Ob die Zwischenwahlen von 1994 mit ihrer Renaissance der „Neuen Rechten“ die amerikanische Politik nur vorübergehend beeinflusst oder dauerhaft auf ein neues Paradigma umgestellt haben, lässt sich noch nicht absehen. Die Wahlen von 1996 bestätigten jedenfalls den konservativen Trend.<sup>24</sup> Er hat es der Bush-Administration

16 Vgl. Contract with America. The Bold Plan by Rep. Newt Gingrich, Rep. Dick Armey and the House Republicans to Change the Nation, New York 1994, S. 91 ff.

17 Vgl. Bernd W. Kubbig/Harald Müller/Annette Schaper, Die strategische Rüstungskontrolle zwischen USA und Russland: Erfolge – Probleme – Perspektiven, HSFK-Report 11/1996, Frankfurt/M. 1996.

18 Zu diesem Bericht und zu den ihm zugrunde liegenden, von Donald Rumsfeld damals schon repräsentierten Interessen der Rüstungsindustrie vgl. Alexandra Homolar-Riechmann, Balance oder Profit? Die Glaubwürdigkeit der entschiedenen Pro-NMD-Argumentation, Diplomarbeit im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/M. 2002, S. 29 ff.

19 Vgl. dazu umfassend Jürgen Wilzewski, Triumph der Legislative. Zum Wandel der amerikanischen Sicherheitspolitik 1981–1991, Frankfurt/M. 1999.

20 Vgl. dazu Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), Weltmacht ohne Gegner. Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Baden-Baden 2000.

21 Siehe dazu detailliert A. Homolar-Riechmann (Anm. 18), S. 35 ff.

22 Vgl. Jürgen Wilzewski, Demokratie und Außenpolitik: Friktionen zwischen Präsident und Kongress, in: ders./P. Rudolf (Anm. 20), S. 61.

23 Ausführlich habe ich mich dazu geäußert in: Ernst-Otto Czempel, Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der Internationalen Beziehungen, München 2003<sup>4</sup>.

24 Vgl. David Brady/John F. Cogan/Douglas Rivers, The 1996 House Elections: Reaffirming the Conservative Trend, Stanford, Cal. 1997.

erleichtert, die Präsidentschaft Clintons mit einem ausgeprägten Alternativprogramm abzulösen, das sich auf die einzigartige Machtposition und die ebenso großen Gewaltpotentiale des amerikanischen Militärs stützen konnte. Beides hat die Bush-Administration vorgefunden, sie hat nur einen anderen Gebrauch davon gemacht als Vorgänger Clinton. Hatte er den Primat des Politischen bewahrt, so hat Präsident George W. Bush ihn dem Militär und dem Sicherheits-Establishment zugeschoben.

---

## Der Beitrag des Pentagon

---

Die Streitkräfte hatten in den Jahren 1985 bis 1995 die Verringerung ihres Verteidigungsbudgets um 35 Prozent hinzunehmen, mussten aber weder ihre Struktur noch ihre Standard Operation Procedures ändern. Noch immer waren sie imstande, zwei begrenzte Kriege gleichzeitig zu führen. Seit 1996 begann ihr Budget kontinuierlich zu steigen; 1999 belief es sich schon wieder auf 267 Milliarden US-Dollar. Diese Höhe ließ sich nicht mit der Verteidigungsnotwendigkeit, sondern letztlich nur als Ausstattung einer weltpolitischen Führungspolitik rechtfertigen.<sup>25</sup>

Auch die militärische Führung des Pentagon war damit einverstanden. Sie warnte zwar vor einer direkten Verwicklung in regionale Kriege, drängte aber auf die Globalisierung der militärischen Präsenz, um jederzeit an jedem Ort jeder Art von Gefahren begegnen zu können. Schon lange vor dem 11. September verlangte das Pentagon zusätzliche Stützpunkte und Basen außerhalb von Westeuropa und Nordostasien und eine Verbesserung der Mobilität.<sup>26</sup> Darin drückte sich sowohl die Diagnose einer globalisierten Bedrohung aus wie auch das „Selbstbewusstsein überragender Militärmacht“<sup>27</sup>.

Der Sieg über die sowjetische Herausforderung hatte offensichtlich beim amerikanischen Militär ein Allmachtsbewusstsein erzeugt, das psychologisch verständlich, aber funktional nicht nützlich war. Wie von Joseph Schumpeter schon 1919 vorhergesehen, wurde der in seiner bisherigen Größe überflüssig gewordene Militärapparat dazu verleitet,

seine weitere Existenz durch ständige Einsatzofferten zu rechtfertigen. Der Bush-Administration wurde es auf diese Weise erleichtert, das, was sie konzeptuell ohnehin für richtig hielt, operativ auch dann einzusetzen, wenn eine Erfolg versprechende Beziehung zwischen dem Ziel und dem verwendeten Mittel nicht gegeben war.

So kam vieles zusammen, was zu den drei Fehleinschätzungen der Bush-Administration geführt hat. In den vierzig Jahren des Kalten Krieges veranlasst, Macht anhand der Gewaltpotentiale zu kalkulieren und Bedrohungen so wahrzunehmen, dass zu deren Abwehr vor allem das Militär eingesetzt werden konnte, verkannte die Bush-Administration die spezifische, neue Art der Bedrohung durch den politischen Terrorismus. Sie unterbewertete gleichzeitig ihre politische Machtfülle, die in der generellen Akzeptanz als gesellschaftliches und wirtschaftliches Vorbild lag, so dass diese in der Gesellschaftswelt so wichtigen Vorzüge hinter dem Bild des einsatzbereiten Soldaten verschwanden. Unter diesem Blickwinkel erschienen ihr schließlich auch die europäischen Verbündeten kleiner und schwächer, als sie wirklich waren.

---

## Selektive Weltherrschaft: eine Zwischenbilanz

---

Die im „Programm des Neuen Amerikanischen Jahrhunderts“ angestrebte selektive Weltherrschaft konnte sich also nicht nur auf die politische Vorarbeit der Neuen Rechten im Kongress seit 1995 stützen, sie wurde auch erleichtert durch Fehlperzeptionen des operativen Umfelds, die in der unverändert beibehaltenen Struktur des sicherheits- und verteidigungspolitischen Apparates angelegt waren. Der Krieg gegen Afghanistan hat die Bedrohung durch Al-Kaida, der er eigentlich galt, keineswegs beseitigt. Er hat das Regime der Taliban gestürzt, aber nicht durch ein anderes, mit gleicher, aber besserer Ordnungskraft ausgestattetes Regiment ersetzt. Vielmehr fühlten sich die regionalen Warlords reaktiviert, deren Herrschaft sowohl der Herstellung von Ordnung wie einem wirtschaftlichen Aufschwung entgegensteht. Der Krieg gegen den Irak hat mit dem politischen Terrorismus nachgewiesenermaßen überhaupt nichts zu tun. Er war nicht die Folge einer Notwendigkeit, sondern einer politischen Absicht.<sup>28</sup> Er gehörte, wie der Aufbau des Raketenabwehrsystems, zum Programm der Bush-Koalition, sollte

25 Vgl. dazu Ernst-Otto Czempel, Rückkehr in die Führung: Amerikas Weltpolitik im Zeichen der konservativen Revolution, HSFK-Report 4/1996, Frankfurt/M. 1996, S. 30 ff.

26 Vgl. Department of Defense, Quadrennial Defense Review Report, Washington, D. C. 2001.

27 Klaus-Dieter Schwarz, Militärstrategie und Streitkräfte, in: Peter Rudolf u. a., Zwei Jahre Präsident Bush, SWP-Studie, März 2003, S. 9, 11.

28 Vgl. Madeleine K. Albright, Bridges, Bombs, Or Bluster?, in: Foreign Affairs, 82 (September/Okttober 2003) 5, S. 7.

den Rückzug der amerikanischen Truppen aus Saudi-Arabien kompensieren, die Palästina-Politik der Likud-Regierung in Jerusalem weiter absichern und den Vereinigten Staaten eine dauerhafte Präsenz am Persischen Golf verschaffen. Als Beiprodukt sollte ein demokratisches Herrschaftssystem im Irak eingeführt und von dort in die Ölscheichtümer der Region weiterverbreitet werden.

Hier leuchtete hell das Konzept der Neo-Konservativen auf, sowohl das Herrschaftssystem der Demokratie wie den damit verbundenen Wertekanon in die Welt zu tragen, notfalls eben auch mit Gewalt. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, dass der Sturz von Saddam Hussein es Israel erleichtern würde, die Gründung eines palästinensischen Staates hinzunehmen.

Die Ziele, welche die Bush-Administration für ihre Politik der selektiven Weltherrschaft angab, waren durchaus fortschrittlicher und emanzipatorischer Natur; erst im Licht der dafür eingesetzten Mittel der Gewalt wurde erkennbar, dass sie entweder zweideutig oder unerreichbar waren. Wer einen Regimewechsel von außen mit Gewalt erzwingen will, weiß entweder nichts über die Untauglichkeit dieser Strategie<sup>29</sup> oder kaschiert mit dem angegebenen Ziel ganz andere Absichten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass nicht nur in der arabischen Welt, sondern auch in der europäischen der Irak-Krieg als Ausdruck einer imperialen Weltpolitik Washingtons verstanden und abgelehnt wurde.<sup>30</sup>

---

## Der Konflikt mit den Westeuropäern

---

Deswegen versagten Frankreich und Deutschland sowie alle europäischen Gesellschaften im Frühjahr 2003 der Bush-Regierung die Zustimmung. Mit deren Beschluss zum Alleingang vom 20. März gesellte sich zur Divergenz der Interessen ein Machtkonflikt. In dem ohne UN-Mandat begonnenen Irak-Krieg erhob die Bush-Administration den Anspruch, gegen die Vereinten Nationen und ohne die Verbündeten die Welt allein und mit Gewalt zu ordnen. Sie signalisierte mit dem

29 Vgl. dazu Minxin Pei/Sara Kasper, Lessons from the Past: The American Record on Nation Building, in: Carnegie Endowment, Policy Brief 24, Mai 2003.

30 Vgl. The Pew Global Attitudes Project, What the World Thinks in 2002, Washington, D. C. 2002; ferner die von der International Herald Tribune (IHT) in Auftrag gegebene Umfrage des gleichen Zentrums, in: IHT vom 5. 12. 2002, S. 2 und 8. In den USA hingegen fanden der Krieg und das amerikanische Militär noch im Mai 2003 Zustimmung. Vgl. Robin Toner, Americans Put Trust in Nation's Military, in: IHT vom 28. 5. 2003, S. 3.

Kriegsbeginn ihren Anspruch auf eine imperiale Weltordnung und auf den blinden Gehorsam der Alliierten. Hinzu kam in den ersten Wochen des Krieges ein fast byzantinisch zu nennendes Gehabe Washingtons gegenüber seinen treuesten Verbündeten Frankreich und Deutschland, denen das „Neue Europa“ als leuchtendes Vorbild europäischer Folgsamkeit entgegengehalten wurde.

Nach sechs Wochen Krieg und sechs Monaten Besetzung ist es noch zu früh, den amerikanischen Alleingang im Irak abschließend zu bewerten. Aber in einer Epoche, die mit der Auflösung der Sowjetunion und Jugoslawiens die Reste imperialer Politik verschwinden sah, muss jeder Versuch zu deren Restauration als wenig aussichtsreich gelten.

Mit seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 23. September 2003, in der er die UN-Mitglieder zur Mithilfe im Irak aufrief, schien Bush eine Teilkorrektur einzuleiten. Im Grunde aber profilierte er noch den Alleinentcheidungsanspruch der Vereinigten Staaten. Die UN sollten helfen, aber schweigen. Bush behielt den unilateral erhobenen Anspruch auf den Einsatz von Gewalt aufrecht, verbrämte ihn lediglich durch die Rückkehr in den Kontext der Vereinten Nationen. Er hielt sich, wie vor dem 20. März, die Option des Alleingangs weiter offen und benutzte die UN-Prozeduren eher dazu, seine „Coalition of the Willing“ zu vergrößern.

Dennoch ist unverkennbar, dass der amerikanische Unilateralismus im Irak ins Stolpern gekommen ist. Es fehlt ihm an Geld und an Soldaten, es fehlt ihm vor allem an der Legitimation. Statt von Washington marginalisiert worden zu sein, gingen die Vereinten Nationen aus der Kontroverse um den Irak-Krieg gestärkt hervor. Die Machtpotentiale der europäischen Alliierten waren größer, als die Bush-Regierung angenommen hatte. Berlin und Paris stimmten der diplomatischen Glättung ihrer Beziehungen zu Washington zu, blieben aber bei ihren Positionen, vor allem bei der Intensivierung ihrer Kooperation untereinander.

Die Machtkonkurrenz zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten ist damit in eine neue Phase eingetreten. Begonnen 1962 mit dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, hatten die europäischen Bestrebungen, sich von der amerikanischen Hegemonie, zu emanzipieren, seit langem die atlantischen Beziehungen koloriert. Nach dem Ende des Kalten Krieges sprach Bundeskanzler Kohl von der Notwendigkeit einer „Neuen Transatlantischen Agenda“, die den Europäern die Gleichberechtigung im Sachbereich der Sicherheit bringen sollte. Daraus wurde nichts. Erst die Demütigung im Serbien-Krieg führte auf

dem EU-Gipfel 1999 zu dem Beschluss, eine eigene europäische Streitmacht aufzubauen.<sup>31</sup>

Washingtons Behandlung der Westeuropäer anlässlich des Irak-Kriegs gab diesem Emanzipationsprozess einen neuen Schub. Im „Pralinen-Gipfel“ von Tervuren am 29. April 2003 präsentierte sich ein kleiner europäischer Kern, der die von der Bush-Regierung so deutlich zur Schau getragene „Satellitierung“ alter europäischer Verbündeter zum Anlass weiterer Integrationsdemonstrationen nahm.

Über diesen Streit ist inzwischen wieder der Mantel der diplomatischen Höflichkeit gebreitet worden. Er verdeckt den Konflikt, löst ihn aber nicht. Die Bush-Administration hat inzwischen gemerkt, dass sie zu weit gegangen ist, und es ist denkbar, dass sie ihren Kurs gegenüber Westeuropa wieder am Modell der Hegemonie ausrichtet. Fast alle amerikanischen Präsidenten haben nach dem zweiten Amtsjahr ihre Weltpolitik gemäßigt. Bei Bush würde dieser Prozess dann drei Jahre gedauert haben, was dem 11. September geschuldet ist.

Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Bush-Administration an ihrer Politik festhält und mit der Marginalisierung Europas sowie dessen Spaltung fortfährt. Die Machtverteilung zwischen der Supermacht USA und den kleinen/mittelgroßen Staaten in Europa ist derart asymmetrisch, dass sie eine solche Politik Washington geradezu

31 Vgl. Charles Kupchan, Die europäische Herausforderung. Vom Ende der Vorherrschaft Amerikas, Berlin 2003.

aufdrängt. Umso intensiver muss Westeuropa seine Emanzipation aus dieser Art amerikanischer Führung betreiben. Die aus der europäischen Integration im Sachbereich der Sicherheitspolitik erwachsende Äquivalenz sollte nicht einer Gegenmachtbildung, sondern einer Gleichberechtigung dienen, die im Sachbereich der wirtschaftlichen Wohlfahrt erfolgreich erreicht und in dem der Sicherheit längst überfällig ist.<sup>32</sup> Den Freiraum dazu könnte die Union paradoxerweise gerade unter George W. Bush umso leichter bekommen, als sie von seiner Regierung militärisch als „*quantité négligeable*“ und geopolitisch entbehrlich angesehen wird. Washington ist im Begriff, viele seiner europäischen Basen nach Osteuropa und in die Schwarzmeerregion zu verlagern.<sup>33</sup>

Die von der Regierung George W. Bush vorgenommene Zuspitzung des Unilateralismus zur selektiven Weltherrschaft weist eine sehr gemischte Bilanz aus. Das „unipolar moment“,<sup>34</sup> das die Neo-Realisten nicht müde wurden den Neo-Konservativen als die Gunst der historischen Stunde anzupreisen, hat sich nicht eingestellt. Beide haben die Zeichen der Zeit nicht richtig gelesen. Sie deuten auf multilaterale Verfahren als einzig erfolgreiche Strategie der Weltführung hin.

32 Zu diesem Themenbereich vgl. Stanley R. Sloan, NATO, the European Union, and the Atlantic Community. The Transatlantic Bargain Reconsidered, Lanham, Md. 2003. Sloan diskutiert auch weitere Szenarien möglicher Entwicklungen der europäisch-amerikanischen Beziehungen.

33 Vgl. Kurt M. Campbell/Celeste Johnson Ward, New Battle Stations?, in: Foreign Affairs, 82 (September/Oktober 2003) 5, S. 95 ff.

34 Charles Krauthammer, The Unipolar Moment, in: Foreign Affairs, America and the World 1990/91.

## Die Zukunft der deutsch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft

Glaukt man der Mehrzahl der politischen Analysen und Kommentaren zum Stand der transatlantischen Beziehungen, so wird das Jahr 2003 als das „Annus horribilis“ in die Geschichte der deutsch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft eingehen. Was mit rhetorischen Fehlritten deutscher Regierungspolitiker im Bundestagswahlkampf 2002 begann (und von Mitgliedern der Bush-Administration mit ebenfalls fragwürdigen Äußerungen gekontert wurde), schaukelte sich rasch zu einer massiven transatlantischen Verstimmung hoch. Der Streit um den Irak-Krieg verwandelte die Verstimmung in eine der schwersten Krisen in den Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. Jahrzehnte der engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit standen zur Disposition. Kaum mehr vorstellbar schien es, dass noch vor einem runden Jahrzehnt ein amerikanischer Präsident Deutschland die „Partnerschaft in der Führerschaft“ (Partnership in Leadership) angeboten hatte. Gleichzeitig schien die von Bundeskanzler Gerhard Schröder nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zugesicherte „bedingungslose Solidarität“ auf einmal sehr wohl Bedingungen zu unterliegen. Selbst der völlige Bruch zwischen Europa und Amerika beziehungsweise zwischen Deutschland und den USA schien nicht mehr ausgeschlossen. Diejenigen, die es schon immer gewusst haben, sahen eine solche endgültige Spaltung bereits als gegeben an und breiteten entsprechende Szenarien in den Medien aus. Dass die Mehrheit dieser Untergangspropheten mit ihren Vorhersagen schon in der Vergangenheit meist deutlich neben den realen Entwicklungen lagen, tat der Popularität ihrer Thesen nur wenig Abbruch.<sup>1</sup>

Auch diesmal ist sowohl die transatlantische wie auch die deutsch-amerikanische Scheidung ausgeblieben. Mit dem Zusammentreffen von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Präsident George W. Bush am Rande der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 24. September 2003 in New York ist die Eiszeit zwischen beiden Ländern offi-

ziell für beendet erklärt worden. Die beiderseitige Erkenntnis, dass es zur deutsch-amerikanischen Partnerschaft keine ernsthafte Alternative gibt, hat sie schließlich zu diesem pragmatischen Schritt bewogen. Allerdings wird diese Krise noch sehr lange nachwirken, und es sind erhebliche Anstrengungen notwendig, um die angestauten Spannungen und Verbitterungen abzubauen.

Wie war es überhaupt möglich, dass gerade die deutsch-amerikanische Freundschaft als eine der engsten Sicherheitsbeziehungen in der internationalen Politik so rasch an den Rand des Abgrundes manövriert werden konnte? Welche Konsequenzen ergeben sich für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik? Was muss geschehen, um diese Sicherheitspartnerschaft den weltpolitischen Veränderungen der letzten beiden Jahre anzupassen und das Vertrauen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wieder herzustellen?

---

### Washington und Berlin – Anatomie einer Krise

---

Sucht man nach den Ursachen der deutsch-amerikanischen Kontroverse, so zeigen sich die ersten Friktionen bereits kurz nach den Anschlägen des 11. September. Nur wenige Tage nach der Katastrophe konfrontierte der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Paul Wolfowitz den deutschen Außenminister mit einer Liste von 60 Staaten, denen sich die USA in ihrem Kampf gegen den internationalen Terrorismus widmen wollten, und stieß damit bei Joschka Fischer auf erhebliche Zurückhaltung.<sup>2</sup> Noch größer wurde die Skepsis auf Seiten der Bundesregierung, als Präsident Bush in seiner Rede an die Nation am 29. Januar 2002 erstmals von einer „Achse des Bösen“ sprach, die entschieden bekämpft werden müsse.

Einen wirklich heftigen Schlag erhielt das Verhältnis beider Länder, als Bundeskanzler Schröder am 5. August 2002 auf einer Wahlkampfveranstaltung

---

1 Vgl. Charles A. Kupchan, Trennung im Einvernehmen, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 13. 4. 2003. Die Entkräftung der Position von Kupchan findet sich in James Appathurei/Michael Rühle, Die Scheidung fällt aus, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 4. 5. 2003.

2 Vgl. Andreas Rinke/Christoph Neßhöver, Chronik eines angekündigten Bruchs, in: Handelsblatt vom 4. 4. 2003.



eine deutsche Beteiligung an einem „Abenteuer“ im Irak ablehnte, selbst dann, wenn ein Mandat der Vereinten Nationen vorliegen sollte. Mit dieser Festlegung markierte der Kanzler den „deutschen Weg“ – ein Kurs, der zu diesem Zeitpunkt von Seiten der Bush-Administration nur als Solidaritätsverweigerung und als deutscher „Unilateralismus“ interpretiert werden konnte. In den Folgewochen gaben verletzend Äußerungen der damaligen Regierungsmitglieder Rudolf Scharping und Herta Däubler-Gmelin über die USA der wechselseitigen Entfremdung weiteren Auftrieb.

Allerdings blieben amerikakritische Tendenzen nicht allein auf das linke politische Spektrum in Deutschland beschränkt. Bereits nach dem 11. September war die Ansicht, dass die USA selbst zum Amerikahass in der islamischen Welt nach Kräften beitragen, auch im bürgerlich-konservativen Lager durchaus verbreitet. Der Bundestagswahlkampf und die breite Ablehnung eines militärischen Vorgehens gegen den Irak durch die überwältigende Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit stellte gerade die CDU/CSU vor erhebliche Probleme. Zerrieben zwischen einer traditionell pro-amerikanischen Ausrichtung einerseits und dem Wunsch nach öffentlicher Zustimmung am Wahltag andererseits, gelang es der Union nur selten, sich zu einer gemeinsamen, schlüssigen Position durchzurufen. Gerade Kanzlerkandidat Edmund Stoiber blieb in seinen Aussagen zum transatlantischen Verhältnis meist vage – ein Umstand, der in Washington sehr wohl registriert wurde.

Mit den fortschreitenden Kriegsvorbereitungen der USA Anfang 2003 verschlechterte sich das deutsch-amerikanische Verhältnis weiter, zumal die Auseinandersetzungen mittlerweile in die NATO getragen wurden. Kanzler Schröder stand vor dem Dilemma, sich einerseits frühzeitig auf eine deutsche Nicht-Beteiligung an militärischen Schritten gegen den Irak festgelegt zu haben, andererseits die deutschen Verpflichtungen im Rahmen der Nordatlantischen Allianz (die auch militärischer Natur sein können) erfüllen zu wollen. Folglich war die deutsche Politik wechselseitig dem Vorwurf mangelnder Bündnistreue oder dem Verdacht des versteckten militärischen Engagements ausgesetzt. Eine in sich schlüssige Position, die sowohl vor dem Wahlvolk als auch vor den Bündnispartnern Bestand gehabt hätte, war damit nicht möglich.

Geradezu als Folge dieser widersprüchlichen Position trug Deutschland zu einem der schärfsten Konflikte innerhalb der NATO bei. Als die USA Anfang Februar 2003 in der NATO vorschlugen, zumindest eine Notfallplanung für eine eventuelle

Gefährdung des NATO-Mitgliedes Türkei im Falle eines Irak-Krieges vorzunehmen, wurde das durch ein Veto Deutschlands, Frankreichs und Belgiens im NATO-Rat blockiert. Das Resultat war schärfste Kritik vor allem an Deutschland, das sich doch in der Zeit des Kalten Krieges immer auf die Solidarität der übrigen NATO-Partner verlassen können. Auch entstand der Eindruck, dass im Falle einer Ausweitung der Irak-Krise auf die Türkei zwar das NATO-Mitglied Griechenland bereit wäre, die türkische Sicherheit zu verteidigen, Deutschland aber nicht. Die USA kündigten daraufhin an, den Schutz der Türkei – falls erforderlich – auf bilateraler Basis zu organisieren, was die NATO geradezu der Bedeutungslosigkeit anheim gegeben hätte. Als ungeachtet dieser massiven Kritik die Bundesregierung ihren Vertreter bei der NATO anwies, das wiederholt von Frankreich eingelegte Veto gegenüber einer Verteidigungsplanung für die Türkei zu unterstützen, tat er dies mit den Worten: „Don't shoot the messenger!“

Erst nach Tagen quälender Verhandlungen innerhalb der NATO und nach einem Verfahrenstrick, der Frankreich von der Abstimmung ausschloss, konnte das Türkeiproblem schließlich gelöst werden. Allerdings waren die Streitigkeiten im Bündnis so heftig, dass der amerikanische NATO-Botschafter Nicolas Burns im internen Kreis von einer „near death experience“ für das Bündnis sprach.

Die Verantwortung für die Verschärfung der transatlantischen Spannungen und für den heftigen Streit in der NATO lag aber nicht allein auf deutscher oder französischer Seite. Auch die Administration in Washington trug durch ungeschicktes politisches Agieren wesentlich zur Eskalation bei. Nicht nur die provozierende Rhetorik amerikanischer Spitzenpolitiker – allen voran Verteidigungsminister Donald Rumsfeld – hatte immer wieder Öl ins transatlantische Feuer gegossen.<sup>3</sup> Vor allem aber war es dem Team von George W. Bush nicht gelungen, eine wirklich schlüssige und überzeugende Begründung für die Unvermeidbarkeit eines militärischen Vorgehens gegen den Irak zu liefern. Statt dessen wandelten sich die von verschiedenen Stimmen aus der US-Administration vorgebrachten Argumente für einen gewaltsamen Regimewechsel in Bagdad gleich mehrfach.

3 So stellte Donald Rumsfeld in einer Anhörung vor dem Kongress Anfang Februar Deutschland zusammen mit Kuba und Libyen auf eine Stufe, indem er erklärte, dass die USA breite internationale Unterstützung in der Irak-Problematik erhalten hätten. Es gebe aber „drei oder vier Länder, die erklärt haben, dass sie nichts zu unternehmen gedenken“; „Libyen, Kuba und Deutschland sind solche, die angedeutet haben, dass sie in keiner Weise helfen werden“, zit. in: Die Welt vom 7. 2. 2003.

Anfangs wurde auf mögliche direkte Verbindungen Saddam Husseins zum internationalen Terrornetzwerk Al-Kaida verwiesen, ohne dass dafür entsprechende Belege vorgelegt werden konnten. Später ging es um die Gefahr irakischer Massenvernichtungswaffen, die mal als direktes Bedrohungspotential Bagdads und mal als indirekte Gefahr – etwa durch eine Weitergabe solcher Waffen und Techniken an terroristische Organisationen – dargestellt wurde. Auch wurden vermeintliche Beweise für irakische Bemühungen vorgelegt, das nach dem Golfkrieg von 1991 weitgehend zerstörte Atomwaffenprogramm zu reaktivieren. Diese erwiesen sich aber bei genauerer Betrachtung als eher löchrig. Parallel zu diesem Rechtfertigungswirrwarr fanden sich immer wieder Berichte, wonach die Entscheidung für einen Militärschlag gegen den Irak bereits wenige Tage nach der Katastrophe des 11. September 2001 im engen Kreis um den amerikanischen Präsidenten im Grundsatz gefallen sei. Das wiederum stand in scharfem Kontrast zur amerikanischen Politik im Rahmen der Vereinten Nationen, die zumindest dem Wortlaut nach vor allem auf eine vollständige und nachprüfbar Abrüstung des Irak und nicht unbedingt auf eine gewaltsame Beseitigung Saddams zielte.

All dies trug zur Ablehnung eines Krieges gegen den Irak durch die überwältigende Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit bei und leistete darüber hinaus zweifelhaften Verschwörungstheorien Vorschub. Mal war es der amerikanische Wunsch nach der Sicherung der Ölquellen, der als Hauptmotiv für den Krieg kolportiert wurde, mal war es eine nicht näher bezeichnete „jüdische Lobby“ in den USA, die als treibende Kraft hinter den Angriffsplänen des Präsidenten ausgemacht schien.

Der Beginn der Luftangriffe auf Bagdad am 20. März 2003 markierte den Höhepunkt der anti-amerikanischen Stimmung in Deutschland – sowohl in der Öffentlichkeit als auch in weiten Teilen der politischen Eliten. Gleichzeitig bedeutete der Kriegsbeginn einen Wendepunkt dahingehend, dass die Debatte um das Pro und Kontra eines Militärschlages durch ein „Fait accompli“ beendet worden war. Schmerzhaft transatlantische Debatten um einen weiteren Aufschub und „letzte Chancen“ für das Saddam-Regime hatten ihre Berechtigung verloren und banden nicht länger die politischen Energien der beteiligten Akteure. Stattdessen schälte sich auf beiden Seiten die Erkenntnis heraus, dass weitere Schäden für die deutsch-amerikanischen Beziehungen abgewendet werden müssten und ein Neuanfang unabdingbar sei. Am 5. Mai 2003 reiste Bundesverteidigungsminister Struck als erstes Mitglied der Bundesregierung nach dem Irak-Krieg in die

Vereinigten Staaten, und am 16. Mai besuchte der amerikanische Außenminister Powell Berlin, um dort mit Bundeskanzler Schröder zusammenzutreffen. Einen Tag zuvor hatte es in Washington ein mit großer Sorgfalt arrangiertes „zufälliges“ Gespräch von Präsident Bush mit dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch im Weißen Haus gegeben. Nach dem Terroranschlag auf Bundeswehrsoldaten in Afghanistan sprach Präsident Bush in einem Telefongespräch am 7. Juni Kanzler Schröder das Beileid des amerikanischen Volkes aus. Zwei Monate später lobte der amerikanische Präsident in ungewöhnlich deutlicher Form den deutschen Beitrag zur Befriedung Afghanistans. Im Gegenzug sagte der deutsche Bundeskanzler am 17. September einen deutschen Beitrag zum Wiederaufbau zu. Genau eine Woche später kam es dann zu dem lange erwarteten Zusammentreffen der beiden Regierungschefs in New York. Beide Seiten erklärten dabei, die Streitigkeiten der Vergangenheit zu begraben und sich den künftigen gemeinsamen Herausforderungen widmen zu wollen.

Dieses schrittweise und teilweise zögerliche Aufeinanderzugehen wurde von zwei Entwicklungen unterstützt. Zum einen führte der Krieg gegen den Irak nicht zu dem von vermeintlichen Experten vorhergesagten Waterloo für die amerikanischen Streitkräfte. Weder blieb die amerikanische Militärmaschinerie im Wüstensand stecken, noch kam es zu dem prognostizierten Häuserkampf, bei dem Tausende amerikanischer Soldaten ihr Leben lassen würden. Statt der häufig ausgemalten großflächigen Zerstörung irakischer Städte waren die Bemühungen der Anti-Irak-Koalition um Schadensbegrenzung und Schutz ziviler Strukturen unverkennbar. Folglich gelang es, das Regime Saddams Husseins innerhalb weniger Wochen zu stürzen und den Krieg siegreich und mit vergleichsweise wenigen Opfern zu beenden.

Zum anderen aber waren die USA in der Zeit nach dem Ende der Kampfhandlungen weit weniger erfolgreich. Obgleich es vor dem Krieg eine Vielzahl von Überlegungen und konkreten Plänen amerikanischer Institutionen und Think Tanks für einen Wiederaufbau des Irak nach dem Sturz Saddams gab,<sup>4</sup> fanden diese Konzepte in dem Handeln der USA vor Ort keine Berücksichtigung. Offenbar getragen von dem Glauben, überall im Irak als Befreier empfangen zu werden, vernachlässigten die politisch Verantwortlichen die grundlegenden Notwendigkeiten der Hilfe beim zivilen Wieder-

4 Vgl. Patrick Fitschen/Jan Irlenkaeuser, *The Day After: Der Irak nach dem Krieg – Analyse amerikanischer Nachkriegskonzeptionen für den Irak*, Arbeitspapier Nr. 107, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2003.

aufbau des Irak und vergaben damit sehr rasch die Chance, die Akzeptanz der Mehrheit der irakischen Bevölkerung zu finden. Weder gelang es den USA und ihren Verbündeten, nach dem Ende der Kampfhandlungen die innere Sicherheit im Irak zu garantieren (etwa durch den raschen Aufbau eines funktionierenden Polizeiparates), noch vermochten sie eine zivile Verwaltung zu etablieren, die auch von den Irakern selbst als effizient angesehen wurde.<sup>5</sup> Die Konsequenz waren täglich neue Anschläge auf amerikanische Soldaten und internationale Einrichtungen, in deren Folge bereits nach wenigen Wochen mehr Amerikaner zu Tode kamen als während des gesamten Krieges. Präsident Bush geriet nicht nur innenpolitisch, sondern auch international unter Druck. Folglich warb die Administration um internationale Unterstützung, um so die Belastungen einer Befriedung der Region auf mehrere Schultern zu verteilen.

---

## Konsequenzen für Deutschland

---

Auch wenn der längst überfällige Neuanfang in den Beziehungen beider Länder nun vollzogen worden ist, werden die Folgen der vorangegangenen Krise die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik noch sehr lange beeinflussen. Der offensichtlichste Langzeitschaden betrifft das Verhältnis der beiden Regierungen zueinander. Ungeachtet der demonstrierten Einigkeit ist die persönliche „Chemie“ zwischen dem Bundeskanzler und dem amerikanischen Präsidenten dauerhaft und vermutlich irreparabel zerstört. Damit fehlt der Bundesrepublik ein wichtiges Element effizienter Außenpolitik: die Möglichkeit nämlich, strittige oder heikle Probleme durch ein vertrauliches Telefonat auf höchster Ebene ohne großes Aufsehen zu entschärfen oder gar zu lösen.

Weit gravierender ist allerdings der Umstand, dass Deutschland erheblich an internationalem Gewicht eingebüßt hat – sowohl in Washington als auch in der Mehrzahl der europäischen Hauptstädte. Die politische und diplomatische Bedeutung Deutschlands für die Vereinigten Staaten ruhte in der Vergangenheit auf zwei Pfeilern: zum einen auf dem Bild deutscher Verlässlichkeit und zum anderen auf Deutschlands Gewicht in der Europäischen Union. Dadurch, dass Deutschland (im Zusammenwirken mit Frankreich) häufig den Kurs der Europäischen Union vorgeben konnte, bildete die EU den Resonanzboden für die deut-

sche Stimme in Amerika. Daraus ergab sich Deutschlands geradezu natürliche Funktion als Vermittler zwischen französischen Vorstellungen einer europäischen Autonomie in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik einerseits und dem amerikanischen Wunsch nach Einfluss auf die Politik der europäischen Partner andererseits. Beide Pfeiler sind zusammengebrochen. Washington hat tiefe Zweifel an der Verlässlichkeit Berlins, und eine große Zahl von EU-Partnern folgt nicht mehr notwendigerweise der Richtung, die von der „Lokomotive Deutschland“ oder der deutsch-französischen Achse vorgegeben wird. Statt auf ambitionöse Vorstellungen einer europäischen Emanzipation von einer vermeintlich riskanten amerikanischen Hypermacht zu bauen, sieht die Mehrheit der EU die Vereinigten Staaten als europäische Macht und als wohlwollenden Hegemon („benign hegemon by invitation“). Der „Offene Brief der acht“ vom 30. Januar 2003, in dem sich acht Staaten Europas mit den USA solidarisierten, wies klar in diese Richtung.

In Zukunft wird die Überzeugungskraft eines „deutschen Weges“ oder einer deutsch-französischen Achse noch weiter schwinden – sowohl in der NATO als auch in der Europäischen Union. Mit der anstehenden Erweiterung beider Organisationen nach Osten treten Länder bei, die aufgrund ihrer historischen Erfahrungen an einer engen Anbindung an die USA unbedingt festhalten wollen. Gerade die sieben künftigen NATO-Mitglieder<sup>6</sup> haben keinen Zweifel daran gelassen, dass der Beitrittswunsch vor allem von dem Engagement der USA in dieser Allianz beflügelt war. Aus dieser Motivation heraus haben einzelne Länder demonstrativ amerikanische Positionen unterstützt und dabei heftige Kritik starker EU-Mitglieder wie etwa Frankreich auf sich gezogen. Aus der „Erklärung der zehn“ vom 5. Februar 2003, in der zehn osteuropäische Länder ihre Unterstützung für die USA demonstrierten, wurde deutlich, dass man auch den Konflikt mit den EU-Schlüsselstaaten Deutschland und Frankreich nicht scheut, wenn man die Beziehungen zu Amerika gefährdet sieht. Folglich mag der Gleichtakt des deutsch-französischen Tandems auch in Zukunft ein Aktivposten für Fortschritte im europäischen Einigungsprozess sein – eine hinreichende Bedingung ist er nicht mehr. Andere EU-Partner – gerade die Neumitglieder – werden im Einzelfall sorgfältig abwägen, ob und unter welchen Bedingungen sie einem deutschen Weg oder einer deutsch-französischen Avantgarde folgen werden. Der Peitschenhieb des

---

5 Vgl. Klaus Naumann, Nichts gelernt – Amerika hat im Irak die Lehren aus dem Balkan-Einsatz vergessen, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 14. 9. 2003.

6 Auf dem nächsten NATO-Gipfeltreffen im Mai 2004 in Istanbul werden Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowenien und die Slowakei dem Atlantischen Bündnis offiziell beitreten.

französischen Präsidenten Chirac, als er den Unterzeichnern des öffentlichen Aufrufs zur transatlantischen Solidarität vorhielt, sie hätten „eine Gelegenheit zum Schweigen versäumt“, erzielte nicht mehr die gewünschte disziplinierende Wirkung. Ein trotziger Weltmachtanspruch „à la française“ wird gerade in Osteuropa nicht als Alternative zur transatlantischen Partnerschaft gesehen. Dort herrscht die Wahrnehmung, dass die französische Politik eher darauf zielt, die USA einzuhegen als die europäische Integration voranzubringen. Die selbsterklärte „Achse des Guten“ (Deutschland–Frankreich) wird in Osteuropa (und nicht nur dort) nicht als solche wahrgenommen. Mithin hat Deutschland sowohl in den USA als auch in Europa an Bedeutung eingebüßt, ohne dass dies durch den seit der Irak-Krise zelebrierten demonstrativen Schulterchluss mit Paris kompensiert werden konnte.

---

## Deutsch-amerikanischer Handlungsbedarf

---

Die transatlantische Sicherheitspartnerschaft ist für beide Seiten unverzichtbar. Europa und die Vereinigten Staaten sind auf das engste miteinander verbunden – sowohl politisch und wirtschaftlich als auch militärisch. Mehr noch – die transatlantische Gemeinschaft mit ihrer einmaligen Kombination von Freiheit, Pluralismus, Demokratie und Marktwirtschaft ist das einzig taugliche Modell für die „Weltgesellschaft“<sup>7</sup>. Allerdings ist die Pflege dieser Partnerschaft schwieriger geworden. Die Katastrophe des 11. September war Meilenstein und Wendepunkt zugleich: Meilenstein, weil sie die Gefahren asymmetrischer Gewalt und des internationalen Terrorismus von der Ebene der Expertendiskussionen schmerzhaft in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit brachte; Wendepunkt, weil sie eine beispiellose Welle internationaler Solidarität auslöste, Russland in der euro-atlantischen Partnerschaft verankerte und damit den Kalten Krieg endgültig beendete. Sie war ein Wendepunkt aber auch, weil sie die internationale Sicherheitsagenda völlig veränderte und die Reihenfolge sicherheitspolitischer Prioritäten grundlegend neu ordnete. Ein Zurück zur Situation vor dem 11. September wird es weder für die transatlantischen Beziehungen im Allgemeinen, noch für das Verhältnis zwischen Washington und Berlin im Besonderen geben. Stattdessen muss das

7 Vgl. Michael Rühle, *Transatlantische Prosa: Amerika und Europa driften auseinander – und brauchen einander doch*, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 9. 2. 2003.

Ziel eine neue, reifere deutsch-amerikanischen Partnerschaft sein, die den Realitäten des 21. Jahrhunderts Rechnung trägt: den neuen Bedrohungen, die neue Antworten erfordern; dem berechtigten Wunsch der EU, eine eigenständige Kraft in der Sicherheitspolitik zu werden; der Ausweitung der euro-atlantischen Gemeinschaft und der Erweiterung der NATO; der neuen, weiter gefassten Rolle der NATO sowie den wachsenden europäisch-amerikanischen Asymmetrien bei der militärischen Leistungsfähigkeit. Um diese neue, reifere Partnerschaft zu erreichen, müssen beide Seiten unverzüglich Anstrengungen unternehmen, um bestehende Spannungen abzubauen und um das Fundament für die Wiederherstellung von Vertrauen und effektiver Zusammenarbeit zu legen.<sup>8</sup>

---

## Handlungsempfehlungen für Deutschland

---

Deutschland muss klarstellen, dass es die NATO als das vordringliche Instrument betrachtet, um seine Sicherheitsinteressen zu verfolgen. Es sollte deshalb von europäischen Initiativen Abstand nehmen, die als gegen die NATO gerichtet interpretiert werden können.<sup>9</sup> Wie die neuen Aufgaben der NATO auf dem Balkan oder in Afghanistan zeigen, bleibt die Nordatlantische Allianz eines der wenigen effektiven Instrumente, um die Quadratur des Kreises aus Multilateralismus, Leistungsfähigkeit und starkem amerikanischen „commitment“ zustande zu bringen. Damit wird die NATO zu einem einzigartigen Instrument für die Umsetzung deutscher Sicherheitsinteressen. Dadurch, dass Deutschland im Februar 2003 mit Blick auf eine mögliche Verteidigung der Türkei das ganze Bündnis in Geiselschaft genommen hatte, riskierte es die Entwertung des Kerninstruments seiner Außen- und Sicherheitspolitik.

8 Die folgenden Empfehlungen basieren auf: Die Deutsch-Amerikanische Partnerschaft: Überwindung der Krise, Memorandum der deutsch-amerikanischen Expertengruppe, Konrad-Adenauer-Stiftung, Washington, Juli 2003 ([http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_2071\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_2071_1.pdf)).

9 Am 29. 4. 2003 trafen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg zu einem Gipfeltreffen in Brüssel zusammen und einigten sich im Viererkreis auf konkrete Maßnahmen (wie etwa ein eigenes militärisches Hauptquartier für die Europäische Union) zur Weiterentwicklung der gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik. Ungeachtet gegenteiliger Bekundungen gerade von deutscher Seite wurde diese abschätzig als „Pralinengipfel“ bezeichnete Zusammenkunft allgemein als Affront gegen die NATO und gegen die USA gewertet.

Deutschland sollte jeglicher Versuchung widerstehen, die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den Aufbau eines Gegengewichts zu den USA umzumünzen. Eine beachtliche Anzahl von europäischen Staaten ist nicht mehr bereit, in allen Fragen zur europäischen Integration einer deutsch-französischen Führung zu folgen – von transatlantischen Fragen ganz zu schweigen. Die Ideen eines „deutschen Weges“ oder einer „deutsch-französisch-russischen Achse“ führen in eine Sackgasse. Stattdessen sollte Deutschland – unter Einbeziehung Großbritanniens und aller anderen NATO-Partner – Projekte fördern, welche die NATO stärken und dazu beitragen, die volle Leistungsfähigkeit der geplanten EU-Streitmacht zu erreichen. Gleichzeitig sollte Deutschland den wahllosen Gebrauch des Begriffs „Multipolarität“ vermeiden. „Multipolarität“ ist kein Wert an sich, und es ist keinesfalls gesichert, dass eine „multipolare“ Welt zwangsläufig stabiler und sicherer ist.

Deutschland muss dem Erhalt der „Bündnisfähigkeit“ mit den USA größte Bedeutung beimessen. Damit sind verteidigungspolitische Initiativen im EU-Kontext keinesfalls ausgeschlossen. Sie sind – im Gegenteil – angesichts der offenkundigen Schwächen der Europäer, ihre eigene Sicherheit auch militärisch zu gewährleisten, sogar zwingend erforderlich. Dennoch gibt es gerade für anspruchsvollere Militäroperationen keine Alternative zur Zusammenarbeit mit den USA. Deutschland muss seine Streitkräfte transformieren und sich dabei, angesichts begrenzter Mittel, auf einige Kernbereiche konzentrieren: auf den Bereich der Information, Kommunikation und Aufklärung, auf den Lufttransport oder auf die Verteidigung gegen biologische oder chemische Angriffe. Das wird trotz der angespannten Haushaltslage nicht ohne eine signifikante Erhöhung der Verteidigungsausgaben möglich sein. Nur so kann Deutschland seine Glaubwürdigkeit als militärischer Partner der USA wiederherstellen und die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr an die neuen sicherheitspolitischen Gefährdungen anpassen.

Politische Entscheidungsträger in Deutschland – insbesondere die Bundesregierung – müssen größere Anstrengungen unternehmen, um das öffentliche Bewusstsein hinsichtlich der Bedrohungen nationaler und internationaler Sicherheit zu schärfen. Darüber hinaus sollten sie eine breitere Debatte über die deutschen Sicherheitsinteressen anstoßen. Die derzeitigen Spannungen zwischen Deutschland und den USA sind nicht zuletzt auch auf die unterschiedliche öffentliche Bedrohungswahrnehmung in beiden Ländern zurückzuführen. Viele Deutsche teilen weder den amerikanischen Sinn für Verwundbarkeit noch die amerikanischen

Sorgen mit Blick auf den Umgang mit den so genannten „rogue states“ (Schurkenstaaten). Mehr noch, während der 11. September nach wie vor ein zentrales Datum für die USA darstellt, ist er aus dem Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit, die sich wieder nahezu völlig auf innenpolitische Probleme konzentriert, weitgehend verschwunden. Kurz, während sich die USA nach wie vor „im Krieg“ befinden, gibt es ein solches Gefühl in Deutschland nicht mehr. Wenn man sich dieser Wahrnehmungslücke nicht stärker annimmt, sind weitere Friktionen geradezu programmiert. Dabei geht es nicht um hysterisch geführte Debatten um die Existenz oder Nichtexistenz von Massenvernichtungswaffen, sondern um die Vermittlung der schlichten Wahrheit, dass geografische Distanz immer weniger vor sicherheitspolitischen Gefahren schützt und Deutschland zunehmend stärker in den Wirkungskreis entfernt liegender Risikoquellen gerät. In diesem Sinne ist der viel zitierte Hinweis, dass die deutsche Sicherheit auch „am Hindukusch“ verteidigt werde, absolut zutreffend.

---

## Handlungsempfehlungen für die USA

---

Um globale Sicherheitsprobleme anzugehen, bleiben die USA, ungeachtet ihres militärischen Übergewichts, auf Verbündete angewiesen. Folglich bedarf es wirklicher Konsultationen mit diesen Verbündeten – allen voran mit Deutschland. Dies erfordert eine systematische Einbeziehung der Partner in die frühzeitige Analyse und Bewertung gemeinsamer Probleme sowie in die Entwicklung erforderlicher Gegenmaßnahmen. Allerdings macht es das verbreitete Image der USA als ein Land mit wachsender militärischer Stärke bei gleichzeitig schwindendem internationalen Prestige äußerst schwer, die Zustimmung der Öffentlichkeit zu besonders kontroversen Problemen – wie etwa in der Irakfrage – zu bekommen.

Auch eine Nation ohne ebenbürtige Gegner kann nicht ohne internationale Partner auskommen. Diese Erkenntnis hat nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu dem großen Engagement der Vereinigten Staaten bei der Schaffung und Fortentwicklung eines engen Geflechts von internationalen Organisationen und Institutionen geführt. Die USA sollten wieder den kooperativen internationalen Kurs einschlagen, den sie seit 1945 so erfolgreich verfolgt haben. Er hat den amerikanischen Interessen in der Vergangenheit genützt und ist auch in Zukunft ohne realistische Alternative.

Anstatt an der Unterscheidung zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Europa festzuhalten,

sollten sich die USA ernsthaft darum bemühen, die Verbindungen zu allen europäischen Partnern wiederherzustellen. Amerika hat ein vereintes Europa stets als im eigenen Interesse liegend betrachtet. Entsteht der Verdacht, dass die USA aktiv auf eine Spaltung Europas hinarbeiten, so wird dies einen europäischen Trend hin zu alternativen (und damit gegen die USA gerichteten) Arrangements eher verstärken als unterbinden.

Die USA müssen klarstellen, dass die Nordatlantische Allianz der Kern eines neuen transatlantischen Konsenses im sicherheitspolitischen Umfeld nach dem 11. September bleibt. Zwar kann das neue internationale Umfeld gelegentlich Koalitionen der Willigen („Coalitions of the Willing“) erforderlich machen. Allerdings dürfen diese nicht zu Lasten der primären Rolle der NATO als das Bündnis gehen, das den USA einen beispiellosen Einfluss in Europa gewährt. Die aktuelle Neuausrichtung der NATO auf die künftigen Gefahren von Terrorismus und Massenvernichtungswaffen zeigt, dass die Nordatlantische Allianz der unverzichtbare Legitimationsrahmen für die amerikanische Macht in Europa ist. Deshalb bleiben die USA eine „europäische Macht“, die erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung Europas als ungeteilter, demokratischer, marktorientierter und nicht zuletzt atlantisch ausgerichteter Kontinent nimmt.

---

## Felder gemeinsamen Handelns

---

Beide Seiten sollten auf eine bewusst verfälschende und verletzende Rhetorik verzichten, die vor allem auf das jeweils eigene Publikum ausgerichtet ist. Sowohl dumpfer Antiamerikanismus als auch eine unreflektierte Anti-Europa-Haltung schaden der deutsch-amerikanischen Partnerschaft.

Der Anpassungsprozess der NATO muss fortgesetzt werden. Mit ihrem Engagement nach dem 11. September hat die NATO ihre „eurozentrische“ Ausrichtung endgültig abgelegt. Sie wird damit zu einem Instrument, mit dem transatlanti-

sche Sicherheitsinteressen gewahrt werden können, wo und wann immer dies als nötig erachtet wird. Daraus ergeben sich neue Möglichkeiten, die NATO als Vermittler bei der deutsch-amerikanischen Wiederannäherung zu nutzen. Um dieses Potential auszuschöpfen, müssen sich die USA voll und ganz in den NATO-Konsultationsprozess einbringen. Im Gegenzug muss sich Deutschland nachhaltig für die Transformation der militärischen Kapazitäten der NATO einsetzen.

Deutschland und die USA sollten zusammenarbeiten, um zu einer transatlantischen Strategie für den gesamten Nahen Osten (Greater Middle East) beizutragen. Der Krieg im Irak hat, ungeachtet der aktuellen Schwierigkeiten beim Wiederaufbau, eine neue Dynamik in der Region zur Folge. Die möglichen Impulse zu positiven Veränderungen müssen aufrechterhalten werden. Deshalb sollte man eine erweiterte Rolle für die NATO bei der Stabilisierung des Irak sowie bei der Umsetzung eines möglichen israelisch-palästinensischen Übereinkommens ernsthaft in Betracht ziehen. Als ein nächster Schritt müsste eine aktivere Rolle der NATO im Irak angestrebt werden, sobald über den internationalen Rahmen einer solchen Einbeziehung Einigkeit besteht. Das würde dazu beitragen, die transatlantische Zusammenarbeit auf einem Feld zu institutionalisieren, das sowohl für die USA als auch für deren Verbündete von zentraler strategischer Bedeutung ist.

Deutschland und die USA müssen einen fortgesetzten strategischen Dialog auf höchster Ebene führen, um die Differenzen bei der Bedrohungsanalyse oder der Entwicklung gemeinsamer Strategien einander anzunähern. Dieser Dialog sollte auf der National Security Strategy der USA und auf dem im Juni 2003 erschienenen Strategiepapier der EU aufbauen.<sup>10</sup> Ein solcher deutsch-amerikanischer Dialog wäre ein wesentlicher Beitrag zu dem überfälligen europäisch-amerikanischen Dialog über globale Sicherheitsfragen.

<sup>10</sup> Vgl. Javier Solana, Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Europäischer Rat, Thessaloniki, 20. 6. 2003, (<http://ue.eu.int/pressdata/de/reports/76257.pdf>).

# Die Christliche Rechte und die amerikanische Politik von der ersten bis zur zweiten Bush-Administration

---

## Einführung

---

Seit einem Vierteljahrhundert nimmt die Christliche Rechte Einfluss auf die amerikanische Politik, und immer wieder wurde sie für tot erklärt. Mit der Auflösung der *Moral Majority* 1986 und der Wahl des älteren, der Bewegung nicht sehr freundlich gesonnenen George Bush zum Präsidenten zwei Jahre später schien das Ende erreicht.<sup>1</sup> Stattdessen setzte im Übergang von Bush zu Clinton eine Transformation und Wiedergeburt der Christlichen Rechten ein, die ihr eine neue politische Schlagkraft zuwachsen ließ. In den letzten Jahren von Clintons Amtszeit, als die Kongresswahlen von 1998 nicht die von den Republikanern gehegten Erwartungen erfüllten und im Februar 1999 das Impeachment (Amtsenthebungsverfahren) gegen Clinton im Senat scheiterte, zeigten sich neuerliche Ermüdungserscheinungen. Diesmal jedoch wurde das Ende der Bewegung auch von ihren eigenen Protagonisten verkündet. Im Vorfeld der Wahlen stellte Radio-Evangelist James Dobson resigniert fest: „Our people no longer recognize the nature of evil.“<sup>2</sup> Und einer der wichtigsten Strategen der Christlichen Rechten, der Mitbegründer von Moral Majority und Präsident der Free Congress Foundation, Paul Weyrich, ging nach dem gescheiterten Impeachment noch einen Schritt weiter, indem er in einem Rundbrief vom 16. Februar 1999 erklärte, dass die Rechte den mehr als 20 Jahre währenden Kulturkrieg verloren habe, und empfahl daraufhin den Rückzug aus Politik und Kultur: „We need to drop out of this culture.“<sup>3</sup> Weniger als zwei Jahre später zog mit dem *born again*-Christen und Sohn des ehema-

ligen Präsidenten George H. W. Bush nicht nur ein den Fundamentalisten und der Christlichen Rechten besonders nahe stehender Republikaner ins Weiße Haus ein. Mit ihm gelangten auch eine Reihe von Aktivisten der Christlichen Rechten und des „conservative movement“ wie Grover Norquist, Spencer Abraham und John Ashcroft in einflussreiche Positionen in seiner Administration. Das Gefühl des Triumphes brach sich u. a. in einer besonderen Veranstaltung während der Amtseinführung des neuen Präsidenten im Januar 2001 Bahn. Unter dem Motto „The Funeral: A Conservative Celebration of the Death of the Clinton Administration“ feierten Aktivisten der Christlichen Rechten und des „conservative movement“ das Ende der Clinton-Ära. Die passende Predigt dazu wurde vom ehemaligen *moral majority*-Führer und TV-Prediger Jerry Falwell beigesteuert.<sup>4</sup>

Der vorliegende Beitrag will diesem Umschwung nachgehen und die Frage erörtern, ob mit der Präsidentschaft des jüngeren George Bush eine neue Phase und zugleich ein politischer Höhepunkt in der Entwicklung der Christlichen Rechten erreicht ist, den ihr zu Amtszeiten seines Vaters oder auch Ende der neunziger Jahre nur wenige vorausgesagt hätten. Dazu sollen die Wandlungen im Organisationsfeld der Christlichen Rechten im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert aufgezeigt und sodann in Beziehung zum politischen Umfeld, insbesondere der Republikanischen Partei und der Bush-Administration, gestellt werden. Hier wird die These vertreten, dass die Christliche Rechte seit der Wahl vom Jahr 2000 auf einem neuen, nicht mehr für möglich gehaltenen Höhepunkt angekommen ist, zugleich aber ihre Eigenständigkeit als Bewegung dadurch eingebüßt hat, dass die anfängliche Symbiose, in der die Republikaner die „Partei der Bewegung“ waren, einer zunehmenden Instrumentalisierung durch die Partei und Administration gewichen ist. In anderen Worten: Die Christliche Rechte ist nunmehr die „Bewegung der Partei“.

<sup>4</sup> Vgl. Melissa August, *Conservatives Stage a Funeral for Clinton*, in: TIME Magazine vom 19. 1. 2001.

1 Für einen derartigen Nachruf vgl. Steve Bruce, *The Rise and Fall of the New Christian Right*, Oxford 1988. Zur genaueren Bestimmung dessen, was hier unter Christlicher Rechter verstanden wird, vgl. den nächsten Abschnitt.

2 (<http://www.family.org/docstudy/newsletters/a0002737.html>) vom 30. 9. 1998.

3 Lawrence Morahan, 'Moral Majority Doesn't Exist, Key Conservative Says', *Conservative News Service* vom 18. 2. 1999; ([www.conservativenews.org/InDepth/archive/199902/IND19990218i.html](http://www.conservativenews.org/InDepth/archive/199902/IND19990218i.html)) vom 15. 9. 2003.

---

## Das Netzwerk der Christlichen Rechten im Übergang zum neuen Millennium

---

Die Christliche Rechte kann als eine politische und soziale Bewegung verstanden werden, die entscheidend zur Politisierung und Mobilisierung des amerikanischen protestantischen Fundamentalismus ab Mitte der siebziger Jahre beigetragen hat. Fundamentalismus bedeutet hier eine ausgeprägte religiöse Orthodoxie, die sich auf die Unfehlbarkeit des biblischen Wortes und eine selektive Adaption religiöser Traditionen gründet und in einer diesseitigen Haltung dezidiert gegen bestimmte Ausprägungen der Moderne wie Liberalismus und Säkularismus Stellung bezieht.<sup>5</sup> Die politische Mobilisierung und Organisation des protestantischen Fundamentalismus durch die Christliche Rechte kann daher als moderne antimodernistische Reaktion zur Bewahrung der fundamentalistischen Lebenswelt in einer sich rapide ändernden Umwelt aufgefasst werden.<sup>6</sup> Die politische Programmatik der Christlichen Rechten wurde von Theodore Lowi treffend als Mischung aus Bibel und Edmund Burke, in der sich etatistische und populistische Elemente verbinden, charakterisiert.<sup>7</sup> Die Forderung nach einer starken staatlichen Rolle zur Aufrechterhaltung traditioneller religiös-moralischer und sozialer Werte und Institutionen (*family values, law and order*) geht einher mit Antiparlamentarismus, scharfer Kritik am politischen *establishment* und Forderungen nach Dezentralisierung. Der Hauptgegner der Christlichen Rechten befindet sich unter all den Kräften, die tatsächlich oder vermeintlich Liberalismus, die Etablierung alternativer Lebensstile und Säkularisierung vorantreiben.<sup>8</sup>

Die organisatorischen und strategischen Wandlungen und daraus hervorgehenden neuen politischen

Impulse der Christlichen Rechten in den neunziger Jahren sind inzwischen vielfach dokumentiert und analysiert.<sup>9</sup> Im Anschluss an die Präsidentschaftskampagne Pat Robertsons 1988 und die Gründung der von ihm geleiteten Christian Coalition 1989 ergaben sich grundlegende Verschiebungen im organisatorischen Spektrum und in der politischen Strategie. Die *Tabelle* fasst die wichtigsten Organisationen zusammen und bietet einen Überblick über die multiplen Mitgliedschaften wichtiger religiöser Führer der Bewegung.

Die äußerst wirkungsvolle strategische Erneuerung der Christlichen Rechten in den neunziger Jahren bestand in zwei zentralen Elementen der Übernahme von Strategien der Bürgerrechtsbewegung und anderer neuer sozialer Bewegungen. Zum einen erfolgte die Forcierung der Kulturkampfrhetorik, wobei allerdings religiöse Reizworte vermieden und ein Vokabular von Grundrechten eingesetzt wurde (z. B. in der Abtreibungsdebatte die Betonung des Rechts auf Leben Ungeborener). Zum anderen setzte der Direktor der Christian Coalition, Ralph Reed, die Rückkehr zu einer *grass roots*-Strategie durch, die sich (zunächst) von Washington ab- und der lokalen und Einzelstaatenpolitik und hier vor allem der Republikanischen Partei zuwandte.<sup>10</sup> Als Ergebnis dieses Strategiewechsels ist festzuhalten, dass die Christliche Rechte in der Clinton-Ära immer mehr Ortsverbände und Einzelstaatenorganisationen der Partei unterwanderte. Mitte der neunziger Jahre dominierte sie 18 Einzelstaatenorganisationen, gegen Ende des Jahrzehnts waren es ca. 30.<sup>11</sup> Dazu kommt eine wachsende Präsenz auf nationaler Ebene vor allem im Kontext von Kongress- und Präsidentschaftswahlen.<sup>12</sup> Auf den republikanischen Nominierungskonvent in Houston 1992 stellte die Christliche Rechte etwa 300 der 2 000 Delegierten, und unter maßgeblichem Einfluss von Führungsfiguren wie Jerry Falwell, Pat Robertson, Phyllis Schlafly und Pat Buchanan stand der Konvent ganz im Zeichen von *family values* und der Verkündigung von Rednern wie Buchanan und Robertson, dass im Lande ein religiöser Krieg um die Seele Amerikas herrsche. Vier Jahre später spielte die Christliche Rechte in

5 Vgl. Nancy Ammerman, North American Protestant Fundamentalism, in: Martin Marty/Scott Appleby (Hrsg.), *The Fundamentalism Project*. Band 1, Chicago-London 1991, S. 1–65; Michael Minkenberg, Neokonservatismus und Neue Rechte in den USA, Baden-Baden 1990. Die Unterscheidungen zwischen Fundamentalismus und Evangelikalismus sind in der Literatur alles andere als einheitlich. Hier sollen die Begriffe weitgehend synonym verwendet werden. Zur Abgrenzung, vgl. N. Ammerman, ebd., S. 4.

6 Vgl. José Casanova, *Public Religions in the Modern World*, Chicago 1994, S. 137–157.

7 Vgl. Theodore Lowi, *American Impasse. The Ideological Dimension at Eras End*, in: Michael Minkenberg/Herbert Dittgen (Hrsg.), *The American Impasse. U.S. Domestic and Foreign Policy after the Cold War*, Pittsburgh 1996, S. 6.

8 Vgl. Michael Minkenberg, *Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland*, Opladen-Wiesbaden 1998, S. 146–148.

9 Vgl. z. B. Manfred Brocker, *Die Christliche Rechte in den USA*, in: Michael Minkenberg/Ulrich Willems (Hrsg.), *Politik und Religion*, PVS-Sonderheft 33/2002, Wiesbaden 2003, S. 256–278; Matthew Moen, *The Transformation of the Christian Right*, Tuscaloosa 1992. Im Folgenden vgl. M. Minkenberg (Anm. 8), Kap. 7.

10 Vgl. M. Minkenberg (Anm. 8), S. 258 f.

11 Vgl. John Persinos, *Has the Christian Right Taken Over the Republican Party?*, in: *Campaigns and Elections vom 15. 9. 1994*, S. 21–29; Morris Fiorina, damals Harvard University, persönliche Kommunikation im Februar 1997.

12 Vgl. M. Minkenberg (Anm. 8), S. 341–347.



**Tabelle: Das Netzwerk der Christlichen Rechten in den achtziger und neunziger Jahren**

	<i>NCAC</i>	<i>RR</i>	<i>CV</i>	<i>MM</i>	<i>FC</i>	<i>EF</i>	<i>CWA</i>	<i>ACTV</i>	<i>AFC</i>	<i>FRC</i>	<i>CC</i>
Robert Billings	X		X	X							
James Dobson								X		X	
Colonel Doner			X					X			
Jerry Falwell				X				X			
Robert Grant			X					X	X		
Gary Jarmin			X					X	X		
Beverly LaHaye							X				
Tim LaHaye			X	X				X			
Ed McAteer		X									
Pat Robertson		X			X						X
James Robison		X						X			
Phyllis Schlafly						X					

Anmerkungen:

X = Mitgliedschaften von Führungsfiguren in den Organisationen.

*kursiv* = wichtige Organisationen der achtziger Jahre.

**Fett** = wichtige Organisationen, die nach der Reorganisation am Ende der achtziger Jahre fortbestanden.

**Fett** = neue Organisationen, die im Zuge der Reorganisation entstanden.

**Abkürzungen:** ACTV: American Coalition for Traditional Values; AFC: American Freedom Coalition; CC: Christian Coalition; CV: Christian Voice; CWA: Concerned Women for America; EF: Eagle Forum; FC: Freedom Council; FRC: Family Research Council; MM: Moral Majority; NCAC: National Christian Action Coalition; RR: Religious Roundtable.

**Quellen:** Matthew Moen, *The Transformation of the Christian Right*, Tuscaloosa 1992, S. 70; M. Minkenberg (Anm. 8), S. 252–256.

den Republikanischen Vorwahlen eine noch größere Rolle und trug wesentlich dazu bei, dass Robert Dole als Kandidat nominiert wurde. Auf dem Konvent in San Diego waren nunmehr bereits 500 der 2.000 Delegierten Mitglieder der Christlichen Rechten. Inzwischen hatte seit den Kongresswahlen von 1994 eine im historischen Maßstab äußerst konservative Republikanische Partei die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses inne. Sie begann unter Leitung ihres Mehrheitsführers im Abgeordnetenhaus, Newt Gingrich, eine radikale Oppositionspolitik gegen die Clinton-Administration, an der auch führende Vertreter der Christlichen Rechten mitwirkten und die im letztlich gescheiterten Versuch einer Amtsenthebung des Präsidenten mündete.<sup>13</sup>

Die daraus resultierende Ernüchterung und Enttäuschung unter führenden Aktivisten der Christlichen Rechten fiel zusammen mit einer neuerlichen Reorganisation ihres Netzwerkes. Diese drückte sich unter anderem in personellen Veränderungen an der Spitze von Christian Coalition aus. Bereits im September 1997 verließ Ralph Reed die Organisation und wechselte in die kommerzielle Politikberatung. Sein Nachfolger, Randy Tate, konnte im Gegensatz zu Reed bereits auf eigene parlamentarische Erfahrungen als republikanischer Abgeordneter (1995–1997) zurückblicken und war ein enger Parteifreund Newt Gingrichs. Damit entschied sich die Führung von Christian Coalition

bewusst für eine weitere Professionalisierung ihrer Führung und eine besonders enge Beziehung der Organisation zum politischen Establishment auf Capitol Hill.<sup>14</sup> Dieser neue Professionalisierungsschub an der Spitze von Christian Coalition wurde im Dezember 2001 fortgesetzt, als Pat Robertson Roberta Combs antrug, die Präsidentschaft von Christian Coalition zu übernehmen. Im Gegensatz zu Robertson bekleidete Combs vor ihrer Arbeit für Christian Coalition keine kirchliche Position, sondern war stets in der Politik ihres Heimatstaates South Carolina aktiv. Seit Gründung der Christian Coalition leitete sie deren Büro in Charleston; erst 1999 wechselte sie auf Wunsch Robertsons in das nationale Büro der Organisation in Chesapeake, Virginia.<sup>15</sup>

Nach eigenen Angaben hat Christian Coalition heute fast zwei Millionen Mitglieder<sup>16</sup> und kann immer noch beanspruchen, die größte Organisation der Christlichen Rechten zu sein. Allerdings hat sie einiges von ihrer politischen Durchschlagskraft aus der Hochzeit Mitte der neunziger Jahre eingebüßt. So fiel Christian Coalition im alljährlichen *ranking* einflussreicher Lobbygruppen in Washington DC durch das Wirtschaftsmagazin „Fortune“ von einem siebten Platz in den Jahren 1997 und 1998 auf den 35. Platz im Jahre 1999. Dagegen rückte das National Right to Life Com-

13 Vgl. hierzu die detaillierten Aufzeichnungen eines ehemaligen Insiders in: David Brock, *Blinded by the Right. The Conscience of an Ex-Conservative*, New York 2002, insbes. Kap. 11–13.

14 Vgl. (<http://www.cnn.com/ALLPOLITICS/1997/06/10/tate>) vom 30. 9. 2003.

15 Vgl. ([http://www.charleston.net/stories/082303/hip\\_23combs.shtml](http://www.charleston.net/stories/082303/hip_23combs.shtml)) vom 30. 9. 2003.

16 Vgl. die website der Organisation auf (<http://www.cc.org>) vom 30. 9. 2003.

mittee, eine *single issue*-Organisation der Christlichen Rechten, die sich dem Kampf gegen die Abtreibung verschrieben hat, vom zehnten Platz (1997) auf den achten Platz (1999) vor.<sup>17</sup>

Hinter dieser Gewichtsverschiebung liegt eine organisatorische Verschiebung im Gefüge der Christlichen Rechten. Ein Netzwerk verschiedener Gruppen, darunter James Dobsons Focus on the Family, Gary Bauers Family Research Council (seit 2000 unter der Leitung von Kenneth Connor) sowie Bauers eigenes *political action committee*, Campaign for Working Families, hat sich inzwischen als Haupttrivale von Christian Coalition etabliert. Die Vernetzung dieser Gruppen drückt sich u. a. darin aus, dass Bauer und Dobson den Aufsichtsräten der jeweils anderen Organisation angehören, obwohl sie öffentlich Unabhängigkeit voneinander demonstrieren. Family Research Council verfügte über ein Budget von 14 Millionen US-Dollar (1997) und 455 000 Mitglieder (1998), die Mitgliedschaft von Campaign for Working Families geht ebenfalls in die Hunderttausende und übersteigt somit diejenige der United Auto Workers oder der National Education Association.<sup>18</sup> James Dobson verlagerte 1991 den Hauptsitz von Focus on the Family nach Colorado Springs, was einen spürbaren Aufschwung der Aktivitäten der Christlichen Rechten in Colorado nach sich zog, da die etwa 1 300 Angestellten in der lokalen und einzelstaatlichen Politik und den konservativen Kirchen dieses Bundesstaates äußerst aktiv sind. Als Ergebnis sind u. a. verschiedene erfolgreiche Volksabstimmungen in den Themenbereichen Homosexualität und Abtreibung und eine Vertiefung des „kulturellen Grabens“ zwischen protestantischen Fundamentalisten und anderen Gruppen (Katholiken, Schwarze, Hochschulabsolventen) zu nennen.<sup>19</sup> Von Colorado Springs aus erreichen Dobsons Radioprogramme mehrere Millionen Zuhörer in den gesamten USA.

Zu den weiteren einflussreichen Gruppen am Ende des letzten Jahrzehnts gehören schließlich auch die in der Frühzeit der Christlichen Rechten entstandene Concerned Women for America unter der langjährigen Führung von Beverly LaHaye (jetzt Carmen Pate), welche ebenfalls ihr eigenes Radioprogramm betreibt, und die Traditional Values Coalition unter der Führung zuerst von Lou, dann von seiner Tochte Andrea Shel-

don.<sup>20</sup> Concerned Women for America ist in etwa 1 200 „Gebets- und Aktionsgruppen“ organisiert, während die andere Organisation angibt, Mitglieder aus 43 000 kirchlichen Kongregationen zu haben.<sup>21</sup>

Eine Analyse des gegenwärtigen Zustands und Einflusses der Christlichen Rechten muss der föderalen Struktur der USA besonders Rechnung tragen. Eine Studie von 13 Bundesstaaten, in denen die Bewegung über eine besonders ausgeprägte Organisationsbasis verfügt und eine sehr aktive Rolle mit allerdings unterschiedlichem Erfolg spielt, unterstreicht, dass der Professionalisierungsschub auf nationaler Ebene in den einzelnen Staaten weitgehend mit vollzogen und dass die weiter oben aufgezeigten Grenzen der Mobilisierung und Einflussnahme in vielen Fällen bereits erreicht sind.<sup>22</sup> Vor allem in den Südstaaten, in denen die Christliche Rechte über die meisten Ressourcen verfügt, zeigen sich gewisse Abnutzungserscheinungen. Zwar war sie überaus erfolgreich in der Durchdringung der republikanischen Einzelstaatenorganisationen, so dass sie inzwischen als fester Bestandteil der republikanischen Parteioorganisationen in vielen Staaten gelten kann. Aber mit diesem organisatorischen Erfolg und dem Zugang zu den Entscheidungsträgern in Parlamenten und Administrationen ging der Verlust der Eigenständigkeit und des ursprünglichen ideologisch-programmatischen Profils verloren. In diesem Sinne ist die Aussage Roberta Combs bei ihrer Amtsübernahme in der Christian Coalition zu verstehen, dass sie der Organisation eine neue Richtung geben, sie wieder stärker an ihren spirituellen Auftrag heranführen sowie ein „outreach“ zu neuen Gruppen versuchen wolle.<sup>23</sup>

---

## Christliche Rechte, die Republikaner und die Präsidentschaftswahlen 2000

---

Können die *primaries* und Nominierungskonvente der Republikanischen Partei seit 1988 als Indikator für den Rechtsruck der Partei unter dem Einfluss der verschiedenen Gruppierungen der Christlichen Rechten gelten, so gilt dies ebenfalls auf der Ebene der Wahlen. Im Laufe der neunziger Jahre

17 Vgl. Ruth Murray Brown, *For a Christian America. A History of the Religious Right*, Amherst, NY 2002, S. 277 f.

18 Vgl. ebd., S. 178 f.

19 Vgl. Robert Zwier, *The Christian Right and the Cultural Divide in Colorado*, in: John C. Green/Mark J. Rozell/ Clyde Wilcox (Hrsg.), *The Christian Right in American Politics. Marching to the Millenium*, Washington, D. C. 2003, S. 187–207.

20 Vgl. R. M. Brown (Anm. 17), S. 273.

21 Vgl. John Green, *The Christian Right at the Millenium*, Washington, D. C. 2000, S. 24.

22 Vgl. J. C. Green/M. J. Rozell/C. Wilcox (Anm. 19). Die 13 Bundesstaaten sind im einzelnen: California, Colorado, Iowa, Florida, Kansas, Maine, Michigan, Minnesota, Oregon, South Carolina, Texas, Virginia und Washington.

23 Vgl. ([http://www.charleston.net/stories/082303/hip\\_23\\_combs.shtml](http://www.charleston.net/stories/082303/hip_23_combs.shtml)) vom 30. 9. 2003.

zeigte sich, dass sich der unter Ronald Reagan begonnene Trend fortsetzte, dem zufolge die wirtschaftlich Bessergestellten und diejenigen, die als Anhänger der Christlichen Rechten gelten, d. h. vor allem weiße *born again*-Christen bzw. Fundamentalisten, weiter überdurchschnittlich oft für die Republikaner stimmten. Der weiße Süden und insbesondere fundamentalistische Wähler stellten im letzten Jahrzehnt die Grundlage einer jeglichen Republikanischen Wahlkoalition dar. Eingehende Datenanalysen belegen, dass es der Bewegung gelang, diese ursprünglich eher zu den Demokraten neigenden Wähler für die Republikanische Partei zu mobilisieren. Sie trugen damit zu einem *realignment* mit weitreichenden Konsequenzen für Strategie und Taktik der Republikaner und ihrer Kandidaten bei. Offensichtlich war die Mobilisierung der Fundamentalisten in den achtziger Jahren nicht an die Person Reagans gebunden, denn sie war auch nach dessen Abgang und unter dem für jene wenig attraktiven älteren Bush zu beobachten. Auch ist diese Mobilisierung nicht mit einer neuen Responsivität der alten republikanischen Parteileiten verbunden, vielmehr hat die Christliche Rechte die Partei durch ihre Unterwanderung responsiver gemacht.<sup>24</sup>

Wie weit dieser Prozess einer Verschmelzung zu Beginn des neuen Jahrzehnts vorangeschritten ist, zeigen verschiedene neuere Untersuchungen. In mehreren Fällen zeichnete sich eine strukturelle Verschiebung ab von der anfänglichen Allianz zwischen Christlicher Rechten und Republikanern und späteren Symbiose zwischen Partei und Bewegung zu einer Absorption der Bewegung durch die Partei und einer damit einhergehenden Professionalisierung und „Domestizierung“. Was für die Entwicklung in Florida gilt, kann auch mit Blick auf andere Südstaaten gesagt werden: Die Christliche Rechte wandelte sich „from an outsider social movement to a conventional interest group to a durable faction within a major party“<sup>25</sup>. Allerdings führten nach der Phase der Konsolidierung in den neunziger Jahren verschiedene innerparteiliche Faktoren zu Beginn des neuen Jahrzehnts nicht selten dazu, dass sich dieser Parteiflügel

24 Vgl. Michael Minkenberg, Die amerikanische konservative Revolution. Radikale Rechte und Republikanische Partei am Ende des Jahrhunderts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B 43/96, S. 45–53; ders., The End of the Republican Era? Public Opinion and the American Electorate in the 1990s, in: ders./H. Dittgen (Anm. 7), S. 125–156, inbes. Tab. 4 und 5; ders. (Anm. 8), Kap. 9.

25 Kenneth D. Wald/Richard K. Scher, A Necessary Annoyance? The Christian Right and the Development of Republican Party Politics in Florida, in: J. C. Green/M. J. Rozell/C. Wilcox (Anm. 19), S. 80. Fast die gleiche Formulierung findet sich im Beitrag über Virginia, vgl. Mark J. Rozell/Clyde Wilcox, Virginia: Birthplace of the Christian Right, in: ebd., S. 41.

gegen andere nicht endgültig durchsetzen konnte, wie in Kansas oder Minnesota. Oder es kam dazu, dass sich die Christliche Rechte etwa in Nominierungswahlkämpfen in Gouverneurs-, Senats- oder Präsidentschaftswahlen bewusst strategisch verhielt und gemäßigeren und wählbareren Kandidaten den Vorzug gab vor denjenigen aus den eigenen Reihen oder solchen, die der Christlichen Rechten ideologisch näher stehen, wie in Virginia oder Texas.<sup>26</sup>

Eine auf Umfragen basierende Analyse von Aktivisten der Christlichen Rechten im Vergleich zu regulären Aktivisten der Republikanischen Partei in den späten neunziger Jahren kommt zu dem Ergebnis, dass Erstere immer noch deutlich radikalere Überzeugungen pflegen als Letztere, vor allem was die Einstellung zur Abtreibung, die Unterstützung Israels im Konflikt mit den Palästinensern, die Sympathie für die National Rifle Association und die Gegnerschaft zu liberalen Gruppen wie American Civil Liberties Union und National Organization of Women angeht.<sup>27</sup> Auf der anderen Seite haben sich die republikanischen und die christlich-rechten Aktivisten in demographischer Hinsicht (was Alter, Hochschulabschluss, Einkommen und Südstaaten-Residenz betrifft) inzwischen stark angeglichen, und fast zwei Drittel der Republikaner drücken ihre Sympathie für die Christliche Rechte aus. Dies bedeutet, dass die Christliche Rechte ihre Basis in der Republikanischen Partei ausbauen konnte und sich in vielerlei Hinsicht zunehmend mit der Partei identifiziert. Andersherum bedeutet dies, dass der Kern der republikanischen Aktivisten die Bewegungsaktivisten absorbiert hat und die Christliche Rechte und ihre Agenda weitgehend unterstützt. Daneben ist ein wachsender Pragmatismus unter den christlich-rechten Aktivisten festzustellen, der parallel zu den Verschiebungen auf der organisatorischen Ebene einen Übergang von der Bewegungs- zur konventionellen Partei- und Wahlkampfpolitik darstellt. Allerdings ist dies nicht gleichbedeutend mit Kompromissfähigkeit und Verhandlungsbereitschaft, vor allem wenn die Kernthemen der christlich-rechten Agenda auf dem Spiel stehen: „Christian rightists lag behind their GOP counterparts in willingness to negotiate, compromise, and build coalitions.“<sup>28</sup>

Vor diesem Hintergrund ist die Rolle der Christlichen Rechten im Wahljahr 2000 und die daraus hervorgehende Konstellation einer besonders engen Verbindung zwischen der Bewegung, der

26 Vgl. die Beiträge in J. Green/M. J. Rozell/C. Wilcox (Anm. 19).

27 Vgl. ebd., Tabelle 2 und S. 28–30.

28 Ebd., S. 30.

Partei und der Kandidatur von George W. Bush zu sehen. Die Vorwahlsaison in der Präsidentschaftswahl von 2000 ähnelte insofern der Situation von 1988, als die Christliche Rechte sich nicht auf einen einzelnen Kandidaten einigen konnte. Im Vorfeld der Wahlen galt Senator John Ashcroft aus Missouri als Wunschkandidat der Bewegung. Ashcroft hatte sich als Gouverneur in Missouri und später als US-Senator in zentralen Themen (traditionelle Familie, Abtreibung, Schulgebet) die Agenda der Christlichen Rechten zu Eigen gemacht und wurde von namhaften Aktivisten der Christlichen Rechten wie Paul Weyrich, Phyllis Schlafly, Pat Robertson und Ralph Reed als Favorit unter den Republikanern eingestuft.<sup>29</sup> Vor den *primaries* entschied er sich jedoch gegen eine Kandidatur und gab somit das Feld frei für eine Reihe von Kandidaten, die auf Unterstützung durch die Christliche Rechte hofften, unter ihnen der ehemalige Vizepräsident Dan Quayle, der schwarze Konservative und ehemalige US-Botschafter Alan Keyes, Verleger Steve Forbes, Senator Orrin Hatch (Utah) sowie der christlich-rechte Aktivist Gary Bauer.

Zu den potenziellen Kandidaten der Christlichen Rechten sind auch Howard Phillips und Pat Buchanan zu zählen, die als Unabhängige konkurrierten. Phillips ließ sich von seiner in Constitution Party umbenannten alten Parteiorganisation der US Taxpayers Party als Präsidentschaftskandidat aufstellen.<sup>30</sup> Buchanan gelang es, nachdem er das republikanische Feld und auch die Partei frühzeitig verlassen hatte, sich in einer Art „feindlicher Übernahme“ durch die von Ross Perot ins Leben gerufene Reform Party nominieren zu lassen. Trotz des dadurch erzielten Ressourcenreichtums<sup>31</sup> konnte er aber wenig von seiner alten, aus seinen Kandidaturen in den republikanischen *primaries* von 1992 und 1996 stammenden Verbindung zur Christlichen Rechten profitieren.<sup>32</sup> Im November erhielt er 450 000 Stimmen, das zweitbeste Ergebnis eines unabhängigen Kandidaten in 2000 (nach Ralph Nader von den Greens) und das beste Ergebnis einer rechtsradikalen Partei seit 1972, aber weit unter den acht Millionen, die vier Jahre zuvor für Ross Perot gestimmt hatten.

29 Vgl. Thomas B. Edsall, Christian Right Lifts Ashcroft, in: Washington Post vom 14. 4. 1998.

30 Vgl. M. Minkenberg (Anm. 8), S. 251.

31 Wegen des relativ hohen Ergebnisses von Ross Perot und seiner Partei im Jahre 1996 hatte der Kandidat der Reform Party in der Wahl 2000 Anspruch auf insgesamt 12,6 Millionen US-Dollar Wahlkampfkostenerstattung aus Bundesmitteln; vgl. Harold W. Stanley, The Nominations: The Return of the Party Leaders, in: Michael Nelson (Hrsg.), The Elections of 2000, Washington, D. C. 2001, S. 45; William Crotty, The Presidential Primaries: Triumph of the Frontrunner, in: ders. (Hrsg.), Americas Choice 2000, Boulder, Col. 2001, S. 105.

32 Vgl. M. Minkenberg (Anm. 8), S. 249–252.

In den republikanischen Vorwahlkämpfen zogen Bauer, Hatch und Keyes ihre Kandidaturen bald zurück, und der Wahlkampf spitzte sich auf die Konkurrenz zwischen George W. Bush und dem moderaten Senator John McCain zu. Wie früher Ronald Reagan, George H.W. Bush und Robert Dole war auch in dieser Präsidentschaftswahl der republikanische *front runner* und spätere Kandidat George W. Bush nicht der ideale Repräsentant für die Christliche Rechte. Er konnte sich aber wie seine Vorgänger zwischen 1988 und 1996 im Verlaufe der Vorwahlen auf dem Republikanischen Parteitag und schließlich im allgemeinen Wahlkampf deren volle Unterstützung sichern, indem er sich deutlich auf sie zu bewegte. So besuchte Bush bereits zu Beginn der *primaries* die fundamentalistische Bob Jones University in South Carolina, die wegen der antikatholischen Ansichten ihres Gründers und ihres Verbots von „inter-racial dating“ unter den Studierenden immer wieder kritisiert wird.<sup>33</sup> Die sich daran anschließende Kontroverse zwischen McCain und Bush trug nicht unerheblich dazu bei, dass die Christliche Rechte verstärkt Anstrengungen unternahm, um Bush die Nominierung zu sichern. In Südstaaten wie South Carolina und Virginia beteiligten sich die Anhänger der Christlichen Rechten überdurchschnittlich an den Vorwahlen, und eine große Mehrheit unter ihnen stimmte für Bush, so dass McCain bereits am 9. März aufgab und den Weg für die Nominierung von George W. Bush auf dem Konvent in Philadelphia freimachte.<sup>34</sup>

Auf diesem Parteitag spielte die Christliche Rechte im Vergleich zu denen von 1988, 1992 und 1996 eine eher zurückhaltende Rolle. Pat Robertson hielt keine Rede auf dem Konvent, war allerdings mit seinem Sender Christian Broadcasting Network in der Kongresshalle präsent. In einem nahe gelegenen Hotel stellt er vor 3 000 Zuhörern eine entscheidende Rolle der Christian Coalition im bevorstehenden Wahlkampf in Aussicht; so sollten etwa 75 Millionen „voter guides“ verteilt werden. Die Stimmung auf dem Parteitag war durchaus religiös eingefärbt, aber weniger fundamentalistisch und eher ökumenisch. Dies hatte auch damit zu tun, dass die Zahl der der Christlichen Rechten nahe stehenden Teilnehmer unter den 2 066 Delegierten im Vergleich zu den vorangegangenen Konventen nicht weiter anwuchs. Etwa 550 oder 27 Prozent der Delegierten waren Fundamentalisten. Damit lagen sie deutlich unter dem Anteil dieser Gruppe unter republikanischen

33 Vgl. H. W. Stanley (Anm. 31), S. 41.

34 Vgl. John A. Clark/Adrey A. Haynes, The 2000 Presidential Nomination Process, in: Robert P. Steed/Laurence W. Moreland (Hrsg.), The 2000 Presidential Election in the South, Westport 2002, S. 27–32.

Parteihängern (37 Prozent). Andererseits unterstützte die große Mehrheit der Delegierten stärker als die Parteihänger einige zentrale Positionen der Christlichen Rechten.<sup>35</sup> Dies schlug sich auch im Parteiprogramm nieder, das wie in den Präsidentschaftswahlen zuvor die soziomoralischen Positionen der Christlichen Rechten aufnahm.

Der Wahlausgang im November 2000 und sein Nachspiel gehören zweifellos zu den großen Merkwürdigkeiten der amerikanischen Wahlgeschichte. Weniger merkwürdig war, dass George W. Bush wie seine republikanischen Vorgänger unter den Präsidentschaftskandidaten über eine große Unterstützung unter den Fundamentalisten verfügte: 69 Prozent von ihnen stimmten für ihn, nur 29 Prozent für Albert Gore. Die Zahlen verschieben sich noch weiter zu Gunsten von Bush, wenn man den Grad an Religiosität hinzunimmt (87 Prozent der weißen Protestanten, die als sehr religiös eingestuft werden können). Da diese Gruppe sich ebenfalls überdurchschnittlich an der Wahl beteiligte, kann davon ausgegangen werden, dass Anhänger der Christlichen Rechten in einzelnen Wahlkreisen durchaus entscheidend zum Ausgang der Wahl beigetragen haben.<sup>36</sup> George W. Bush kann aufgrund des knappen Wahlausgangs nicht beanspruchen, ein klares Mandat von den amerikanischen Wählern erhalten zu haben, wohl aber kann man behaupten, dass er von den Fundamentalisten und den überdurchschnittlich religiösen Wählern ein solches bekommen hat. Wie hat er dies in seiner Administration und Politik berücksichtigt?

---

### Die Bush Administration: Die Christliche Rechte endlich im Weißen Haus?

---

Die Regierungsbildung und -politik von George W. Bush demonstriert auch auf der Ebene der Exekutive, des Personals und der *policies*, dass die Verschmelzung von Bewegung und Partei weiter vorangeschritten ist. Nie zuvor gab es eine derartig „rechtslastige“ Administration, nie zuvor eine solche Nähe der Christlichen Rechten zur politischen Macht in Washington.<sup>37</sup> Bei der Auswahl des Personals setzte Bush klare Akzente, indem er John

Ashcroft den Posten des Justizministers und Attorney General übertrug, eine Wahl, die nicht als symbolische Geste, sondern als substantielle Richtungsweisung zu verstehen ist. Andere hochrangige Vertreter des rechten Flügels der Republikaner umfassen die „neocons“ im Verteidigungsministerium (Paul Wolfowitz, Richard Perle) und Theodore Olson als Solicitor General. Olson, Freund und Partner von Kenneth Starr, dem kontroversen Ankläger gegen Bill Clinton in der Lewinsky-Affäre, gehört der Federalist Society an, ein die Bürgerrechte und antidiskriminatorische Politik und Rechtsprechung bekämpfender Zirkel hochrangiger konservativer Juristen. Weitere Mitglieder sind Robert Bork, Edwin Meese und Clarence Thomas.<sup>38</sup> Der Gründer der Federalist Society, Spencer Abraham, wurde Energieminister in Bushs Kabinett. Grover Norquist stand als Berater der Bush-Administration vor allem in der Phase der Amtseinführung und der Verteidigung von John Ashcroft gegen seine Kritiker im Senat zur Seite. Norquist, der in den achtziger Jahren als Mitglied des Republican National Committee u. a. Mentor von Ralph Reed war, stieg in den neunziger Jahren zu einer einflussreichen Figur in der konservativen Szene Washingtons auf. Er organisierte Strategieberatungen für viele Gruppen und Personen, darunter auch Organisationen der Christlichen Rechten sowie Newt Gingrich.<sup>39</sup>

Im Bereich des *policy making* der Bush-Administration konnte die Christliche Rechte, wie bei früheren republikanischen Präsidenten auch, nur Teilerfolge erzielen. Bushs „compassionate conservatism“ ist zweifellos keine Übernahme der Plattform der Christlichen Rechten, geht aber insgesamt weiter in der Umsetzung ihrer Agenda, als dies bei vorherigen Administrationen der Fall war. Der Versuch, es sowohl dem rechten (und christlich-rechten) Parteiflügel als auch den Gemäßigteren recht zu machen, lässt sich am Beispiel von Bushs Position zur embryonalen Stammzellenforschung ablesen. Im August 2001 verkündete er, dass nur die Forschung an den 60 Stammzellenlinien, die zu diesem Zeitpunkt bereits existierten, eine staatliche Förderung erhalten würden. Der katholischen Kirche sowie der Mehrzahl der Gruppen der Christlichen Rechten ging diese Entscheidung zu weit, aber von Jerry Falwell erhielt Bush Lob.<sup>40</sup> In einem anderen zentralen Bereich der religiösen Agenda der Christlichen Rechten, der

35 Vgl. W. Crotty (Anm. 31), S. 108 f.

36 Zu diesen Zahlen vgl. Paul Abramson/John Aldrich/David Rohde, Change and Continuity in the 2000 and 2002 Elections, Washington, D. C. 2003, S. 77–84, 97–106.

37 Vgl. David Frum, The Real George Bush, in: The Atlantic Online 2003, ([www.theatlantic.com/unbound/interviews/int2003-02-12.htm](http://www.theatlantic.com/unbound/interviews/int2003-02-12.htm)) vom 12. 2. 2003.

38 Vgl. D. Brock (Anm. 13), S. 45. Brock argumentiert, dass entgegen dem öffentlichen Anschein der Unparteilichkeit Olson eine harte Republikanische Parteilinie in den Versuchen, Bill Clintons Ruf zu beschädigen und ihn aus dem Amt zu entfernen, verfolgte; ebd., S. 205–210.

39 Vgl. ebd., S. 64–67.

40 Vgl. P. Abramson/J. Aldrich/D. Rohde (Anm. 36), S. 291; Herbert Gottweis/Barbara Preinsack, Religion, Bio-

Neuregelung des Staat-Kirche-Verhältnisses verfolgt die Bush-Administration eine klarere, wenn gleich ebenfalls vorsichtige Linie. Seit Ende 2002 versucht sie, Beschränkungen bundesstaatlicher Finanzhilfen für religiöse Organisationen abzubauen, so etwa bei der Vertragsvergabe von Bundesbehörden über soziale Dienstleistungen, bei der Bereitstellung von Katastrophenschutzmitteln bei Erdbeben und Hurricanes und bei der Förderung des Baus kirchlicher Gebäude, in denen auch Gottesdienste stattfinden. Zusammengefasst lässt sich hier eine Politik beobachten, die im Gegensatz zum bisher vorherrschenden Paradigma einer strikten Trennung von Staat und Kirche langsam, aber kontinuierlich die bundesstaatliche Unterstützung religiöser Institutionen ausweitet.<sup>41</sup>

Eine besonders heikle Kontroverse entspann sich nach dem 11. September 2001 um die Stellung des Islam in der amerikanischen Gesellschaft und die Position der Christlichen Rechten und der Bush-Administration. Im Gegensatz zum ökumenischen Geist der Trauerfeier im New Yorker Yankee-Stadium setzte im darauf folgenden Jahr eine wachsende und lauter werdende Kritik am Islam unter den fundamentalistischen Gruppen ein. Unter den geistlichen Führern der Christlichen Rechten machten Jerry Falwell, Pat Robertson und andere im Frühjahr 2002 durch islamkritische Bemerkungen auf sich aufmerksam.<sup>42</sup> In einer im ganzen Land ausgestrahlten Sendung des bekannten TV-Magazins „60 Minutes“ nannte Falwell Mohammed einen Terroristen. Rev. Franklin Graham, der Sohn Billy Grahams, bezeichnete den Islam als „very evil and wicked religion“. Im Mai 2003 fand in Washington eine Tagung von 40 führenden evangelikalen Geistlichen statt, auf der sowohl diese und andere islamfeindliche Bemerkungen als auch die „naive“ Dialogbereitschaft der protestantischen *mainline*-Kirchen gegenüber dem Islam kritisiert wurden. Diese Position hinderte einen Teil der Bewegung an den *grass roots* allerdings nicht daran, im Islam weiter einen Feind zu sehen und an der Konvertierung von Muslimen zum Christentum zu arbeiten. Rev. Richard Cizik, ein führender Funktionär der National Association of Evangelicals, welche 43 000 Glaubensgemeinschaften repräsentiert, kommentierte dies mit den Wor-

ten: „Evangelicals have substituted Islam for the Soviet Union . . . The Muslims have become the modern-day equivalent of the Evil Empire.“<sup>43</sup> Die Position der Bush-Administration in dieser Frage ist ambivalent. Auf der einen Seite hat Bush immer wieder betont, dass zwischen dem Islam als Religion und den muslimischen Extremisten unterschieden werden müsse, und der ihm nahe stehende Grover Norquist half muslimischen Gruppen, Zugang zum Weißen Haus zu bekommen. Auf der anderen Seite berief Bush den Wissenschaftler Daniel Pipes, der pauschal Moscheen als Nährboden für Terrorismus und Muslime in US-Behörden als Sicherheitsrisiko bezeichnete, in ein Institut der Bundesregierung.<sup>44</sup> Und seine unmittelbare Reaktion auf den 11. September, als er zu einem Kreuzzug gegen den Terrorismus aufrief, kann als Ausdruck der vor allem bei Teilen der Christlichen Rechten gepflegten Kreuzzugsrhetorik gelten, auch wenn er diese Formulierung später nicht mehr verwendete.

Sind die innenpolitischen Vorstöße der Bush-Administration nur in eingeschränktem Sinne als Umsetzung der christlich-rechten Agenda zu betrachten, so lässt sich in der Außenpolitik eine deutlichere Linie ablesen. In drei zentralen Bereichen operiert die Bush-Administration im Sinne der Christlichen Rechten: in ihrem nationalistischen Unilateralismus, in der Nahostpolitik und im Kampf gegen den Terrorismus. Seit der Entstehung der Christlichen Rechten stellt der Unilateralismus eine der tragenden Säulen ihres politischen Programms dar.<sup>45</sup> Standen in den achtziger Jahren noch der Kampf gegen den Kommunismus im Vordergrund und die Vereinten Nationen an zweiter Stelle, so rückten diese nach 1989 an die erste Stelle.<sup>46</sup> Sie sind für die Christliche Rechte Ausdruck einer die USA zutiefst bedrohenden Weltordnung, indem sie mit ihren Konferenzen und Konventionen eine liberale bzw. soziale und säkulare Agenda vorantreiben, wie z. B. UN-Konferenzen über die Rechte der Frauen und über Bevölkerungspolitik, die UN-Konvention über die Rechte von Kindern, das UN-Biosphären-Programm sowie die Unterstellung US-amerikanischer Soldaten unter das Kommando der UN in Bosnien.<sup>47</sup> In der von Tim

Medizin und Politik, in: M. Minkenberg/U. Willems (Anm. 9), S. 427 f.

41 Vgl. Laurie Goodstein/Richard Stevenson, In Shift, U.S. to Offer Grants to Historic Churches, in: The New York Times vom 28. 5. 2003. Vgl. auch Michael Minkenberg, Staat und Kirche in westlichen Demokratien, in: ders./U. Willems (Anm. 9), S. 115–138.

42 Vgl. hierzu Laurie Goodstein, Top Evangelicals Critical of Colleagues Over Islam, in: The New York Times vom 8. 5. 2003; dies., Seeing Islam as Evil Faith, Evangelicals Seek Converts, in: The New York Times vom 27. 5. 2003.

43 Zit. in: dies., Seeing Islam as Evil Faith. Vgl. auch Duane Oldfield, Making Sense of a World Transformed: The Christian Right Post-September 11, Papier auf der APSA-Tagung, Boston, 29. 8. 2002.

44 Vgl. Richard W. Stevenson, For Muslims, a Mixture of White House Signals, in: The New York Times vom 28. 4. 2003.

45 Vgl. hierzu M. Minkenberg (Anm. 5), S. 126–140.

46 Vgl. Didi Herman, Globalisms siren song: the United Nations and international law in Christian Right thought and prophecy, in: The Sociological Review, (2001), S. 56–77.

47 Vgl. D. Oldfield, The Evangelical Roots of American Unilateralism: The Christian Rights Influence and How to

LaHaye und Jerry Jenkin verfassten äußerst erfolgreichen Buchserie „Left Behind“ (Gesamtauflage 50 Millionen) ist der Antichrist in der Person von Nicolae Carpathia, Generalsekretär der Vereinten Nationen, dargestellt. Dieses Programm wurde bereits Anfang der neunziger Jahre von Pat Robertson in seinem umstrittenen Buch, das neben Spuren von Antisemitismus eine umfassende Kritik der Außenpolitik George Bushs des Älteren enthält, dargelegt.<sup>48</sup> Diese Kritik wäre heute mit dem jüngeren Bush im Präsidentenamt völlig unangebracht. Als Beispiele für den neuen Unilateralismus der jetzigen Administration seien lediglich die Aufkündigung des Kyoto-Protokolls, des ABM-Vertrages und die Weigerung, das Statut für den Internationalen Gerichtshof zu unterzeichnen, genannt. Die Entscheidung der Bush-Administration, sich nicht an UN-Programmen zur Familienplanung zu beteiligen und sich gegen die Anti-Diskriminierungskonvention der UN auszusprechen, erntete besonderen Beifall von der Christlichen Rechten.

In der Nahostpolitik gibt es trotz gelegentlicher Kritik an konkreten politischen Initiativen eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen der Christlichen Rechten und der Bush-Politik. Seit den siebziger Jahren erwies sich die Christliche Rechte als starke Unterstützerin von Israel und einer israelfreundlichen Politik. Diese wurzelt in erster Linie in der Eschatologie des Fundamentalismus, gemäß welcher die Wiederkehr Christi u. a. durch die Existenz des israelischen Staates in den biblischen Grenzen (d. h. einschließlich der heute besetzten Gebiete) angekündigt wird.<sup>49</sup> Dies erfordert eine kompromisslose Positionierung der USA im Nahostkonflikt. John Hagee, ein Autor der Christlichen Rechten, bemerkt hierzu: „Israel is the only nation created by a sovereign act of God, and He has sworn by His Holiness to defend Jerusalem, His Holy City. If God created and defends Israel, those nations that fight against it fight against God.“<sup>50</sup> Kritik an der jetzigen Bush-Regie-

rung seitens der Christlichen Rechten wird dann laut, wenn der Eindruck entsteht, dass die Regierung im Kampf gegen den Terrorismus zu viele Zugeständnisse an die arabischen Verbündeten macht oder zu viel Druck auf Israel im Konflikt mit den Palästinensern ausübt. Aber trotz der „road map“ des Weißen Hauses und der Einbindung der palästinensischen Regierung in die Friedensgespräche gibt es nur wenig Anzeichen, dass Bush effektiv Druck auf die israelische Regierung ausübt, um diese zu Zugeständnissen zu bewegen.

Im Kampf gegen den Terrorismus schließlich kann sich die Christliche Rechte ebenfalls weitgehend von der Bush-Administration vertreten fühlen. Die Reaktionen der Christlichen Rechten auf den Terroranschlag vom 11. September 2001 waren sehr deutlich. Sie wurden als gerechte Strafe für den moralischen Verfall der Nation und als Befreiung für die Rückkehr zu einem ungebrochenen Nationalismus interpretiert. Jerry Falwell kommentierte die Ereignisse in einer Sendung von Pat Robertsons 700 Club mit den Worten: „God continues to lift the curtain and allow the enemies of America to give us probably what we deserve . . . I really believe that the pagans, and the abortionists, and the feminists, and the gays and lesbians who are trying to make that an alternative lifestyle, the ACLU, People for the American Way – all of them who have tried to secularize America – I point the finger in their face and say: You helped this happen.“<sup>51</sup> Auch Janice Crouse von den Concerned Women for America sah etwas Positives in dem Anschlag: „The shattering blow that struck down the Twin Towers served to liberate us from our timidity in the face of scornful sophisticates who sneer at all things patriotic. After a long draught, our spirits drank deeply, no longer embarrassed that our hearts swelled with pride to hear it trumpeted that America is a great and good land.“<sup>52</sup> Der 11. September und seine Folgen, mehr noch als der Nahostkonflikt, vereinten Christliche Rechte und Regierung in der Akzentuierung einer dualistischen und unilateralen Grundhaltung. Der Enthusiasmus der Christlichen Rechten für den moralischen Feldzug gegen den Terrorismus wurde von seiner Ausführung durch die Bush-Administration noch beflügelt. Nach dem 11. September erschien eine Reihe von Publikationen christlich-rechter Autoren, die argumentierten, dass der Terrorismus nicht eine Perversion des Islam darstelle, sondern tiefst in der islamischen Tradition verwurzelt sei. Die Antwort auf

Counter It, Papier auf der APSA Tagung, Philadelphia, 28. 8. 2003. Es sei hier angemerkt, dass die Christliche Rechte trotz ihres ausgeprägten Unilateralismus nicht davor zurückschreckt, sich auf UN-Ebene zu organisieren. So haben Concerned Women for America, Eagle Forum und der Family Research Council NGO-Status und nahmen an UN-Foren teil. Vgl. ebd. sowie Doris Buss/Didi Herman, *Globalizing Family Values*, Minneapolis 2003.

48 Vgl. Pat Robertson, *The New World Order*, Dallas 1991. Zur Kritik an diesen Vorstellungen vgl. Michael Lind, *Reverend Robertson's Grand International Conspiracy Theory*, in: *The New York Review of Books*, 42 (1995) 2, S. 21–25.

49 Vgl. Grace Halsell, *Prophecy and Politics*, New York 1989; Michael Lienisch, *Redeeming America: Piety and Politics in the New Christian Right*, Durham 1993; Joshua Green, *God's Foreign Policy*, in: *The Washington Monthly*, (November 2001), S. 26–30.

50 Zit. in: D. Oldfield (Anm. 47), S. 10.

51 Zit. in: John F. Harris, *God Gave U.S. What We Deserve*, Falwell Says, in: *The Washington Post* vom 14. 9. 2001.

52 Janice Crouse, *Women Respond to September 11<sup>th</sup>. Living with the Aftermath of the Terrorist Attacks* (2002), zit. in: D. Oldfield (Anm. 47), S. 13.

den Terrorismus sei daher der Übertritt von Muslimen zum Christentum.<sup>53</sup> Hierin allerdings liegt ein künftiger Konfliktstoff, da die Bush-Administration ihre diplomatischen Beziehungen zu arabischen Staaten kaum durch das Missionierungsgebot der Christlichen Rechten aufs Spiel setzen wird.

---

## Fazit

---

Der Kontrast könnte kaum größer sein. Wie in diesem Beitrag dargelegt, hat sich innerhalb eines Jahrzehnts, zwischen der ersten und der zweiten Bush-Administration, das Verhältnis von Christlicher Rechte, Republikanischer Partei und jeweiliger Regierung grundsätzlich gewandelt. Um 1990 stand die Bewegung noch weitgehend außerhalb der Partei und sah sich mit Anzeichen eines Niedergangs konfrontiert. Die Beziehung zu George Bush senior war gespannt, wenn nicht gar feindlich. Zehn Jahre später hat die Bewegung die Partei soweit unterwandert, dass sie zu einem festen Bestandteil derselben geworden ist. Während der Schwerpunkt der Partei dadurch deutlich nach rechts gerückt ist, wurde die Bewegung absorbiert und domestiziert, so dass ihre Eigenständigkeit nun stets Gefahr läuft, der Parteiräson unterworfen zu werden, und sie hat einen beträchtlichen Teil ihres Profils und ihrer Schlagkraft eingebüßt. Zugleich hat die Christliche Rechte in George Bush junior einen ihr besonders nahe stehenden Präsidenten. Er hebt sich, was seine Politik, seine Religiosität und seine Familienverhältnisse angeht, deutlich von allen Vorgängern im Weißen Haus

---

53 Zu diesen Büchern gehören u. a. Mark Gabriel, *Islam and Terrorism: What the Quran really teaches about Christianity, violence and the goals of the Islamic Jihad*, Lake Mary 2002; George Grant, *The Blood of the Moon: Understanding the Historic Struggle between Islam and Western Civilization*, Nashville 2001.

einschließlich Ronald Reagan positiv im Sinne der Christlichen Rechten ab. Dadurch verkörpert er aber auch ein Dilemma, das alle Bewegungen in einer solchen Entwicklungsdynamik teilen: Je größer die Nähe zur politischen Macht, desto stärker steht die Identität und Integrität der Bewegung auf dem Spiel.

Als Bestandteil einer Partei, die den Spielregeln der Demokratie unterworfen ist, und nunmehr auch als Partnerin einer Regierung, die den (von dieser durchaus etwas manipulierbaren) Geschäftsbedingungen der amerikanischen Innen- und Außenpolitik unterliegt, kann die Christliche Rechte immer weniger beanspruchen, einen signifikanten Beitrag zur Bewahrung der fundamentalistischen Lebenswelt zu leisten. Die Frage nach ihrer Effektivität wird umso lauter, je mehr sie sich auf das politische Spiel und seine Regeln einlässt. Diese Erkenntnis mag dem eingangs zitierten Pessimismus von Dobson und Weyrich zugrunde gelegen haben. Sie mag auch der Hintergrund für die wieder schrillen, aber immer weniger Gehör findenden Äußerungen Falwells und Robertsons (z. B. nach dem 11. September) sein. Es scheint, dass die Christliche Rechte mit George W. Bush einen Freund im Weißen Haus hat, der nur zeitweilig darüber hinwegtrösten kann, dass die gesellschaftlichen und weltpolitischen Prozesse, die den protestantischen Fundamentalisten in den USA kontinuierlich den Boden unter den Füßen wegziehen, weiter voranschreiten und mit politischen Mitteln kaum angehalten werden können. Mehr noch: Die Professionalisierung und politische Etablierung der Christlichen Rechten ist selbst als Ausdruck eines Zerfalls dieser Lebenswelt zu deuten, der neben der Einbindung der Fundamentalisten in den politischen Prozess auch neue Schismen und Fragmentierungen sowie eine Radikalisierung von Segmenten der Bewegung nach sich ziehen kann.



# Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung

## Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks

Seit dem Amtsantritt von Präsident George W. Bush lenken besonders die außenpolitischen Strategien der US-Administration – wie Erstschlagsdoktrin, weitreichende Demokratisierung und die Vorstellung einer dauerhaften und militarisierten Pax Americana – den Blick der Welt immer wieder auf die Vereinigten Staaten. Diese „Visionen“ der strategischen Rolle der USA, vor allem von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und Vizepräsident Dick Cheney sowie einer Gruppe anderer hochrangiger Beamter innerhalb der Regierung<sup>1</sup> propagiert, werden dabei in gleicher Weise wie die Persönlichkeiten selbst mit zahlreichen so genannten neokonservativen Think Tanks in Verbindung gebracht. Doch wer sind diese Denkfabriken? Von welchen Ideenströmen werden sie geleitet?

---

### Dreimal Think Tanks: Intention, Destination und prominenter Mitarbeiterstab

---

Think Tanks – „Denkfabriken“ – kann man allgemein als unabhängige, weder interessenbasierte noch profitorientierte politische Organisationen definieren, die sich in den USA als Forschungs- und Analysezentren für wichtige öffentliche Themen verstehen, lokal und national. Sie produzieren Expertisen und Ideen, die einerseits Unterstützung für den Entscheidungsprozess der Regierung bieten und ihn andererseits auch beeinflussen. Ihre Experten sagen vor den Ausschüssen des Kongresses aus, schreiben in den überregionalen Zeitungen und treten als Fernsehkommentatoren auf. Think Tanks beraten Präsidentschaftsanwärter und veranstalten Seminare, um neue Mitglieder des Kongresses zu schulen.

---

1 Spätestens seit dem 11. 9. 2001 ist diese die dominante. Eine zweite Fraktion, der u. a. Colin Powell angehört, hatte dagegen Kontinuität mit der Außen- und Sicherheitspolitik v. a. von George Bush sen. versprochen; vgl. dazu Tom Barry/Jim Lobe, U.S. Foreign Policy-Attention, Right Face, Forward March, Foreign Policy in Focus: in: Policy Report, (April 2002), S. 1, 8; zur US-Außenpolitik unter G. W. Bush vgl. Ernst-Otto Czempiel, Weltpolitik im Umbruch. Pax Americana, Terrorismus und die Zukunft der Internationalen Beziehungen, München 2002; G. John Ikenberry, Americas Imperial Ambition, in: Foreign Affairs, 81 (Sept./Okt. 2002) S. 44–60.

In den letzten Jahrzehnten hat sich das Bild der Denkfabriken in den Vereinigten Staaten stark verändert. Zum einen ist die Anzahl dieser Organisationen dramatisch gestiegen: Im Jahre 1970 gab es in den USA nur 59 Think Tanks, Mitte der neunziger Jahre waren es bereits mehr als dreihundert. Zum anderen hat sich auch die Anzahl der Denkfabriken, die eine identifizierbare ideologische Ausrichtung haben, deutlich erhöht: Während 1970 noch 70 Prozent der Think Tanks ideologisch nicht eindeutig zuzuordnen waren, konnte man Mitte der neunziger Jahre bereits 54 Prozent entweder als liberal oder konservativ einordnen. Heute gibt es doppelt so viele konservative Denkfabriken wie liberale, den konservativen steht dabei dreimal so viel Geld zur Verfügung. Aber auch die Aufgaben besonders der konservativen Think Tanks haben sich verändert: Sie denken nicht länger, sie rechtfertigen.<sup>2</sup>

Die Kerngruppe der so genannten Neokonservativen – wer diese sind und welche Vorstellungen sie haben, wird nachfolgend erörtert – ist bereits seit den siebziger Jahren in einem ganzen System von Denkfabriken (ebenso von Zeitschriften, Instituten, Stiftungen) organisiert. Sie hat dabei finanzielle und personelle Verflechtungen mit wenigstens sechs Think Tanks, die insbesondere seit Anfang der neunziger Jahre intensiv an strategischen Konzepten arbeiten und dabei von denselben Stiftungen finanziert werden.<sup>3</sup> Zu diesen Denkfabriken werden auch die (ultrakonservative<sup>4</sup>) *Heritage Foundation*, das *Hoover Institute*

---

2 Vgl. Andrew Rich, U.S. Think Tanks and the Intersection of Ideology, Advocacy and Influence, in: NIRA Review, (Winter 2001), S. 54–59; ders., Think Tanks, Public Policy, and the Politics of Expertise, Ph.D. Dissertation, Yale University 1999.

3 Darunter die John M. Olin Foundation und Stiftungen Richard Scaife Mellons: Sarah-, Allegheny-, Carthage- und Scaife Family Foundation. Dazu detailliert: Eric Laurent, Die neue Welt des George W. Bush. Die Machtergreifung der Ultrakonservativen im Weißen Haus, Frankfurt/M. 2003, S. 30–42. Zu den Zeitschriften in diesem System, die überwiegend von als neokonservativ eingestuftem Persönlichkeiten und Think Tanks herausgegeben oder finanziert werden, zählen: Commentary, Public Interest, Policy Review, Public Opinion, The Wall Street Journal, The Weekly Standard und The National Interest.

4 Ultrakonservative werden zum Teil mit Neokonservativen gleichgesetzt. Dies sind aber verschiedene konservative

und das *Cato Institute* gezählt. In erster Linie jedoch sind es die Verbindungen mit dem *Project for a New American Century* (PNAC), dem *Center for Security Policy* (CSP) und dem *American Enterprise Institute* (AEI), die weit über die Veröffentlichung und Finanzierung von Artikeln und größeren Publikationen hinausgehen.

### Das Center for Security Policy (CSP)

Das *Center for Security Policy* wurde im Jahre 1988 von Frank Gaffney gegründet, der nicht nur Geschäftsführer des CSP ist, sondern auch dem PNAC angehört. Zu der einhundert Mitglieder starken Kommission des CSP zählen zum einen Vertreter anderer (neo)konservativer Denkfabriken, beispielsweise Edward Feulner (Präsident der *Heritage Foundation*), Henry Cooper (Mitglied von *High Frontier*) und der ehemalige Bildungsminister William Bennett (Mitglied von *Empower America* und des PNAC). Zum anderen weist der Mitarbeiter-, Berater- und Direktorenstab des CSP zahlreiche hochrangige Angehörige der Rüstungsindustrie auf, darunter James G. Roche, Vorstandsmitglied von *Northrop Grumman* (heute ist er *Secretary of the Air Force*), und Charles M. Kuppermann, Bereichsleiter des *Space and Strategic Missiles*-Sektors von *Lockheed Martin*, einem der größten Vertragspartner des Pentagon, ebenso wie die *Lockheed Martin*-Vorstandsmitglieder Brian Dially und Bruce Jackson (Mitglied des PNAC und des *Committee for the Liberation of Iraq/CLI*). Das CSP hat daneben auch enge Verbindungen mit der Republikanischen Partei, vor allem mit jenen Mitgliedern, die schon während der Reagan-Administration wichtige Positionen innehatten und solche auch heute in der Bush-Administration einnehmen.<sup>5</sup> Das CSP beschreibt sich selbst als überparteiliche Organisation, die sich der Stimulation und Information nationaler und internationaler Debatten über alle Aspekte von Sicherheitspolitik widmet. Der Fokus des CSP liegt dabei auf der Förderung des internationalen Friedens durch amerikanische Stärke.<sup>6</sup>

---

Denkrichtungen, die sich in einigen Bereichen überschneiden – auf Grund unterschiedlicher Motivation; vgl. Charles W. Dunn/J. David Woodward, *The Conservative Tradition in America*, Lanham u. a. 2003, Kapitel 8; Petra Beckmann-Schulz, *Die Neue Rechte in den USA. Der Einfluß ihrer Political Action Committees auf den amerikanischen Senat*, Wiesbaden 1992, S. 8–62.

5 Vgl. Alexandra Homolar-Riechmann, *Balance oder Profit? Die Glaubwürdigkeit der unterschiedlichen Pro-NMD-Argumentation*, Diplomarbeit, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/M. 2002, S. 82–88; eine der Hauptaufgaben des CSP besteht in der Unterstützung des Aufbaus eines umfassenden Raketenabwehrsystems; vgl. ebd., IV. Kapitel.

6 Vgl. CSP-Webseite ([www.csp.org](http://www.csp.org)).

### Das American Enterprise Institute (AEI)

Das *American Enterprise Institute for Public Policy Research* wurde als weder profitorientierte noch parteiliche Organisation bereits im Jahre 1943 gegründet. Das *Mission Statement* des AEI spricht von der Unterstützung der Grundlagen für Freiheit: begrenzte Regierung, privates Unternehmertum, gesunde kulturelle und politische Institutionen, starke Außenpolitik und nationale Verteidigung. Das AEI arbeitet auf etlichen Themengebieten der amerikanischen Innen- und Außenpolitik.<sup>7</sup>

Die 50 *resident scholars* und *fellows* des Instituts umfassen nach Angaben des AEI zahlreiche bedeutende Ökonomen, Politikwissenschaftler und Außenpolitikexperten der USA, unterstützt durch ein Netzwerk von über 100 beigeordneten Geisteswissenschaftlern, welche forschen, schreiben und beraten. Zu AEI-Mitgliedern zählen auch Lynne Cheney (Frau Dick Cheneys), Newt Gingrich, Jeane Kirkpatrick (Mitglied des CLI), Michael A. Ledeen, Richard Perle (Mitglied des CLI), Danielle Pletka (Mitglied des CLI), David Frum und Irving Kristol.<sup>8</sup>

Die Vorstellungen des AEI im Kampf gegen Terrorismus und im Umgang mit so genannten feindlichen Regimen gehen weit über den – bereits vollzogenen – Sturz Saddam Husseins hinaus. Zu Nordkorea beispielsweise veranstaltete das AEI ein Seminar mit folgender Fragestellung: „Ist die Zeit gekommen, einen Regimewechsel in Nordkorea und die mögliche Wiedervereinigung Koreas herbeizuführen?“<sup>9</sup> Weit aus deutlicher drückt es Michael Ledeen aus: „Der Krieg gegen den Terrorismus war nie begrenzt auf nur ein Land oder eine Strategie. Wir haben Saddam besiegt, nun müssen wir die Freiheit im Kernland der Terror Masters verbreiten, im Iran. Jetzt, bitte. Die Zeit ist um.“<sup>10</sup>

Im Februar 2003 lobte Präsident George W. Bush in seiner Rede für das alljährliche Dinner des AEI dessen Arbeit an den größten Herausforderungen für die Vereinigten Staaten: „You do such good work that my administration has borrowed twenty such minds.“<sup>11</sup> Mitunter auf Grund dieser Verbindungen gilt das AEI als einer der führenden Architekten der Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung.

---

7 Vgl. AEI Webseite ([www.aei.org/about/](http://www.aei.org/about/)).

8 Vgl. ([www.aei.org/scholars/filter/scholar\\_byname.asp](http://www.aei.org/scholars/filter/scholar_byname.asp)).

9 ([www.aei.org/events/eventID.339.filter/event\\_detail.asp](http://www.aei.org/events/eventID.339.filter/event_detail.asp)).

10 Michael Ledeen ([www.aei.org/news/newsID.17529/news\\_detail.asp](http://www.aei.org/news/newsID.17529/news_detail.asp)).

11 George W. Bush, *Präsident Bush speaks at AEI's annual Dinner*, Washington, February 28, 2003 ([www.aei.org/news/newsID.16197/news\\_detail.asp](http://www.aei.org/news/newsID.16197/news_detail.asp)).

## Das Project for a New American Century (PNAC)

Das PNAC wurde im Juni 1997 als eine *nonprofit, educational organisation* mit dem Ziel gegründet, die weltweite amerikanische Führung zu unterstützen und zu fördern. Seit seiner Gründung beschäftigt sich das PNAC daher mit dem Rückgang der Stärke der US-Verteidigung und mit den Problemen, die dieser für die Ausübung der amerikanischen Führungsrolle in der Welt und damit letztlich für die Bewahrung des Friedens nach sich ziehen wird. Sein genereller Schwerpunkt liegt dabei auf der Wiederbewaffnung der Vereinigten Staaten und auf einer starken nationalen Verteidigung.<sup>12</sup>

Mitglieder des PNAC sind unter anderem Vizepräsident Dick Cheney und dessen *National Security Assistant* I. Lewis Libby, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und sein Stellvertreter Paul Wolfowitz, Richard Perle (er war Mitglied der Reagan-Administration und Vorsitzender des *Defense Policy Board* unter G.W. Bush), Jeb Bush (G. W. Bushs Bruder und Gouverneur von Florida) und James Woolsey, Jr. (ehemals CIA-Direktor, gehört auch CSP und CLI an), ebenso wie Elliott Abrams (*Special Assistant to the President for National Security Affairs for Democracy*, Mitglied des *National Security Advisers Council* [NSAC] des CSP), Frank Gaffney, Gary Schmitt (geschäftsführender Direktor des PNAC und Mitglied des CLI), Norman Podhoretz und William Kristol.<sup>13</sup>

Die Gründungsmitglieder des PNAC<sup>14</sup> schätzten die USA bereits im Jahre 1997 als vor allem durch die Militär-, Außen- und Handelspolitik der Clinton-Administration in der Fähigkeit geschwächt ein, mit gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen sowie äußeren Bedrohungen umzugehen. Die Ursache lag ihrer Ansicht nach darin, dass die bedeutenden Elemente des Erfolges der Reagan-Administration vergessen schienen: ein Militär, das stark und bereit genug ist, die gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren zu meistern;

12 Vgl. ([www.newamericancentury.org](http://www.newamericancentury.org)); vgl. PNAC, *Rebuilding Americas Defenses: Strategy, Forces and Resources for a New Century*, Washington, September 2000; das PNAC ist eine Initiative des New Citizenship Project (Vorsitzender: William Kristol; Präsident: Gary Schmitt).

13 Vgl. ([www.newamericancentury.org/aboutpnac.htm](http://www.newamericancentury.org/aboutpnac.htm)).

14 Unterzeichner des Statement of Principles: Elliott Abrams, Gary Bauer, William J. Bennett, Jeb Bush, Dick Cheney, Eliot A. Cohen, Midge Decker, Paula Dobriansky, Steve Forbes, Aaron Friedberg, Francis Fukuyama, Frank Gaffney, Fred C. Ikle, Donald Kagan, Zalmay Khalizad, I. Lewis Libby, Norman Podhoretz, Dan Quale, Peter W. Rodman, Stephen P. Rosen, Henry S. Rowen, Donald Rumsfeld, Vin Weber, George Weigel, Paul Dean Wolfowitz. Mitglieder sind u. a. Robert Kagan, Donald Kagan und Bruce Jackson.

eine Außenpolitik, die kühn und entschlossen die amerikanischen Prinzipien in der Welt unterstützt und verbreitet; eine nationale Führung, welche die globalen Verantwortungen der Vereinigten Staaten akzeptiert.<sup>15</sup>

Als Konsequenz fordert das PNAC – neben der weltweiten Förderung der Grundlage für politische und wirtschaftliche Freiheit, sprich Demokratie – nicht nur eine signifikante Erhöhung der Verteidigungsausgaben, sondern auch die Herausforderung von Regimen, die amerikanischen Interessen und Werten gegenüber feindlich gesinnt sind. Dabei beschränkt sich die Reihe der umsturzwürdigen Regime nicht auf die drei von George W. Bush aufgezählten Staaten der „Achse des Bösen“.<sup>16</sup> Dazu gehören nach Meinung des PNAC mindestens auch Syrien, Libanon und Libyen sowie so genannte Freunde der USA wie die königliche Familie Saudi-Arabiens und der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak ebenso wie die palästinensische Autorität. Das langfristige Ziel ist „the long overdue internal reform and modernization of islam“<sup>17</sup>.

Daneben verlangt das PNAC die Akzeptanz der mit der einzigartigen Rolle Amerikas einhergehenden Verantwortung auch innerhalb der Vereinigten Staaten, eine ihrem Sicherheitsinteresse, ihrem Wohlstand und ihren Prinzipien entsprechende internationale Ordnung nicht nur zu erhalten, sondern auszudehnen. Auch wenn eine solche *Reaganite Policy* militärischer Stärke und moralischer Klarheit heute nicht in Mode ist, so ist sie nach Ansicht des PNAC doch notwendig, wenn die USA auf dem Erfolg des vergangenen Jahrhunderts aufbauen und ihre Sicherheit und Größe auch im nächsten sichern wollen.<sup>18</sup>

Die Betrachtung dieser Think Tanks hat vielfältige Verbindungen zahlreicher Mitglieder und Berater der gegenwärtigen Administration zu den aufgeführten Denkfabriken ergeben. Warum aber werden deren bisweilen erstaunliche Forderungen und

15 Vgl. PNAC, *Statement of Principles* ([www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm](http://www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm)).

16 Große Aufmerksamkeit wird heute dem Fokus des PNAC auf den Regimewechsel im Irak geschenkt: er lag dort schon vor dem Amtsantritt von Bush Jr. und damit auch vor dem 11. 9. 2001; vgl. z. B. den Brief des PNAC an Präsident Bill Clinton am 26. 1. 1998 (<http://newamericancentury.org/iraqclintonletter.htm>); vgl. auch Neil Mackay, Rumsfeld urged Clinton to attack Iraq, in: *Sunday Herald* vom 16. 3. 2002; vgl. zur Vernetzung bez. der Irak-Politik: Brian Whitaker, US thinktanks give lessons in foreign policy, in: *The Guardian*: World dispatch vom 19. 8. 2002.

17 Norman Podhoretz, In praise of the Bush doctrine, in: *Commentary*, 114 (Sept. 2002) 2, S. 10, 19; vgl. zu PNAC und Irak auch William Rivers Pitt, *Blood Money*, *Truthout*: Perspective, 27. 2. 2003 ([www.informationclearinghouse.info/article1728.htm](http://www.informationclearinghouse.info/article1728.htm)).

18 Vgl. PNAC (Anm. 15).

Ansichten oft als dem amerikanischen Neokonservatismus zugehörig eingeordnet? Dies ist zum Großteil selbsterklärend, betrachtet man zum Vergleich die Ideenströme der so genannten intellektuellen Neokonservativen.

---

## Die Wurzeln des Neokonservatismus

---

Die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts waren nicht nur in den USA eine Zeit des Wandels: Traditionelle Vorstellungen über Gesellschaft und Moral wurden erschüttert von umfassenden politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umwälzungen, fest verankerte Normen wurden in Frage gestellt und liberalisiert. Dabei bestimmten nicht nur Demokratisierungs- und Emanzipationsbestrebungen vor allem der Studenten- und der Frauenbewegung das Bild der Vereinigten Staaten in dieser Zeit, sondern auch der mitunter gewaltsam geführte Kampf gegen die Rassentrennung.

Als Antwort auf diese turbulente Zeit entwickelten sich die beiden Hauptrichtungen des amerikanischen Neokonservatismus: Zum einen formierte sich aus vielen verschiedenen konservativen Gruppen und Teilen der Alten Rechten eine Neue Rechte; zum anderen trat die erste ernst zu nehmende intelligente Bewegung der amerikanischen Rechten überhaupt in Erscheinung – die intellektuellen Neokonservativen. Diese bildeten seit Beginn der siebziger Jahre eine äußerst heterogene Intellektuellengruppe, der inzwischen viele der bekanntesten und meistzitierten Mitglieder der intellektuellen Elite der Vereinigten Staaten zugerechnet werden, wie Irving Kristol, Donald Kagan, Francis Fukuyama und Charles Krauthammer, aber auch Robert Kagan, Samuel P. Huntington und Jeane Kirkpatrick.<sup>19</sup> Liest oder hört man heutzutage von Neokonservativen in den USA, so sind im Grunde nur Letztere gemeint.

### Rechtswende politischer Linker

Die Begründer der so genannten neokonservativen Bewegung, einst soziale Denker und treibende Kräfte des demokratischen Liberalismus, wurden – wie Daniel Bell, Norman Podhoretz, Irving Kristol oder Nathan Glazer – meist um 1920 in liberale jüdische und katholische Traditionen hineingeboren und wuchsen während der zwanzig-

ger und dreißiger Jahre in beengten Verhältnissen in New York City auf. Mit den revolutionären Ideen von Sozialismus und Kommunismus waren sie bereits angesichts der am eigenen Leib erfahrenen Großen Depression vertraut, als sie gegen Ende der dreißiger Jahre das auf Grund seiner linksliberalen Ausrichtung als „Harvard des Proletariats“ bezeichnete *City College of New York* besuchten. Im Kreis der *New York Intellectuals* blieben sie auch in den Debatten der kommenden Jahre tief im linksgerichteten, trotzkistischen und sozialistischen Gedankengut verwurzelt.<sup>20</sup>

Die Erfahrung totalitärer Systeme und das Versagen des Sozialismus veränderten jedoch ihre extremen linksgerichteten Überzeugungen. Überdies hatte die Enttäuschung über den Terror Stalins – besonders auf Grund ihrer Wurzeln im Trotzkismus – starke antisowjetische Tendenzen zur Konsequenz. Hatten sie ihre politische Laufbahn als revolutionäre, sozialistische oder gar radikale Liberale begonnen, identifizierten sie sich nun mit dem linksliberalen Flügel der Demokratischen Partei, arbeiteten an der *New Deal*-Politik Franklin D. Roosevelts mit und traten dabei vehement für eine Beteiligung der USA am Zweiten Weltkrieg ein.

Die tief greifenden sozialen, ökonomischen sowie innen- und außenpolitischen Veränderungsprozesse der sechziger und siebziger Jahre, insbesondere die Annäherung an die verhasste Sowjetunion (der Kalte Krieg hatte die Kritik der späteren Neokonservativen an der UdSSR noch verstärkt, sie richteten ihren autoritären Antikommunismus nun in erster Linie auf die Außenpolitik), die Protestbewegungen, die Anti-Vietnam-Bewegung und die Frustration über Grenzen und Fehler einerseits und über die Umsetzung der *Great Society*-Politik Präsident Johnsons andererseits führten zu einer Abkehr dieser ehemals Linksliberalen vom eigenen politischen Liberalismus und lösten so ihre konservative Neuorientierung aus. Einen wichtigen Beitrag zu dieser Rechtswende leisteten überdies sowohl die Wahrnehmung einer nur auf den eigenen Vorteil bedachten neuen Klasse innerhalb der Johnson-Administration als auch die von den Neokonservativen abgelehnte spannungsgeladene Haltung vor allem der Neuen Linken gegenüber dem amerikanischen Vaterland, die in Reaktion auf den Vietnamkrieg entstanden war: Neokonservative

<sup>19</sup> Neokonservatismus vereint in sich verschiedene, mitunter konservative Ideenströme. Die Zuordnung von Personen zum Neokonservatismus wird zusätzlich erschwert, da nur wenige der Intellektuellen, die ihm zugerechnet werden, sich auch tatsächlich zu ihm bekennen; vgl. C. W. Dunn/J. D. Woodward (Anm. 4), S. 103–110.

<sup>20</sup> Zu Wurzeln und Entstehung (auch im Folgenden) vgl. Wolfgang H. Lorig, *Neokonservatives Denken in der BRD und in den Vereinigten Staaten von Amerika*, Opladen 1988; P. Beckmann-Schulz (Anm. 4), S. 47–56. Zum US-Konservatismus allgemein vgl. George H. Nash, *The Conservative Intellectual Movement in America since 1945*, Wilmington 1996<sup>2</sup>.

kritisierten Linksliberale und Linke als „antiame-  
rikanisch“<sup>21</sup>. Nach und nach führten Kritik und  
Neuorientierung, vor allem aber der Linksruck der  
Demokraten in Verteidigungsfragen zum Bruch  
der Neokonservativen mit dieser Partei. In den  
achtziger Jahren bereits bekleideten viele von  
ihnen Positionen in der Reagan-Administration,  
unterstützten Interventionismus und Militarisie-  
rung.

Zusammengefasst wurzelt der amerikanische Neo-  
konservatismus in der Überzeugung einer sehr  
kleinen und heterogenen Gruppe ehemals links-  
liberaler, gar sozialistischer Intellektueller, Kräften  
eben solcher politischer Orientierung engagiert  
entgegenwirken zu müssen. Denn diese unterzie-  
hen die demokratische Kultur der USA einer  
rigorosen Kritik und fordern dabei radikale Verän-  
derungen. Irving Kristol, der *godfather of neocon-  
servatism*, bezeichnet die Neokonservativen daher  
als „liberals mugged by reality“<sup>22</sup>.

### Philosophischer Gedankenvater: Leo Strauss

Leo Strauss (1899–1973) floh als deutscher Jude  
in den dreißiger Jahren vor der nationalsozialis-  
tischen Verfolgung, die Vereinigten Staaten  
erreichte er im Jahre 1938. In der Geschichte der  
politischen Philosophie geschult, wurde er einer  
der bekanntesten konservativen immigrierten  
Geisteswissenschaftler. Er lehrte lange Jahre an  
der *University of Chicago*, viele der heute als  
neokonservativ bezeichneten Wissenschaftler und  
Politiker zählten zu seinen Studenten und (gewis-  
sermaßen in zweiter Generation) wiederum zu  
deren Studenten: beispielsweise William Bennett,  
Allan Bloom, Abraham Shulsky, William Kristol  
(Sohn von Irving Kristol und Gertrude Him-  
melfarb), John Podhoretz (Sohn von Norman  
Podhoretz und Midge Decter) und auch Paul D.  
Wolfowitz. Strauss' Philosophie beeinflusst Neo-  
konservative bis heute, denn im Kampf gegen die  
Krise der Moderne war es sein Beitrag, die Legi-  
timität der klassischen Philosophie wiederherzu-  
stellen zu versuchen.<sup>23</sup>

Bekannt wurde Strauss vor allem durch seine  
These der Versteckten Bedeutung (*hidden mea-  
ning*): Die Arbeiten der alten Philosophen, so sein

Argument, enthalten bewusst verdeckte und nur  
für Eingeweihte bestimmte Bedeutungen, die nur  
von sehr wenigen begriffen und folglich von der  
Masse missverstanden werden können. Es gibt  
also eine natürliche Hierarchie der Menschen.  
Allein die verstehende Elite kann und soll die  
essenzielle (platonische) Wahrheit menschlicher  
Gesellschaft und Geschichte innehaben, der  
Masse, die sie weder verkräften noch mit ihr  
umgehen könnte, muss sie vorenthalten werden.  
Um den Staat zu schützen und die Ordnung einer  
Gesellschaft aufrechtzuerhalten, ist die führende  
Elite daher verpflichtet, sowohl freie Forschung  
einzugrenzen als auch die Mittelmäßigkeit und  
Untugend der gewöhnlichen Leute auszubeuten.  
Gesellschaft, so Strauss, braucht Lügen vor allem  
über die Natur der politischen Realität. Dies  
widerspricht offenkundig der konventionellen  
Weisheit moderner demokratischer Gesellschaf-  
ten. Doch ist gerade dieses elitäre Denken von  
Strauss für Neokonservative von Bedeutung, weil  
es eine auf Grundsätzen basierende Rationalisie-  
rung für zweckmäßige Politik und notwendige  
Lügen bietet, die denen erzählt werden, die von  
der Wahrheit demoralisiert würden.<sup>24</sup>

Strauss' ablehnende Haltung gegenüber liberaler  
Demokratie ist wesentlich beeinflusst vom Schei-  
tern der Weimarer Republik. Seiner Meinung nach  
war es letztlich der Liberalismus, der – als logische  
Folge der von Strauss abgelehnten philosophi-  
schen Prinzipien der Moderne, die ins Extreme  
geführt wurden – durch übertriebene Toleranz  
nicht nur gegenüber den Nationalsozialisten, son-  
dern auch gegenüber der moralischen Unordnung  
für den Holocaust gegen die Juden verantwortlich  
gewesen ist. Neokonservative nehmen diesen  
Gedanken auf und vergleichen die Toleranz der  
Weimarer Republik gegenüber den Nationalsozia-  
listen mit der gegenwärtigen Toleranz des Westens  
(und insbesondere der USA) gegenüber dem  
Multikulturalismus. Aus neokonservativer Sicht  
ermöglicht dieser die Einwanderung muslimischer  
Fundamentalisten – deren Hauptziel die Zerstö-  
rung der westlichen Gesellschaft ist – in den  
Westen und in ein Amerika, das sich nicht traut,  
jemandem auf die Füße zu treten, und so die  
Grundfeste eines normalen Staates verneint: den  
Schutz seiner Grenzen. Damit ist es der Multikul-  
turalismus selbst, der die Zerstörung des Westen  
und der Vereinigten Staaten überhaupt erst mög-  
lich macht.<sup>25</sup>

21 Midge Decter, zit. in: Hajo Funke, Der Amerikanische  
Weg. Hegemonialer Nationalismus in der US-Administra-  
tion, Schriftenreihe Politik und Kultur, Bd. 5, Berlin 2003,  
S. 57.

22 Gary North, An Introduction to Neoconservatism  
([www.lewrockwell.com/orig/n1/cpt?action=cpt&expire=&urlIC=6562432&fb=Y&partnerID=1](http://www.lewrockwell.com/orig/n1/cpt?action=cpt&expire=&urlIC=6562432&fb=Y&partnerID=1)), S. 3.

23 Vgl. ebd., S. 4; vgl. Robert Locke, Leo Strauss, Conser-  
vative Mastermind, in: FrontPageMagazine.com vom 31. 5.  
2002 ([www.frontpagemag.com/Articles/Printable.asp?ID=1233](http://www.frontpagemag.com/Articles/Printable.asp?ID=1233)), S. 1.

24 Vgl. William Pfaff, The long reach of Leo Strauss, in: In-  
ternational Herald Tribune (IHT) vom 15. 5. 2003.

25 Claus Leggewie beispielsweise betrachtet die Neo-  
konservativen als keine wirklichen Intellektuellen, da sie ers-  
tens keine (neokonservative) Theorie entwickelt haben und  
zweitens ihre Veröffentlichungen nicht wissenschaftlicher

In Strauss' Analyse der Fehlerhaftigkeit des Liberalismus ist auch seine Ablehnung der Säkularisierung von Bedeutung. Denn sie führt seiner Ansicht nach zu Individualismus, Liberalismus und Relativismus und ermöglicht damit genau die Merkmale, die zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb einer Gesellschaft führen und so deren Fähigkeit schwächen, mit externer Bedrohung umzugehen. Für den Atheisten Strauss ist Religion der Klebstoff, der die Gesellschaft zusammenhält und kontrollierbar macht.<sup>26</sup> In Anlehnung daran wird von Neokonservativen immer wieder betont, dass das Problem des Liberalismus in der Zurückweisung des biblischen Elements wurzelt. Manche sehen gar die Trennung von Kirche und Staat als gravierendsten Fehler der Gründungsväter der Vereinigten Staaten an.<sup>27</sup> Strauss selbst aber sagte so etwas nicht ausdrücklich.

Dennoch hat Strauss nach Auffassung von Neokonservativen in den USA auf Grund ihrer teilweise Gründung auf klassische und biblische politische Weisheit die einzige Hoffnung der Welt gesehen, obwohl sie das am weitesten fortentwickelte Beispiel für Liberalismus sind. Strauss selbst jedoch lehnte die (Vor-)Herrschaft eines Staates in der Welt ab, da weder ein Einzelner noch eine Gruppe von Menschen die ganze Menschheit gerecht führen könne. Seine Missbilligung jedweder Hegemonie zusammen mit seiner Zurückweisung liberaler Demokratie widerspricht damit den erklärten politischen Absichten von Neokonservativen, die muslimische Welt zu demokratisieren und eine neue internationale Ordnung unter amerikanischer Führung zu etablieren.<sup>28</sup>

---

## Neokonservative Ideenströme

---

Neokonservative sind vornehmlich keine Politiker, sondern Geisteswissenschaftler, Politikanalytiker

Natur, sondern eher Propaganda, vor allem für die Republikanische Partei und die Konservative Revolution, sind; vgl. ders., *America first? Der Fall einer konservativen Revolution*, Frankfurt/M. 1997, Kap 8.

26 Vgl. Shadia B. Drury, zit. in: Jim Lobe, *Neocons dance a Strauss Waltz*, in: *Asia Times Middle East* vom 9. 5. 2003; detailliert zu Strauss und dem amerikanischen Konservatismus Shadia B. Drury, *Leo Strauss and The American Right*, New York 1997.

27 Vgl. Shadia B. Drury, zit. in: Jim Lobe, *Strong Must Rule the Weak, said Neo-Cons' Muse*, in: *IPS: Politics-US* vom 7. Mai 2003 ([www.ipsnews.net/print.asp?idnews=18038](http://www.ipsnews.net/print.asp?idnews=18038)). Vgl. auch Irving Kristol, *The Neoconservative Persuasion. What it was, and what it is*, in: *The Weekly Standard*, 8 (2003) 47.

28 Vgl. Leo Strauss, *Natural Right and History*, Chicago 1965. Im Ost-West-Konflikt befürchtete Strauss, dass ein sowjetischer Universalismus einen alternativen amerikanischen Anspruch zur Weltherrschaft provozieren könnte.

und energische Ideologen.<sup>29</sup> Die Bewegung der „ursprünglichen“ Neokonservativen – wie Irving Kristol und Norman Podhoretz, die ihre Wurzeln noch in der Linken hatten – hatte in den sechziger und siebziger Jahren als akademischer Protest gegen fehlgeschlagene Experimente der Bundesregierung in Washington begonnen, doch schon bald wandten sie ihren Blick von der Innenpolitik ab. Seither definieren sich Neokonservative primär über die Außen- und Militärpolitik der Vereinigten Staaten, sie befürworten hier vor allem die aktive und mitunter gewaltsame Verbreitung von Demokratie durch amerikanische Intervention.<sup>30</sup> Als bekennende Internationalisten unterscheiden sich Neokonservative damit deutlich sowohl von anderen konservativen Hauptrichtungen als auch von anderen Traditionalisten des amerikanischen Konservatismus. Diese sind weitgehend isolationistisch eingestellt.<sup>31</sup> Innerhalb einer so heterogenen Intellektuellengruppe wie den Neokonservativen gibt es natürlich zahlreiche Schattierungen und auch Widersprüchlichkeiten im Denken der einzelnen Autoren. Dennoch finden sich gemeinsame Grundeinstellungen.

### Holocaust und Appeasement

Neokonservative haben grundsätzlich ein pessimistisches Menschenbild, folgen dabei vor allem Hobbes („the condition of man [in a state of nature] is a condition of war of everyone against everyone“) und Machiavelli („*men are more ready for evil than for good*“).<sup>32</sup> Laut Irving Kristol wohnt Menschen immer die Kapazität zum Bösen inne; und damit zu einem erneuten Holocaust.<sup>33</sup>

Für Neokonservative war der Holocaust die folgenreichste Erfahrung des 20. Jahrhunderts. Er stellt für sie nicht nur einen unübertroffenen Massenmord dar, der auch viele Mitglieder jüdischer Familien in den USA – darunter auch Verwandte von Paul Wolfowitz – auslöschte. In ihren Augen verkörpert der Holocaust das absolute Böse. Aus diesem Grunde sehen sie sich dazu verpflichtet, alle Faktoren, die zum Aufstieg Hitlers geführt

---

29 Vgl. Jim Lobe, *What is a neo-conservative anyway?*, in: *Asia Times: Frontpage* vom 13. 8. 2003.

30 Vgl. Michael Ledeen, *How to Support the Democratic Revolution*, in: *Commentary*, 79 (March 1985) 3. Ledeen glaubt, dass die gewaltsame Verbreitung der Demokratie Amerikas „manifest destiny“ sei. Vgl. dazu William O. Beeman, *The Unknown Hawk – Neoconservative Guru Sets Sights on Iran*, in: *Pacific News Service* vom 19. Mai 2003; G. North (Anm. 22), S. 3 f.

31 Viele (auch Ultra-)Konservative opponieren gegen Neokonservative. Vgl. Tom Barry/Jim Lobe, *The Men Who Stole the Show, Foreign Policy in Focus: Special Report*, October 2002, S. 7.

32 Zit. in: J. Lobe (Anm. 29).

33 Vgl. I. Kristol (Anm. 27).

haben, ohne Berücksichtigung jeglicher Kosten zu bekämpfen: Liberalismus (im Sinne Strauss'), Appeasement und Isolationismus der Vereinigten Staaten.<sup>34</sup>

Entsprechend ihrem pessimistischen Menschenbild sehen Neokonservative Krieg als Naturzustand an. Frieden hingegen beurteilen sie als utopischen Traum, der zu Weichheit, Dekadenz und Pazifismus führt; man muss ihm misstrauen, Friedensprozesse sind somit immer verdächtig. Besonders wenn Frieden durch Diplomatie, Rüstungskontrolle oder Inspektionen bewerkstelligt wurde, lehnen Neokonservative ihn ab. Denn mit Feinden kann man aus ihrer Sicht nicht verhandeln. Vor allem die Verhandlungen mit relativ schwachen Feinden der USA bezeichnen sie als „appeasement of evil“<sup>35</sup>.

An Stelle von Verständigung und Übereinkommen in einem Friedensprozess sind im Kampf gegen ein größeres Übel auch temporäre, taktische Allianzen sinnvoll, selbst wenn man sie mit antisemitischen und/oder diktatorischen Staaten und Regimen schließt. Bei einer Besprechung des AEI rechtfertigte auch James Woolsey taktische Allianzen: „In World War Two, we were allied for three years and eight months with history's greatest murderer – Joseph Stalin – because we had a more immediate problem – Adolf Hitler.“<sup>36</sup>

Derartige Verweise auf Holocaust und Zweiten Weltkrieg vor allem über den Begriff Appeasement bilden eine Konstante in der Argumentation der Neokonservativen. Solche Anspielungen sollen zum Widerstand gegen den jeweiligen gegenwärtigen Feind aufrufen – und zu seiner Bezwingung. Dergestalt opponierten die Neokonservativen, geführt von Norman Podhoretz, während des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts auch gegen die *Detente* mit der Sowjetunion: Sie bezeichneten diese als Appeasement und verwiesen dabei auf Chamberlain in München 1938. Heute wenden Neokonservative diese Terminologie auf die Staaten des Mittleren und Nahen Ostens an. So wurden beispielsweise die Inspektionen der Vereinten Nationen im Irak von Neokonservativen als (ineffektives) Appeasement angesehen, Donald Rumsfeld verglich Saddam Hussein mit Adolf Hitler, George W. Bush stellte ihn in eine Reihe mit Stalin und Hitler.<sup>37</sup>

34 Vgl. J. Lobe (Anm. 27), S. 1.

35 Ders. (Anm. 29), S. 2.

36 Ebd.

37 Vgl. z. B. Donald Rumsfeld, Prepared Testimony of U.S. Secretary of Defense Donald H. Rumsfeld before the House and Senate Armed Services Committees regarding Iraq, Washington, D.C., September 18–19, 2002.

## Militärische Vorherrschaft

Vor allem amerikanische militärische Superiorität beugt aus neokonservativer Sicht einer Politik des Appeasement und damit auch einem erneuten Holocaust vor. Amerikanische Vorherrschaft ist demnach nicht nur für die Vereinigten Staaten selbst von Nutzen, sondern auch für die gesamte restliche Welt. Eine Verringerung von Macht und Einfluss Amerikas hat nach Meinung der Neokonservativen gravierende Folgen sowohl für die USA selbst als auch für ihre Freunde.<sup>38</sup> „The September 11 attack was the result of insufficient American involvement and ambition; the solution is to be more expansive in our goals and more assertive in their implementation. (...) The most realistic response to terrorism is for America to embrace its imperial role.“<sup>39</sup>

## Israel

Neben einigen prominenten Katholiken sind viele der Neokonservativen Juden, innerhalb der jüdischen Gemeinde in den Vereinigten Staaten reflektiert neokonservatives Denken jedoch nur eine Minderheitsposition. Die Neokonservativen befürworten heute nicht nur eine robuste amerikanische Haltung zu Israel, sondern identifizieren sich auch stark damit: „America's fate and Israel's fate are one and the same“, so William Bennett in seinem aktuellen Buch.<sup>40</sup>

Noch gegen Ende der sechziger Jahre aber schenken die späteren Neokonservativen Israel kaum Aufmerksamkeit. Der Orientierungswandel hin zu einem Interesse auch an israelischen Sicherheitsbelangen kam erst mit dem Sechs-Tage-Krieg im Jahre 1967: er demonstrierte Israels militärische Unbesiegbarkeit in der Region. Seitdem unterstützen die Neokonservativen Israel nicht nur als den stärksten Alliierten der USA und als einzige Demokratie westlicher Prägung im Nahen und

38 Vgl. Elliott Abrams, American power – for what? A symposium, in: *Commentary*, 109 (January 2000) 1, S. 21–27; vgl. Mark Mardell (for BBC News Online), The rise of the Washington „neo-cons“, in: *The Guardian* (Editor briefing) vom 14. April 2003.

39 Max Boot, The Case for American Empire, in *Weekly Standard*, 7 (2001) 5.

40 Um Israel zu unterstützen, gehen Neokonservative auch Koalitionen mit der (antisemitischen) einflussreichen *Christian Coalition* – angeführt von Pat Robertson – ein. Sie unterstützen öffentlich deren moralische Vorstellungen, während die Christliche Rechte im Gegenzug proisraelisch abstimmt, vgl. C. Leggewie (Anm. 25), S. 229; auch der Glaube an die moralische Überlegenheit der USA ermöglicht Allianzen der Neokonservativen mit der Christlichen Rechten und anderen Sozialkonservativen – für Neokonservative spielt er jedoch eine andere Rolle: Er rechtfertigt und verlangt unilaterale Politik; vgl. J. Lobe (Anm. 27); ferner William Bennett, *The Savage Wars of Peace: Small Wars and the Rise of American Power*, New York 2002.

Mittleren Osten. Sie bewundern auch die israelischen Alleingänge besonders gegenüber Libyen und dem Irak in den achtziger Jahren, sprich: das Handeln im nationalen Interesse auch gegen bestehendes Völkerrecht.<sup>41</sup>

### **Außenpolitische Grundeinstellungen**

Die Gemeinsamkeiten der verschiedenen außenpolitischen Denkweisen von Neokonservativen fasst Irving Kristol anhand ihrer grundsätzlichen Überzeugungen wie folgt zusammen:<sup>42</sup>

– Patriotismus sei eine natürliche und gesunde Geisteshaltung, die durch private Institutionen und auch durch öffentliche Einrichtungen unterstützt und gefördert werden sollte.

– Eine Weltregierung sei eine furchtbare Idee, denn sie könne zur Welt-Schreckensherrschaft führen. Daher sollten internationale Institutionen (wie die Vereinten Nationen), die in Richtung einer solchen Weltregierung zeigen, mit dem tiefsten Misstrauen zurückgewiesen werden.

– Staatsmänner dürften und müssten über alles andere hinaus die Fähigkeit haben, eigenverantwortlich Freunde von Feinden zu unterscheiden. Dies sei keine leichte Aufgabe, wie die Geschichte des Ost-West-Konflikts zeige: Eine große Zahl intelligenter Männer hätten die Sowjetunion nicht als Feind angesehen und behandelt.

– Das nationale Interesse einer so großen und ideologischen Nation wie der USA heute gehe über einen geographischen Begriff, sprich die eigenen Landesgrenzen, hinaus. In Ergänzung zu eher materiellen Bestrebungen sei es daher von ideologischen Komponenten geprägt.

– Abgesehen von außergewöhnlichen Ereignissen würden sich die USA so immer dazu verpflichtet fühlen, eine demokratische Nation, die unter dem Angriff nichtdemokratischer interner oder externer Kräfte steht, zu verteidigen. Das sei der Grund, warum es im amerikanischen nationalen Interesse war, Großbritannien und Frankreich im Zweiten Weltkrieg zu verteidigen, und warum es heute notwendig sei, Israel zu verteidigen.

– Hinter den genannten Punkten stehe eine Grundwahrheit: die unglaubliche militärische Überlegenheit der USA gegenüber den restlichen Nationen der Welt. Mit Macht komme Verantwortung, ob gewollt und ungewollt. Und es sei eine Tatsache, dass jemand, der solche Macht innehat, wie sie Amerika heute besäße, Möglichkeiten

finde, diese einzusetzen, oder die Welt werde sie für ihn entdecken.

– Die älteren, traditionellen Teile der Republikanischen Partei hätten erhebliche Schwierigkeiten mit der neuen Realität in den internationalen Beziehungen: mit der Übermacht der USA. Als erstaunlich heimisch in der neuen politischen Umgebung zeigten sich jedoch Präsident George W. Bush und seine Administration.

---

## **Schlussbetrachtung**

---

Die empirische Betrachtung der Ideenströme neokonservativer Denkfabriken lässt deren bisweilen erstaunliche und mitunter beängstigende Forderungen und Vorstellungen erkennen. Auf Grund deutlicher Parallelen zu Strategien der derzeitigen amerikanischen Regierung mag der Eindruck entstehen, diese Ausführungen stellen eine Reflexion der aktuellen US-Außenpolitik dar und somit einen Versuch, diese allein auf neokonservative Denkfabriken und Ideenströme zurückzuführen. Dies ist jedoch genauso übertrieben wie eine zurzeit geläufige Vermutung, hinter der amerikanischen Außenpolitik könnte eine Art neokonservatives Komplott stecken. Denn beispielsweise sind viele Persönlichkeiten, die den neokonservativen Ideen zugetan sind, meist keine Neokonservativen im ursprünglichen Sinne. Zwar haben sie zweifellos viele neokonservative Ideenströme übernommen und versuchen, diese vehement über Denkfabriken zu propagieren. Dennoch gehören sie größtenteils weder zu den „klassischen“ intellektuellen Neokonservativen, noch haben sie eine vergleichbare politische Sozialisation: Sie haben ihre Wurzeln nicht in der Linken. Häufig werden diese Persönlichkeiten daher auch als Neo-Neokonservative bezeichnet.

Dennoch sind bei der Betrachtung der Ideenströme neokonservativer Denkfabriken die überraschend deutlichen Gemeinsamkeiten mit außenpolitischen Konzepten zahlreicher Mitglieder der gegenwärtigen US-Administration nicht von der Hand zu weisen, wie zum Beispiel die Ablehnung internationaler Institutionen und ein weit gefasstes Nationalinteresse sowie der Glaube an das Recht zu präemptiver Kriegführung, die voranzutreibende Demokratisierung der Welt und die Vorstellung einer dauerhaften Pax American. Aber: Die Ideenströme neokonservativer Denkfabriken gehen weit über die aktuellen Strategien der US-Regierung hinaus.

41 Vgl. ([www.disinfopedia.org/wiki.phtml?title=Neo-conservative&printable=yes](http://www.disinfopedia.org/wiki.phtml?title=Neo-conservative&printable=yes)).

42 Vgl. I. Kristol (Anm. 27).



## Der neue Militärisch-Industrielle Komplex in den USA

Nach einem Bonmot des früheren US-Präsidenten Calvin Coolidge dreht sich in den USA alles ums Geschäft: „Chief business of the American people is business.“<sup>1</sup> Wirtschaftliche Interessen in den USA haben eine große Bedeutung für die amerikanische Außenpolitik. So diente der Krieg im Irak nicht zuletzt dem Interesse an einer gesicherten Erdölversorgung zu stabilen Preisen. Und das Muskelspiel der Supermacht dient auch einem neuen Militärisch-Industriellen Komplex in den USA. In seiner Abschiedsrede warnte Präsident Dwight D. Eisenhower 1961 vor einem „militärisch-industriellen Komplex“, der mit dem Kalten Krieg herangewachsen sei. Eine Interessenverbindung aus Berufsoffizieren und Rüstungsindustrie erstreckte ihren Einfluss auf alle Städte, Parlamente und Bundesbehörden im Land.<sup>2</sup> „Während der Jahre meiner Präsidentschaft und insbesondere in den späteren Jahren verspürte ich immer mehr Unbehagen über die Wirkung der gewaltigen Militärausgaben in Friedenszeiten auf die Nation“, schrieb Eisenhower später in seinen Memoiren.<sup>3</sup>

Wäre die nationale Sicherheit der USA der einzige Grund für die Militarisierung der amerikanischen Gesellschaft, dann hätte das Ende des Kalten Kriegs zu einer nachhaltigen Abrüstung führen müssen. Seit der Zeitenwende von 1989/90 ist keine Macht der Erde den Vereinigten Staaten auch nur entfernt ebenbürtig. Eine „Friedensdividende“ wäre das Gebot der Stunde. Tatsächlich senkte Präsident Bill Clinton nach seinem Amtsantritt 1993 den Verteidigungshaushalt und leitete in den Folgejahren viele Milliarden in die Schuldenreduzierung um. In der amerikanischen Rüstungsindustrie vollzog sich angesichts der sinkenden Aufträge aus dem Pentagon eine Welle von Fusionen. Dann stand der Militärisch-Industrielle Komplex plötzlich wie Phönix aus der Asche wieder auf. Im Oktober 1999 beschloss der US-Kongress erstmals wieder eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Eine Woche später warf

der Vorstandsvorsitzende des Rüstungskonzerns General Dynamics, Nicholas D. Chabraja, der Clinton-Administration vor, durch Einsparungen bei der Rüstungsbeschaffung die Streitkräfte demoralisiert und die nationale Sicherheit gefährdet zu haben. Die erstmalige Erhöhung der Verteidigungsausgaben wollte er zu einer Trendwende umdeuten: „Es ist nur ein Anfang. Aber es ist eine Verpflichtung, die unsere Unterstützung verdient. Nicht nur in diesem Jahr – sondern im nächsten Jahr und in allen weiteren Jahren vor uns.“<sup>4</sup> Die Unterstützung ließ nicht lange auf sich warten.

---

### Die Architekten des neuen Rüstungsbooms

---

Donald H. Rumsfeld und Richard B. Cheney gehörten 1997 zu den Gründern des „Project for the New American Century“, eines exklusiven Kreises von Neokonservativen in der Republikanischen Partei. Der Politikerkreis forderte die Regierung Clinton in öffentlichen Briefen zu einer entschlosseneren Führung in der Weltpolitik und zur Erhöhung der Militärausgaben auf.<sup>5</sup> Dabei stand die Supermacht vor keinen neuen Herausforderungen wie noch in den Jahren des Kalten Kriegs. Die eigentlichen Adressaten der Erklärungen saßen denn auch im Militärisch-Industriellen Komplex. Dort wurden die Zeichen der Zeit verstanden. In seiner Wahlkampagne 2000 übernahm George W. Bush die Forderung nach einer neuen Aufrüstungswelle und ernannte „Dick“ Cheney zu seinem *running mate*. In einer Neuauflage der *Reaganomics* versprach Kandidat Bush, gleichzeitig die Steuern zu senken und die Militärausgaben zu erhöhen. Die Wirtschaft belohnte sein Programm mit üppigen Spenden. Über 100 Millionen US-Dollar füllten die Wahlkampfkasse des George W. Bush, mehr als bei irgendeinem Kandidaten zuvor in der Geschichte amerikanischer Präsidenten-

1 Zit. in: Donald R. McCoy, Calvin Coolidge, in: Henry F. Graff (Hrsg.), *The Presidents*, New York 1996, S. 406.

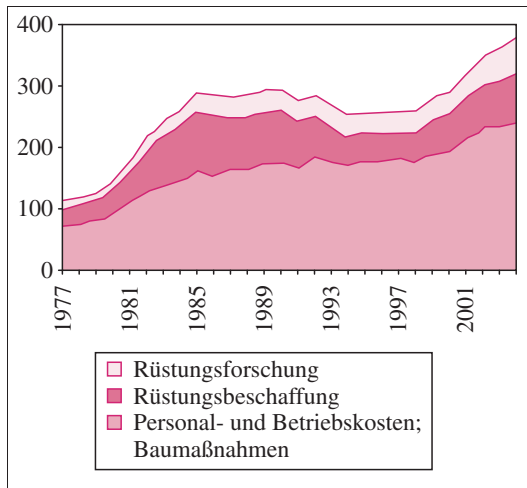
2 Vgl. Dwight D. Eisenhower, *Farewell Radio and Television Address to the American People*, 17. 1. 1961, in: *Public Papers of the Presidents of the United States, Dwight D. Eisenhower*, 1960–61, Washington, D.C. 1961, S. 1038.

3 Ders., *The White House Years*, Bd. 2: 1956–1961, New York 1965, S. 614.

4 Nicholas D. Chabraja, Rede vor dem Economic Club of Washington, 14. 10. 1999 ([www.economicclub.org/pages/archive/fulltext/arch-chabraja.htm](http://www.economicclub.org/pages/archive/fulltext/arch-chabraja.htm)).

5 Vgl. Project for The New American Century, *Statement of Principles*, Washington, D.C., 3. 6. 1997.

**Schaubild: US-Militärausgaben 1977–2004**



Quelle: Office of Management and Budget, The Budget for Fiscal Year 2004, Washington, D.C. 2003, Tabelle 5.1., S. 81–84; eig. Grafik.

schaftswahlen.<sup>6</sup> Mit dem Geld aus der Wirtschaft gewann er die Wahl und trieb den Militärhaushalt umgehend auf neue Rekordhöhen.

Im Jahr 2002 bestritten die Vereinigten Staaten alleine bereits 43 Prozent der weltweiten Militärausgaben<sup>7</sup> und bewegen sich gegenwärtig auf die Fünfzig-Prozent-Marke zu. Das neue Haushaltsjahr 2004 sieht für das Pentagon Ausgaben in Höhe von 368,2 Milliarden US-Dollar vor, die aufgrund der Kosten der Nachkriegsbesetzung im Irak weiter steigen werden. Am stärksten wachsen hierbei wie seinerzeit unter Präsident Ronald Reagan die Ausgaben für Rüstungsbeschaffung und Rüstungsforschung an (vgl. das *Schaubild*). Seit dem Amtsantritt der Bush-Administration fließen jedes Jahr im Durchschnitt zehn Prozent mehr in neue Waffensysteme, im Haushaltsjahr 2004 werden es über 136 Milliarden US-Dollar sein.<sup>8</sup>

Richard Cheney und Donald Rumsfeld sind die Architekten des neuen Rüstungsbooms. Beide sind seit über drei Jahrzehnten ein Team in der Politik und bewegen sich zwischen den Führungsetagen der Politik, des Militärs und der Industrie

6 Vgl. Edwin Chen/Maura Reynolds, Bush Starts Loading Record War Chest for '04 Campaign, in: Los Angeles Times vom 17. 6. 2003, S. A12; Thomas B. Edsall/Mike Allen, Bush Bundlers Take Fundraising to New Level, in: Washington Post vom 14. 7. 2003, S. A1, A11.

7 Vgl. Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI Yearbook 2003: Armaments, Disarmament and International Security, Stockholm 2003, Anhang 10a.

8 Vgl. Office of Management and Budget, The Budget for Fiscal Year 2004, Washington, D.C. 2003, Tab. 5.1, S. 83 f.; Dan Morgan, House Clears \$368 Billion for Pentagon, in: Washington Post vom 25. 9. 2003, S. A2.

hin und her. Rumsfeld wechselte als ehemaliger NATO-Botschafter, Stabschef im Weißen Haus und Verteidigungsminister 1977 in die Wirtschaft. Als Vorstandsvorsitzender des angeschlagenen Pharmakonzerns G.D. Searle & Co sanierte er das Unternehmen und häufte bis Ende der achtziger Jahre ein Vermögen von über 200 Millionen US-Dollar an. Fortan bereitete er sein politisches Comeback vor und leistete Wahlkampfspenden für George W. Bush in Texas. Bereits 1974 hatte Rumsfeld dafür gesorgt, dass sein Juniorpartner Dick Cheney aus dem Kongress in den Stab des Weißen Hauses geholt wurde. Der heutige Vizepräsident der USA bewegte sich seither ebenfalls zwischen den Chefetagen von Politik, Militär und Big Business hin und her.

Dick Cheney wechselte 1989 aus dem Repräsentantenhaus in das Amt des Verteidigungsministers und 1993 von der Spitze des Pentagon in die Führungsetagen der Wirtschaft. Fünf Jahre lang leitete er als Vorstandsvorsitzender den texanischen Erdöldienstleister Halliburton, der von der Bush-Administration zum Hauptauftragnehmer für den Wiederaufbau im Irak gemacht worden ist (aktuelles Auftragsvolumen: über zwei Milliarden US-Dollar). Der Vizepräsident bezieht von Halliburton immer noch über 150 000 US-Dollar pro Jahr aus Abschiedsgeldern und Aktienoptionen. Dass die Bush-Administration Interessenpolitik im Dienste der Erdölindustrie betreibt, ist mittlerweile weithin bekannt. Die massiven Interessen der Rüstungsindustrie werden bislang übersehen.

---

## Direkte Verflechtungen mit der Rüstungsindustrie

---

Als Chef des Pentagon zeichnet Donald Rumsfeld seit seinem Amtsantritt im Februar 2001 die Milliardenaufträge an die Rüstungsindustrie ab und schleust sie durch den Kongress, in dem die Republikaner in den vier maßgeblichen Ausschüssen die Mehrheit der Abgeordneten stellen. Die interne Planung und Budgetierung der Programme vollzieht sich weitgehend im Verborgenen, denn die Details militärischer Projekte stehen bis zur endgültigen Einführung der Waffensysteme unter Geheimhaltung. Nur bei gelegentlichen Skandalen dringen Details an das Licht der Öffentlichkeit. Minister Rumsfeld führt sein Amt von der ersten Stunde an als ein Modernisierer, der die Digitalisierung der US-Streitkräfte auf allen Ebenen vorantreibt. Die US-Streitkräfte werden komplett von den Satelliten im Weltall bis hinunter zu den Fußsoldaten vor der Bergfestung Tora Bora miteinander über Computersysteme vernetzt. Parallel dazu

erforschen die USA zahlreiche neue futuristische Waffensysteme. Das Rumsfeld-Programm hat zu einer Flut an neuen Aufträgen an die Rüstungsindustrie geführt.

Gleich nach seinem Amtsantritt berief Rumsfeld hierfür einen neuen Staatssekretär an die Spitze der US-Air-Force, den ehemaligen Marinekapitän James G. Roche. Die Personalie Roche ist auf oberster Ebene beispielhaft für zahlreiche Verflechtungen, die zwischen dem Pentagon und der Rüstungsindustrie auf unteren Ebenen bestehen. Roche wechselte 1985 aus dem Dienst der Streitkräfte in die Rüstungsindustrie und arbeitete sich als Spezialist für Verteidigungselektronik in das Topmanagement des Rüstungsproduzenten Northrop-Grumman empor. Rumsfeld holte den Rüstungsmanager als Staatssekretär der US-Air-Force in die Streitkräfte zurück, wo Roche die Digitalisierung der Waffen- und Kommunikationssysteme der Luftwaffe koordinierte. Im Mai 2003 machte Rumsfeld seinen Experten für Verteidigungselektronik zum neuen Staatssekretär des Heeres, wo Roche ebenfalls die Digitalisierung der Streitkräfte vorantreiben soll. Der Interessenkonflikt ist eindeutig: Northrop-Grumman, der frühere Arbeitgeber des Staatssekretärs, ist mit einem Jahresumsatz von 17 Milliarden US-Dollar im Jahr 2002 zum größten Produzenten von Verteidigungselektronik in den USA aufgestiegen.<sup>9</sup> Im ersten Halbjahr 2003 explodierte der Umsatz von Northrop-Grumman geradezu und stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 53,1 Prozent an.<sup>10</sup> Hauptauftraggeber des Unternehmens sind die US-Air-Force und die US-Army.

Eine weitere Verflechtung zwischen Regierung und Rüstungsindustrie ist sogar eine Verwandtschaft ersten Grades. Die Ehefrau des Vizepräsidenten, Lynne Cheney, wurde 1993 in den Aufsichtsrat von Lockheed-Martin berufen, des größten Rüstungskonzerns der Welt. Als Cheney im Januar 2001 in seinem Regierungsamt vereidigt wurde, legte seine Ehefrau ihr Mandat bei Lockheed-Martin natürlich nieder. Bis dahin hatte sie über Unternehmensaktien und Tantiemen des Rüstungsriesen über 500 000 US-Dollar verdient.<sup>11</sup> Weiterhin unterhält das Unternehmen direkte Beziehungen zur hohen Politik, die auch über Mandate im Aufsichtsrat abgepolstert werden: Im *board of directors* sitzen derzeit z. B. Edward C.

Aldridge, vormals Staatssekretär des Pentagon für Rüstungsbeschaffung und Staatssekretär der Luftwaffe, sowie General Joseph W. Ralston, der frühere NATO-Oberbefehlshaber Europa.<sup>12</sup>

Der Militärisch-Industrielle Komplex ist der eigentliche Nutznießer der politischen Wende vom Januar 2001. Die Rüstungsmilliarden aus dem Pentagon fließen zu weit über 50 Prozent an nur fünf Unternehmen, die heute den Weltmarkt für Großwaffensysteme dominieren: Lockheed-Martin, Boeing, Northrop-Grumman, Raytheon und General Dynamics. Europäische Rüstungsmanager prophezeien bereits, dass der gesamte Weltmarkt für Großwaffensysteme in einigen Jahren von nur noch drei bis fünf Industriegruppen beherrscht sein wird.<sup>13</sup> Die amerikanischen Konzerne haben dank der Milliardenaufträge aus dem Pentagon große Chancen, alle diese Gruppen anzuführen. Offen ist im Grunde nur noch, ob sich eine eigenständige europäische Rüstungsgruppe rund um die Teilhaber von Airbus Industries am Markt behaupten kann. In den wirtschaftlichen Interessen der USA rundet sich der hegemoniale Charakter der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik ab, die eben nicht nur von der Machtpolitik bestimmt wird.

---

## Die Rüstungsindustrie als Schlüsselsektor

---

Die fünf Rüstungsriesen der USA beschäftigen zusammen über 540 000 Mitarbeiter. Alleine mit der Waffenproduktion erlösten sie im Geschäftsjahr 2002 rund 80 Milliarden US-Dollar. Der Rüstungsumsatz des Oligopols ist im ersten Halbjahr 2003 um 22,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum angestiegen (vgl. die *Tabelle*). Der Krieg im Irak diente nicht nur dem Sturz des Saddam-Regimes und einer geopolitischen Neuordnung des Nahen Ostens, sondern de facto auch den Geschäften der amerikanischen Rüstungsindustrie. Die US-Streitkräfte füllen zur Zeit ihre verschossenen Bestände an Raketen und Marschflugkörpern mit Milliardenbeträgen wieder auf.

Die Konzerne sichern ihre Interessen über einen aufwändigen Lobbyismus in Washington. Sie verteilen ihre Standorte über das ganze Land und

9 Vgl. Seth Lubove, *We See You, Saddam*, in: *Forbes* vom 6. 1. 2003, S. 102–108.

10 Vgl. Northrop Grumman Reports Strong 2003 Second Quarter Results, Press Release 28. 7. 2003 ([www.irconnect.com](http://www.irconnect.com)).

11 Vgl. Vice president-elect's wife steps down from Lockheed board, in: *Washington Business-Journal* vom 5. 1. 2001 ([www.washington.bizjournals.com](http://www.washington.bizjournals.com)).

12 Vgl. detailliert zu den personellen wie ideologischen Verflechtungen zwischen der Bush-Administration und der Großindustrie Eric Laurent, *Die neue Welt des George W. Bush. Die Machtergreifung der Ultrakonservativen im Weißen Haus*, Frankfurt/M. 2003.

13 Firmensprecher von British Aerospace, laut Christophe Jakubszyn, *L'offensive sans précédent de l'industrie de l'armement américaine*, in: *Le Monde* vom 19. 3. 2003, S. 21.

**Tabelle: Umsätze der führenden US-Rüstungskonzerne 2002/2003**

Unternehmen (Anteil des Rüstungsgeschäftes, Jahr 2002)	Jahresumsatz 2002 in Mrd. US-Dollar (Veränderung zum Vorjahr)	Umsatz im 1.Halbjahr 2003 in Mrd. US-Dollar (Veränderung zum Vorjahr)
<b>BOEING, Konzernumsatz</b> (42 %)	54,1 (- 7,1 %)	25,0 (- 9,5 %)
<b>Rüstungsumsatz von BOEING</b>	25,0 (+ 9,4 %)	12,8 (+ 12,0 %)
<b>LOCKHEED-MARTIN</b> (90 %) (1)	26,6 (+ 10,8 %)	14,8 (+ 20,5 %)
<b>NORTHROP-GRUMMAN</b> (85 %)	17,2 (+ 32,3 %)	12,5 (+ 53,1 %)
<b>RAYTHEON</b> (62 %)	16,8 (+ 4,6 %)	8,6 (+ 7,8 %)
<b>GENERAL DYNAMICS</b> (75 %) (1)	13,8 (+ 14,7 %)	7,4 (+ 11,3 %)

(1) Schätzung.

Quelle: Geschäftsberichte der Unternehmen; eigene Berechnung.

können dadurch auf die Unterstützung einer großen Zahl von Kongressabgeordneten setzen, die nicht nur an die Arbeitsplätze in ihren Wahlkreisen denken, sondern auch auf Wahlkampfspenden in ihren Heimatstaaten hoffen. Zusammen mit der gewaltigen Verteidigungsbürokratie hat die Rüstungsindustrie seit dem Ende des Kalten Kriegs erfolgreich den Kampf gegen die Friedensdividende geführt. Selten geht die verschwiegene Branche hierfür an die Öffentlichkeit. Sie setzt auf vertrauliche Hintergrundgespräche, den Einfluss ehemaliger Offiziere und auf Wahlkampfspenden. Die Aufblähung des Pentagon-Haushaltes ist das zentrale Instrument eines *deficit spending* zugunsten des gesamten Hochtechnologisektors:

Die fünf großen Rüstungskonzerne der USA sind Elektronikunternehmen, deren Produkte zunehmend Anwendungen auf zivilen Märkten finden. „Ob Wetterradar, Laser in CD- und DVD-Abspielgeräten oder in der Medizin, ob kohlefaserverstärkte High-Tech-Verbundstoffe, Mobilfunk oder das Internet – alle diese Produkte sind zuerst fürs Militär entwickelt worden.“<sup>14</sup> Das Silicon Valley entstand in großen Teilen als Dienstleister der Rüstungsindustrie. „Das kalifornische Tal verdankt seinen sagenumwobenen Aufstieg zur Heimstatt der US-Computerindustrie dem Rüstungshersteller Lockheed-Martin. Der war im Wettrüsten der achtziger Jahre mit 25 000 Mitarbeitern der größte Arbeitgeber und versorgte gestandene Unternehmen wie Intel und Hewlett-Packard, aber auch viele Startups mit Aufträgen. Rund vier Milliarden US-Dollar an Pentagon-Geldern flossen im vergangenen Jahr an rund 900 Firmen im Silicon Valley und in San Francisco.“<sup>15</sup> Das Oligopol versorgt zahlreiche Zulieferer mit Unteraufträgen und ist

dadurch in einzelnen Bundesstaaten wie zum Beispiel Kalifornien zu einem Instrument der Strukturpolitik geworden. Bei einem US-Kampfflugzeug ist der Anteil der Zulieferer an der Wertschöpfung zwischen den Jahren 1990 und 2000 von 50 auf 70 Prozent gestiegen.<sup>16</sup> Die Subventionen an die Rüstungsindustrie dienen also dem gesamten Hochtechnologisektor der USA, sie sind Subventionen im weltweiten Wettbewerb.

---

## Subventionen für Boeing

---

Der angeschlagene Luftfahrtgigant Boeing steht heute im Zentrum des Milliardenregens aus den Kassen des Pentagon. Boeing muss die Verluste ausgleichen, die das Unternehmen seit dem 11. September 2001 im zivilen Flugzeugbau schreibt. Im laufenden Jahr wird der Anteil des Rüstungsgeschäfts am Konzernumsatz auf über 55 Prozent ansteigen, in Südkalifornien ist die Rüstungssparte von Boeing zum größten Arbeitgeber der Region geworden. Hierfür vergab das Verteidigungsministerium von Mai bis August 2003 drei neue Multi-Milliarden-Dollar-Aufträge an das Weltunternehmen aus Chicago.

Durch gezielte Indiskretionen einzelner Abgeordneter im Kongress und des Wettbewerbers Lockheed-Martin wurden in den letzten Monaten aufschlussreiche Details über den Lobbyismus des Boeing-Konzerns in Washington bekannt. Im Mai 2003 beauftragte die US-Luftwaffe Boeing damit, 100 Jumbos vom Typ 767 zu Tankflugzeugen umzubauen, die von der Luftwaffe über sechs

<sup>14</sup> Matthias Hohensee/Jürgen Rees, Grenze des Möglichen, in: Wirtschaftswoche, Nr. 15 vom 3. 4. 2003, S. 98.

<sup>15</sup> Ebd., S. 99.

<sup>16</sup> Vgl. John W. Douglas, Statement before the Subcommittee on Military Procurement. U.S. Congress, House Armed Services Committee, Washington, D.C., 19. 3. 2002, S. 8 (www.armedservices.house.gov).

Jahre geleast und anschließend gekauft werden sollen. Das Auftragsvolumen umfasste 26 Milliarden US-Dollar. Für das Lobbying im Weißen Haus hatte Boeing bereits im Dezember 2001 den republikanischen Sprecher des Repräsentantenhauses, J. Dennis Hastert, gewonnen. Hastert sitzt für den Boeing-Heimatstaat Illinois im Kongress. Bei einem Gespräch mit dem einflussreichen Abgeordneten gab Präsident Bush im Oktober 2002 grünes Licht für das Geschäft. Hastert sagte als Gegenleistung seine Unterstützung für die zweite Runde der Steuersenkungen im Repräsentantenhaus zu.<sup>17</sup> Boeing und seine Angestellten haben für den Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2000 übrigens Spenden in Höhe von insgesamt zwei Millionen US-Dollar an das Bush-Lager geleistet.<sup>18</sup>

Nach Berechnungen des US-Bundesrechnungshofes war der Leasingpreis für die 100 Tankflugzeuge mit 26 Milliarden US-Dollar grotesk überhöht. Eine komplette Modernisierung der bestehenden Tankerflotte der Luftwaffe wäre um acht Milliarden US-Dollar billiger gewesen.<sup>19</sup> Die Information kam zu einem heiklen Zeitpunkt, denn das Projekt musste noch durch die vier verantwortlichen Ausschüsse des Kongresses geschleust werden. Dort regte sich angesichts des Preiswuchers ernster Widerstand. Boeing reduzierte den Gesamtpreis auf 21 Milliarden US-Dollar, wobei immer noch eine Gewinnspanne von bis zu 15 Prozent in den Vertrag einkalkuliert war.<sup>20</sup> Minister Rumsfeld schaffte es mit diesem Zugeständnis, das Projekt durch drei der vier Ausschüsse zu manövrieren. Im August machte jedoch die unabhängige Haushaltsbehörde des Kongresses publik, dass ein kompletter Neukauf von 100 Tankflugzeugen immer noch um 5,6 Milliarden US-Dollar unter dem abgesenkten Preis des Leasing-Vertrages liegen würde.<sup>21</sup> Einige Republikaner im US-Senat unter Führung des Bush-Gegenspielers John McCain probten daraufhin den Aufstand. Am 4. September 2003 verweigerte der Streitkräfteausschuss des Senats die Zustimmung und beauftragte das Pentagon stattdessen mit einer neuen Kostenanalyse: Die Luftwaffe soll nur 25 Maschinen leasen und später die restlichen 75 Tankflugzeuge kaufen.<sup>22</sup> Die Projektbewilligung droht sich jetzt um bis zu einem Jahr zu verzögern. Mittlerweile bewirbt sich Airbus mit einem neuen Konkurrenzangebot.

17 Vgl. Stan Crock/Lorraine Woellert u. a., Inside Boeing's Sweet Deal, in: Business Week vom 7. 7. 2003, S. 33.

18 Vgl. ebd.

19 Vgl. Robert D. Novak, Pay Dirt For Boeing, in: Washington Post vom 29. 5. 2003, S. A25.

20 Vgl. S. Crock/L. Woellert u. a. (Anm. 17), S. 32.

21 Vgl. Leslie Wayne, Heat rises on U.S.-Boeing lease deal, in: International Herald Tribune (IHT) vom 28. 8. 2003, S. 13.

22 Vgl. Renae Merle, Alternative to Boeing Tanker Deal Proposed, in: Washington Post vom 5. 9. 2003, S. A4.

Senator McCain nutzte die Gelegenheit, um seinen Intimfeind Bush mit brisanten Details aus internen Unterlagen von Boeing in Schwierigkeiten zu bringen. Demzufolge verriet die stellvertretende Abteilungsleiterin für Rüstungsbeschaffung bei der Luftwaffe, Darleen Druyun, dem Unternehmen vertrauliche Details über die Konkurrenzangebote von Airbus. Das Angebot des europäischen Wettbewerbers lag zunächst weit unter dem Boeing-Preis. Der US-Konzern besserte auf Drängen aus dem Pentagon sein Angebot nach und konnte nur deshalb den Zuschlag der US-Air-Force erhalten. Im Januar 2003 wechselte Darleen Druyun aus den Diensten des Pentagon in das Topmanagement des Weltunternehmens.<sup>23</sup> McCain veröffentlichte auch Korrespondenz über intensive Kontakte zwischen dem Boeing-Management und dem damaligen Staatssekretär der Luftwaffe, James G. Roche. Der enge Vertraute des Ministers und vormalige Rüstungsmanager versprach der Unternehmensführung in Chicago, dass sich Rumsfeld fortan persönlich in das Genehmigungsverfahren des Geschäftes einschalten werde. Mit der Rückendeckung des Ministers würden die Chancen auf eine Absegnung des Vertrags im Weißen Haus und im Kongress wachsen.<sup>24</sup>

Der Imageschaden für Boeing ist groß, zumal Lockheed-Martin im Juli bereits den Diebstahl interner Firmenunterlagen durch den Konkurrenten publik gemacht hatte. Das Pentagon sah sich deswegen zu einer Vertragsstrafe gegenüber Boeing in Höhe von einer Milliarde US-Dollar gezwungen.<sup>25</sup> Dennoch hat der Flugzeughersteller in den vergangenen Monaten zwei weitere Milliardenprojekte aus dem Pentagon erhalten. Im Mai teilte die US-Army dem Unternehmen ihr Zukunftsprojekt „Future Combat System“ zu, das sich über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren erstrecken wird und auf vorläufig 14,92 Milliarden US-Dollar kalkuliert ist. Inhalt des Projekts ist die umfassende digitale Vernetzung des US-Heeres. Der Gesamtwert des Auftrags könnte nach Presseberichten in den nächsten Jahren auf über 100 Milliarden US-Dollar ansteigen, wenn sich die US-Army für eine Einführung von unbemannten Kampffahrzeugen entscheiden sollte.<sup>26</sup> Ende

23 Vgl. Peter Pae, Pentagon to Investigate Boeing Jet-Leasing Bid, in: Los Angeles Times vom 4. 9. 2003, S. C4.

24 Zit. in: Leslie Wayne, Boeing's links with Pentagon face new scrutiny, in: IHT vom 4. 9. 2003, S. 13.

25 1998 hatte Boeing mit den gestohlenen Unterlagen die Ausschreibung über 21 Satellitentransporte gewonnen, während Lockheed-Martin nur sieben Raketenstarts erhielt. Als Strafe entzog das Pentagon im Juli 2003 Boeing sieben Starts, so dass beide Konkurrenten jetzt 14 Satellitentransporte abwickeln dürfen; vgl. U.S. Air Force banishes Boeing, in: ebd. vom 26./27. 7. 2003, S. 10.

26 Vgl. Renae Merle, Boeing Wins Contract for Army Modernization, in: Washington Post vom 16. 5. 2003, S. E1, E10.

August wurde Boeing zudem mit der Entwicklung einer neuen Flugzeugbombe beauftragt, von der die US-Air-Force 24 000 Stück zu einem Gesamtpreis von 2,5 Milliarden US-Dollar erwerben wird.<sup>27</sup> Die Milliardenaufträge aus dem Pentagon sollen es Boeing ermöglichen, den weltweiten Wettbewerb mit Airbus im zivilen Flugzeugbau zu bestehen.

---

## Eine Lektion in Gesellschaftspolitik

---

Die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt neben geostrategischen auch massive wirtschaftliche Interessen. Die Bush-Administration vertritt hier die Interessen des Big Business. Nach der traditionellen Ideologie der Republikaner soll sich der Staat zwar aus den Märkten heraushalten und die Steuerbelastung der privaten Einkommen senken, um die wirtschaftliche Dynamik zu stärken. Doch für Wirtschaftszweige, die sich in einem starken internationalen Wettbewerb befinden, betreibt die Bush-Administration ein massives *deficit spending*: Alimentiert werden vor allem die Rüstungsindustrie und die Landwirtschaft. Die Rüstungswirtschaft bildet dabei die Basis der gesamten Luft- und Raumfahrtindustrie in den USA, die 800 000 gut bis hoch bezahlte Mitarbeiter beschäftigt. Ein Drittel ihrer Produkte werden vom Pentagon gekauft,<sup>28</sup> wodurch das in vielen Betrieben defizitäre Geschäft mit der zivilen Luftfahrt aufgefangen wird (vgl. auch die Zahlen von Boeing in der *Tabelle*).

Die Kombination aus Steuersenkungen und Milliarden-Subventionen hat bedeutende wirtschaftliche Auswirkungen. Die Politik der Bush-Administration führt im amerikanischen Bundeshaushalt jedes Jahr zu einer gigantischen Neuverschuldung, die im kommenden Jahr auf über 540 Milliarden US-Dollar ansteigen wird. Der Ökonom John Kenneth Galbraith sieht hier eine gesellschaftspolitische Strategie am Werke. Die nationale Sicherheit dient demnach als öffentliche Legitimation für eine massive Staatsverschuldung, die für alle Zukunft einen nachhaltigen Ausbau des Sozialstaates verhindern soll. Statt zum Teil dringend benötigte Wohlfahrtsprogramme für die Unterschicht aufzulegen, alimentiert die Bundespolitik stattdessen über Steuersenkungen und Subventionen das wohlhabende Bürgertum in den USA.<sup>29</sup> Die Nutznießer sind Millionen von Amerikanern im oberen Drittel der Einkommenspyramide:

---

27 Vgl. BOEING CO.: \$2,5 billion deal to deliver small bombs over 15 years, in: Chicago Tribune, Online edition vom 29. 8. 2003 ([www.chicagotribune.com](http://www.chicagotribune.com)).

28 Vgl. J. W. Douglas (Anm. 16).

29 Vgl. John Kenneth Galbraith, Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Hamburg 1995, S. 215, 242, 244.

Unternehmer, Manager, hoch bezahlte Spezialisten der Industrie und Offiziere der Streitkräfte. Die Verteilungswirkungen in der amerikanischen Gesellschaft sind längst deutlich erkennbar: 1979 verfügten die Spitzenverdiener in den USA (ein Prozent der Erwerbsbevölkerung) über ein Nettoeinkommen, das halb so hoch war wie das Nettoeinkommen der unteren 40 Prozent der Einkommensbezieher zusammen; im Jahr 2000 verdiente das eine Prozent an der Spitze netto bereits ebenso viel wie die unteren 40 Prozent zusammen.<sup>30</sup>

Die Gewinner kennen diese Verteilungswirkungen amerikanischer Politik. Das Wahlkampfteam von George W. Bush rechnet für 2004 mit einem neuen Spendenrekord in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Rund 170 Millionen US-Dollar werden die Kassen der Bush-Kampagne noch praller füllen als im Jahr 2000.<sup>31</sup> Die Verlierer der Verteilungspolitik stellen jedoch die Mehrheit der Wahlbevölkerung. Präsident Bush riskiert mit der einseitigen Verteilung von unten nach oben seine Wiederwahl. Die Hoffnung der Regierung liegt auf einer Belebung des Wirtschaftswachstums, die der gesamten Bevölkerung und dem Arbeitsmarkt zugute kommen würde. Der Präsident verspricht den Amerikanern seit Jahresanfang „Jobs und Wachstum“.<sup>32</sup>

Unter Präsident Reagan ging das Konzept auf. Seine Kombination aus Steuersenkungen und *deficit spending* führte zwischen 1983 und 1989 zu einer durchschnittlichen Wachstumsrate der Volkswirtschaft von 4,3 Prozent, netto entstanden fast 20 Millionen neue Jobs.<sup>33</sup> „Präsident Reagan war angesichts der stützenden Rolle der Staatsausgaben der klarste Keynesianer seit den Kennedy-Jahren, vielleicht seit John Maynard Keynes selbst.“<sup>34</sup> Im zweiten Quartal 2003 ist das Wirtschaftswachstum vor allem wegen des Anstiegs der Militärausgaben auf real 2,3 Prozent gestiegen.<sup>35</sup> Der amerikanische Hegemon setzt den Trend in der Weltwirtschaft. Steuersenkungen und *deficit spending*: Kann es Zufall sein, dass deutsche Wirtschaftspolitik dem amerikanischen Vorbild zunehmend nacheifert?

---

30 Netto-Durchschnittseinkommen der Spitzenverdiener: 1979=290 000 US-Dollar, 2000=863 000 US-Dollar; durchschnittliches Nettoeinkommen der unteren 40 Prozent: 1979=12 600, 2000=13 700 (Berechnungen des Congressional Budget Office); vgl. Lynnley Browning, U.S. rich get richer, and poor poorer, data shows, in: IHT vom 25. 9. 2003, S. 5.

31 Vgl. Anm. 6.

32 Vgl. George W. Bush, Rede vor dem Economic Club of Chicago, 7. 1. 2003; ders., Rede vor Angestellten der Timken Company, Ohio, 24. 4. 2003 ([www.whitehouse.gov](http://www.whitehouse.gov)).

33 Vgl. Michael Baumann/Olaf Gersemann, Existentielle Verflechtung, in: Wirtschaftswoche, Nr. 15 vom 3. 4. 2003, S. 24.

34 J. K. Galbraith (Anm. 29), S. 249.

35 Vgl. Kenneth N. Gilpin, Signs of growth for U.S. economy, in: IHT vom 1. 8. 2003, S. 1.

### Karsten D. Voigt

geb. 1941; Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit.

*Anschrift:* Auswärtiges Amt,  
Werderscher Markt 1, 10117 Berlin.

*Zahlreiche Veröffentlichungen* zu den transatlantischen Beziehungen.

### Ernst-Otto Czempiel

geb. 1927; Prof. em. für Internationale Politik und Außenpolitik an der Universität Frankfurt; seit 1970 Mitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt/M.

*Anschrift:* Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Leimenrode 29,  
60322 Frankfurt/M.  
E-Mail: sanner@hsfk.de

*Zahlreiche Veröffentlichungen* zur amerikanischen Außenpolitik; zuletzt: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, München 2002.

### Karl-Heinz Kamp

Dr. rer. pol., geb. 1957; sicherheitspolitischer Koordinator der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

*Anschrift:* Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin.  
E-Mail: karl-heinz.kamp@kas.de

*Zahlreiche Veröffentlichungen* zu sicherheitspolitischen Themen in internationalen Fachzeitschriften, Tageszeitungen sowie Magazinen.

### Michael Minkenberg

Dr. phil., geb. 1959; Professor für Politikwissenschaft an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder); derzeit Consortium Professor for European Studies an der New York University und der Columbia University in New York.

*Anschrift:* New York University, Center for European Studies, 58 West 10<sup>th</sup> Street, New York, N.Y., 10011, USA.  
E-Mail: mm1807@nyu.edu

*Veröffentlichungen u. a.:* Neokonservatismus und Neue Rechte in den USA, Baden-Baden 1990; Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA; Frankreich, Deutschland, Opladen – Wiesbaden 1998; (Hrsg. zus. mit Ulrich Willems) Politik und Religion, PVS-Sonderheft 33/2002, Wiesbaden 2003.

### Alexandra Homolar-Riechmann

Dipl.-Pol., geb. 1976; Studium der Politikwissenschaft; zurzeit Doktorandin am Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/M.

*Anschrift:* Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Leimenrode 29,  
60322 Frankfurt/M.  
E-Mail: Homolar-Riechmann@hsfk.de

### Michael Hennes

Dr. phil., geb. 1965; Dozent und Journalist; Habilitand und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen, Standort Essen.

*Adresse:* Johann-Mayer-Str. 12, 51105 Köln.  
E-Mail: hennesmichael@gmx.de

*Zahlreiche Veröffentlichungen* zur Internationalen Politik in Fachzeitschriften.

## **Nächste Ausgabe**

### **Gisela Wild**

Streik ist wie Krieg  
*Die Zukunft der Gewerkschaften*

### **Wolfgang Schroeder**

Der neue Arbeitsmarkt und der Wandel der Gewerkschaften

### **Lothar Funk**

Der neue Strukturwandel: Herausforderungen und Chance für die Gewerkschaften

### **Ute Klammer/Reiner Hoffmann**

Unvermindert wichtig: Gewerkschaften vor alten und neuen Aufgaben

### **Hagen Lesch**

Der Arbeitskampf als Instrument tarifpolitischer Konfliktbewältigung

**Karsten D. Voigt** Essay

### **Macht, Souveränität und Herrschaft des Rechts – neue Herausforderungen an die transatlantischen Beziehungen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/2003, S. 3–6

■ Eng verbunden mit der Abwägung von Multilateralismus versus Unilateralismus ist die Frage nach der Auffassung von Macht, Souveränität und der Herrschaft des Rechts. Hier stellt sich einer der drängendsten Themenkomplexe der transatlantischen Agenda. Europa steht nicht mehr im Fokus eines globalen Konfliktes, sondern kann vielmehr zur Lösung globaler Krisen und zur Bekämpfung der neuen Gefahren beitragen, die durch den internationalen Terrorismus und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen ausgelöst werden.

**Ernst-Otto Czempiel**

### **Die stolpernde Weltmacht**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/2003, S. 7–15

■ Die amerikanische Militärintervention im Irak konnte zwar die Armee des Landes schlagen und seinen Diktator vertreiben, trifft aber auf Widerstand aus der irakischen Bevölkerung, der sich ausbreitet und zunehmend auch gewaltsam artikuliert. Aufgrund der Erfahrungen von Vietnam, Somalia, Afghanistan und dem Balkan war nichts anderes zu erwarten. Dennoch hat die die Regierung Bush tragende Koalition unter Führung des „Project for a New American Century“ von Anfang an den Regimewechsel im Irak als außenpolitisches Hauptziel verfolgt und als Auftakt zur Demokratisierung und strategischen Neuordnung des Mittleren Ostens angelegt. Weil die dafür prioritär eingesetzte militärische Gewaltanwendung die notwendige politische Gestaltungskraft nicht aufbringt, befinden sich die USA heute in einer schwächeren Position als vor dem 20. März 2003. Dennoch ist kaum damit zu rechnen, dass die im politischen Spektrum der USA weit rechts angesiedelte Koalition der Bush-Regierung ihre Ziele aufgeben oder ihre Strategie ändern wird.

**Karl-Heinz Kamp**

### **Die Zukunft der deutsch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/2003, S. 16–22

■ In den vergangenen zwölf Monaten hat die deutsch-amerikanische Freundschaft eine der tiefsten Krisen der letzten Jahrzehnte durchlaufen. Die Verantwortung dafür lag nicht allein auf deutscher Seite. Auch die Administration in Washington hat durch rhetorische Entgleisungen und politische Fehler zur Verschärfung der Spannungen beigetragen. Ungeachtet der Auseinandersetzungen bleibt aber die deutsch-amerikanische Sicherheitspartnerschaft für beide Seiten unverzichtbar. Die Pflege und Fortentwicklung dieser Beziehungen wird künftig allerdings weit schwieriger werden. Ein Zurück zur Situation vor dem 11. September 2001 kann es weder für das transatlantische Verhältnis noch für die deutsch-amerikanische Partnerschaft geben. Stattdessen müssen die Beziehungen an die neuen Realitäten angepasst werden. Eine Reihe konkreter Handlungsempfehlungen für beide Seiten werden genannt.

**Michael Minkenberg**

### **Die Christliche Rechte und die amerikanische Politik von der ersten bis zur zweiten Bush-Administration**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/2003, S. 23–32

■ Seit einem Vierteljahrhundert nimmt die Christliche Rechte Einfluss auf die amerikanische Politik, und immer wieder wurde sie für tot erklärt, zuletzt Ende der neunziger Jahre. Nur wenig später triumphierte sie, als mit George W. Bush ein in völligem Gegensatz zu seinem Vater der Bewegung besonders nahe stehender Republikaner ins Weiße Haus einzog. Der Beitrag will diesem Umschwung nachgehen. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob mit der Präsidentschaft des jüngeren George Bush eine neue Phase und zugleich ein politischer Höhepunkt in der Entwicklung der Christlichen Rechten erreicht ist. Es wird dargelegt, dass die Christliche Rechte seit der Wahl vom Jahr 2000 in der Tat eine größere Nähe zur politischen Macht in Washington erreicht hat als je zuvor. Zugleich aber hat sie ihre Eigenständigkeit als Bewegung dadurch eingebüßt. Mit anderen Worten: Die Christliche Rechte ist nunmehr die „Bewegung der Partei“.

**Alexandra Homolar-Riechmann**

### **Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung**

*Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks*

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/2003, S. 33–40

■ Seit dem Amtsantritt von George W. Bush lenken verschiedene außenpolitische Vorstellungen und Strategien der US-Administration den Blick der Welt immer wieder in Richtung Vereinigte Staaten. Diese außenpolitischen Konzepte und die sie propagierenden Persönlichkeiten werden mit zahlreichen Ideenströmen so genannter neokonservativer Think Tanks in Verbindung gebracht. Zwar zeigt die empirische Betrachtung dieser Denkfabriken sowohl personelle Verflechtungen als auch ideologische Gemeinsamkeiten etlicher Mitglieder der gegenwärtigen US-Administration mit ihnen. Jedoch veranschaulicht sie auch, dass die zum Teil beängstigenden Ideenströme der Think Tanks weit über die aktuellen Strategien der amerikanischen Regierung hinausgehen.

**Michael Hennes**

### **Der neue Militärisch-Industrielle Komplex in den USA**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/2003, S. 41–46

■ Nach dem Ende des Kalten Kriegs bot sich den USA die Chance einer Friedensdividende. Seit 1999 steigen die amerikanischen Verteidigungsausgaben jedoch wieder, die Bush-Administration hat seit 2001 einen wahren Rüstungsboom ausgelöst. Hiermit bedient sie die Interessen eines neuen Militärisch-Industriellen Komplexes, der rund um fünf große Rüstungskonzerne und das Pentagon entstanden ist. Der Aufsatz analysiert die politische Macht, die personellen Verflechtungen und die wirtschaftlichen Ziele des Militärisch-Industriellen Komplexes. Der amerikanische Hegemon verfolgt nicht nur machtpolitische Interessen in der Weltpolitik, sondern nimmt dabei gezielt Einfluss auf die weltwirtschaftliche Entwicklung. ■